

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

3/2018

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe März-April 2018

Redaktionsnotiz.....	4
Einheit der Kommunisten.....	5
<i>Koordinierungskreis zur Zusammenführung von Kommunisten, Sozialisten und anderen linken Kräften, die sich zum Marxismus- Leninismus bekennen: Brief an deutsche Kommunisten anlässlich des 200. Geburtstages von Karl Marx.....</i>	
Marxistisch-leninistisches Fernstudium.....	9
<i>Frank Flegel: Bericht vom Startseminar unseres marxistisch- leninistischen Fernstudienganges 2018/2019.....</i>	
	9



Kurt Gossweiler (1917 - 2017) mit seiner Edith (verstorben am 17.2.2018 im Alter von 100 Jahren)

Aus Anlaß des ersten Todestages von

Kurt Gossweiler

findet am 9. Mai 2018 ein Symposium statt.

Es geht um:

- biografische Schwerpunkte,
- seine bedeutende Faschismusforschung,
- seine Erkenntnisse zum Revisionismus,
- seine Sicht der Konterrevolution,
- um Stalin.

Ein kultureller Beitrag mit revolutionären Inhalten wird Bestandteil des Symposiums sein. Für Getränke und einen kleinen Imbiss wird gesorgt. Spenden zur Deckung der Unkosten sind erbeten.

Ort: Bürogebäude, Franz-Mehringplatz 1 - Seminarraum 1, 14.30 – 19.00 Uhr.

Initiatoren: Hans Bauer (GRH), Frank Flegel (Offen-siv), Klaus Hartmann (Freidenker), Conny Renkl (KAZ) und Renate Schönfeld (Marzahner Runde).

Die russische Armee in Syrien.....	11
<i>Interview der Komsomolskaja Prawda mit dem Chef des Generalstabes der Streitkräfte Russlands: Sicherheitspolitik der Russischen Föderation - Das Fazit des Feldzuges der Russischen Armee in Syrien (2015-2017) - „Wir brachen den Stoßkräften des Terrorismus das Rückgrat.“</i>	
	11
Beiträge der PdA Österreichs zur Strategiedebatte.....	28
<i>Lukas Hashwanter: Bündnispolitik und antimonopolistische Demokratie im Programm „Sozialismus in Österreichs Farben“ – Eine Kritik</i>	
	28
<i>Tibor Zenker: Die Epoche der Oktoberrevolution</i>	
	39
Meinungsmanipulation.....	54
<i>Torsten Reichelt: Lüge, Irrtum, Trugschluss und Verschleierung</i> ...	
	54
Politische Ökonomie.....	67
<i>Hermann Jacobs: Klarheit über Preis-, Geld-, Lohn-Systeme – Kapitalismus und Sozialismus</i>	
	67
Buchbesprechungen.....	78
<i>Frank Flegel: „Die Ära der Perestroika“ von Gerhard Schnehen</i>	
	78
<i>Frank Flegel: Peter Hacks: „Marxistische Hinsichten. Politische Schriften von 1955 – 2003“</i>	
	78
Rechenschaftsbericht 2017.....	80
<i>Anna C. Heinrich, Frank Flegel: Rechenschafts- und Finanzbericht 2017</i>	
	80
Aus der Leser/innen-Post.....	83
<i>Anna G.: Spinnweben beiseite schieben</i>	
	83
<i>Karsten S.: Glückwunsch zu diesem gelungenen Heft</i>	
	84
<i>Gerd H.: Konkrete Herangehensweise</i>	
	85
<i>Aitak B.: Als Arbeitsmaterial reingeben</i>	
	85
<i>Gerhard Feldbauer: Zu „Ende der Debatte“ (Anna C. Heinrich. Frank Flegel in: offen-siv, 1/2018)</i>	
	86
<i>Frank Flegel: Zur Aufkündigung der Zusammenarbeit durch Gerhard Feldbauer</i>	
	87

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaction@offen-siv.com, Homepage: www.Offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

In diesem Heft bringen wir weitere Beiträge zur Strategiedebatte, diese sind von der Partei der Arbeit Österreichs und erschienen in ihrem Organ „Einheit und Widerspruch“. Ihr findet die Beiträge von Lucas Haslwanter und Tibor Zenker auf den Seiten 28 bis 54.

Ein völlig anderes Thema: wir bringen ein interessantes Interview mit dem Chef des Generalstabes der Streitkräfte Russlands über den Syrien-Einsatz. Und wir können jetzt schon ankündigen, dass wir uns in der Ausgabe Mai-Juni mit den unterschiedlichen Einschätzungen zum Charakter Russlands beschäftigen wollen.

Außerdem findet Ihr den Rechenschafts- und Finanzbericht für 2017, einen Bericht vom ersten Seminar des neuen Fernstudienganges, zwei Buchbesprechungen und einen Blick in die Leser/innen-Post. Dort gibt es auch eine negative Nachricht: Gerhard Feldbauer hat die Zusammenarbeit mit uns eingestellt, was wir sehr bedauern.

Am 9. Mai wird ein Symposium zu Ehren Kurt Gossweilers und aus Anlass seines ersten Todestages in Berlin stattfinden. Ihr findet die Anzeige dazu auf der zweiten Seite des Heftes. Wir laden Euch herzlich zur Teilnahme ein, es wird eine interessante und intensive Veranstaltung werden.

Das Heft beginnt mit einem erneuerten Aufruf zur Einheit der Kommunisten, der Marxisten-Leninisten, bezugnehmend auf den 200. Geburtstag von Karl Marx und hinweisend auf den 100. Jahrestag der Novemberrevolution und der Gründung der KPD.

Und eine Übersicht über die gängigen Methoden der Meinungsmanipulation sowie ein Beitrag zu Fragen der politischen Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus runden das Heft ab.

Wie immer müssen wir an unser Spendenkonto erinnern. Dem Finanzbericht werdet Ihr entnehmen, dass die offen-siv in 2017 kein Defizit verursacht hat, die Herausgabe der drei Bände Kurt Gossweiler „Wie konnte das geschehen?“ die Kasse aber noch immer schwer belastet.

Spendenkonto offen-siv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

<h2>Einheit der Kommunisten</h2>

Koordinierungskreis zur Zusammenführung von Kommunisten, Sozialisten und anderen linken Kräften, die sich zum Marxismus-Leninismus bekennen: Brief an deutsche Kommunisten anlässlich des 200. Geburtstages von Karl Marx

Der im Ergebnis des I. Bundesweiten Treffens von Kommunisten 2012 entstandene Koordinierungskreis zur Zusammenführung von Kommunisten, Sozialisten und anderen linken Kräften, die sich zum Marxismus-Leninismus bekennen, wendet sich heute mit diesem

Brief

an Genossinnen und Genossen in den kommunistischen Parteien DKP und KPD, in der KPF und anderen Strukturen der Partei DIE LINKE, in antifaschistischen demokratischen Organisationen und Vereinen und in Strukturen zur Wiederherstellung der KPD organisierte sowie nicht organisierte Kommunisten, die sich dazu bekennen, die Kommunisten wieder in einer handlungsfähigen revolutionären Partei mit marxistisch-leninistischem Programm und Statut zu vereinen.

Marx und Engels haben hierzu im „Manifest der Kommunistischen Partei“ die wissenschaftlichen Grundlagen dargelegt und Orientierungen des Kampfes für die Eroberung der Macht der Arbeiterklasse in Übereinstimmung mit den Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung gegeben - für eine Gesellschaftsordnung ohne Ausbeutung und Unterdrückung, für den Sozialismus/Kommunismus.

Die zwei bundesweiten Konferenzen von Kommunisten (2012 und 2017), die Bewegung der Kommunistischen Initiative, vielfältige politische Aktionen gegen die von den Herrschenden betriebene Geschichtsklitterung und Verleumdung der DDR und der sozialistischen Staatenpolitik, Aktionen gegen die imperialistische Kriegspolitik, den Sozialabbau, neofaschistische Entwicklungen und Aktivitäten haben den Willen der Konzentration der Kräfte zur Einheit immer wieder und in vielfältiger Weise zum Ausdruck gebracht:

„Das Proletariat besitzt keine andere Waffe im Kampf um die Macht als die Organisation. Durch die Herrschaft der anarchistischen Konkurrenz in der bürgerlichen Welt gespalten, durch die unfreie Arbeit für das Kapital niedergedrückt, ständig in dem `Abgrund` völliger Verelendung, der Verwilderung und Degradation hinabgestoßen, kann und wird das Proletariat unbedingt nur dadurch eine unbesiegbare Kraft werden, dass seine ideologische Vereinigung aufgrund der Prinzipien des Marxismus gefestigt wird durch die materielle Einheit der Organisation, die Millionen Werktätige zur Armee der Arbeiterklasse zusammenschweißt.“ (Lenin in: „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“)

Was wurde erreicht?

Im Koordinierungskreis wurden ideologisch-organisatorische Grunderfordernisse für den Einigungsprozess zur Überwindung von Ursachen der Zersplitterung und für die Trennung von Opportunismus, Revisionismus, Reformismus und Sektierertum diskutiert und daran gearbeitet, Konsens herzustellen.

Selbstkritisch ist festzustellen, dass trotz vieler erreichter Übereinstimmungen im Meinungsaustausch, in Diskussionen, Kolloquien, Seminaren, es noch eine Reihe wesentlicher Unterschiede zu Einschätzungen, wie zur DDR, zum Revisionismus in der DDR, zur Rolle Russlands im internationalen Klassenkampf u.a. gibt.

Auch mit der II. Bundesweiten Konferenz von Kommunisten 2017, sowie in den vielfältigen Konferenzen, Veranstaltungen und wenigen Aktionen zu Ehren und aus Anlass des 100 Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zeichnen sich keine wirklichen Schritte zur organisatorischen Vereinigung von Parteien bzw. solchen im Aufbau befindlichen ab – auch nicht trotz Teilnahme einer Reihe einheitsbereiter Mitglieder der DKP, die sich über das Verbot der Teilnahme hinwegsetzten.

Bedauerlicherweise gibt es in der Führung der DKP für das Beschreiten des Weges zur organisatorischen Vereinigung der beiden deutschen kommunistischen Parteien derzeit keine Mehrheiten. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Auseinandersetzung der marxistisch-leninistisch orientierten Kräfte mit Revisionismus und Opportunismus in der Partei, der die Existenz der Partei gefährden kann, Kräfte bindet. Trotzdem gibt es an der Basis eine Reihe von Mitgliedern der DKP, die sich für die Einheit und Zusammenführung in einer Kommunistischen Partei aussprechen und dafür eintreten. Bedauerlicherweise kommen aus dem Bundessprecherrat der KPF keine Signale, sich den aus den bundesweiten Konferenzen 2012 und 2017 ergangenen Appellen anzuschließen.

Was soll getan werden?

Die ideologische und organisatorische Vereinigung der kommunistischen Kräfte in einer deutschen revolutionären/kommunistischen Partei (Name ist bei der Vereinigung festzulegen) mit marxistisch-leninistischem Programm und Statut bleibt vordringliche Aufgabe im Kampf zur Überwindung des kapitalistischen/imperialistischen Machtsystems.

Bedeutendste Voraussetzung für den Erfolg ist die verstärkte ideologische Auseinandersetzung mit Opportunismus und Revisionismus in Theorie und Praxis. Sie erfordert die Erweiterung und Qualifizierung der politischen Bildungsarbeit zur Aneignung des Marxismus-Leninismus und der revolutionären Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung.

Um den Weg zur Vereinigung zu beschreiten, rufen wir auf:

- Stärken und festigen wir ideologisch und organisatorisch die in den Regionen entstandenen linken Bündnisse im Kampf gegen Geschichtsrevisionismus, Aufrüstung und Kriegspolitik (NATO- und EU-Politik), zunehmende staatliche Repression und Gewalt, gegen den verstärkten Sozialabbau und zur Abwehr der neofaschistischen Gefahren durch Aktivitäten und Bewegungen aller nationalistischen Spielarten.

Diese regionalen Bündnisse der Friedensbewegung, der sozialen Bewegungen, der Antifa, der Bewegungen für die Erhaltung der natürlichen Umwelt brauchen unseren Beitrag als Kommunisten, um Einfluss auf die antikapitalistische/antiimperialistische Ausrichtung zu nehmen. Das erfordert das bewusste Zusammenwirken der Kommunisten. Aus der aktuellen politischen Rechtsentwicklung in unserem Land und in Nachbarländern, sowie der zunehmenden Kriegsgefahr, die zu einem Weltvernichtungskrieg führen kann, folgt die Orientierung, Antikriegs-, antiimperialistische-, antifaschistische Kräfte in einem Netz von Volksfrontkomitees gegen militärische Aufrüstung, Krieg und Faschismus zusammenzuführen und die nationale und internationale Vernetzung über ein Nationales Komitee zu befördern.

- Die schon bestehenden Anstrengungen von Kommunisten, in Betrieben, in Konzernen, in Verwaltungen, gewerkschaftlich wirksam zu werden, zu verstärken.

Wir rufen alle Marxisten-Leninisten und unsere Bündnispartner auf, den 200. Geburtstag von Karl Marx mit Meetings zu Ehren dieses Ereignisses an den Denkmälern/Gedenkstätten dieses großartigen Wissenschaftlers und Kämpfers der revolutionären Arbeiterbewegung, des wissenschaftlichen Vordenkers für die Befreiung der Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung, für den Sozialismus/Kommunismus, würdig zu begehen.

Das sollte am Sonnabend, dem 5. Mai 2018 erfolgen, insbesondere am Geburtshaus/Gedenkstätte Karl Marx in Trier, Karl Marx Denkmal im ehemaligen Karl Marx-Stadt, jetzt Chemnitz, Marx-Engels-Forum in Berlin

100 Jahre Novemberrevolution in Deutschland und der 100. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands sind ein politischer Höhepunkt auf dem vorgezeichneten Weg.

Der Koordinierungskreis Kommunisten trägt den Parteivorständen DKP und KPD an, ein politisches Signal zu setzen und als Träger eine gemeinsame würdige Festveranstaltung im November 2018 zu gewährleisten, die von weiteren organisierten und nichtorganisierten Kommunisten unterstützt werden kann.

Das Wirken des Koordinierungskreises Kommunisten bedarf der Präzisierung seiner Arbeitsweise.

Die regionalen linken Bündnisse sind angesprochen, ihre Gedanken und Vorschläge an den Koordinierungskreis zu richten. Eingeschlossen in die Überlegungen sei: wie, wodurch, durch wen kann ein den Aufgaben entsprechender Informationsaustausch der regionalen Linksbündnisse gewährleistet werden.

Derzeitiger Kontakt zum Koordinierungskreis: Vorstand des RFB e.V. und der KPD
Albrecht Geißler, Vorsitzender des RFB, Mail: Al-Gen@t-online.de;
Gerd Hommel, Mitglied des Vorstands des RFB; Mail: rfb.hommel@arcor.de;
Torsten Schöwitz, Vorsitzender der KPD, Mail: rotstern@gmx.de;
Alfred Fritz, Mitglied des ZK der KPD, Mail: asso323@web.de.

Mit revolutionären Grüßen, Gerd Hommel

Marxistisch-leninistisches Fernstudium

Frank Flegel: Bericht vom Startseminar unseres marxistisch-leninistischen Fernstudienganges 2018/2019

Schon im Vorfeld dieses neuen Studienganges wurde uns klar, dass wir es mit einer besonderen Herausforderung zu tun haben würden, denn es gab überwältigend viele Anmeldungen. 103 Genossinnen und Genossen haben sich angemeldet, eine kaum zu bewältigende Anzahl.

Wir haben relativ früh entschieden, diesen Studiengang parallel in zwei Zügen durchzuführen, weil es sonst nicht möglich ist, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch nur ansatzweise gerecht zu werden. Das erste Seminar aber musste wohl oder übel mit allen stattfinden. Wenn ich jetzt sage, dass uns da die Grippe- und Erkältungswelle dieses Frühjahres geholfen hat, klingt das natürlich nicht gut, aber es war so: 62 Genossinnen und Genossen waren am Wochenende 10./11. März in Hannover anwesend. 32 Genossinnen und Genossen waren entschuldigt, die meisten wegen Krankheit, einige wegen anderer dringender Verpflichtungen. Inzwischen haben sich fast alle von ihnen auf die beiden Parallelkurse aufgeteilt. Neun Genossinnen und Genossen haben unentschuldigt gefehlt, von denen sich inzwischen zwei gemeldet haben.

Die große Zahl von Anmeldungen erklärt sich u.a. durch die Teilnahme von mehr als 30 Genossinnen und Genossen von „wie weiter?“, also aus dem Kreis derjenigen, die aus DKP und SDAJ ausgetreten sind, nicht aber den Kontakt untereinander verloren haben, sondern einen Klärungsprozess organisieren.

Die geographische Verteilung der Teilnehmer/innen ist ziemlich interessant: Sie kommen aus den Städten und Großräumen von Aachen, Berlin, Bielefeld, Bremen, Cottbus, Dortmund, Dresden, Duisburg, Essen, Frankfurt/M, Gelsenkirchen, Göttingen, Hannover, Heidelberg, Hildesheim, Jena, Köln, Leipzig, Mannheim, München, Stuttgart, Tübingen, Wiesbaden. Und es handelt sich sehr häufig um örtliche Gruppen. Wir haben eine sehr bunte und interessante Zusammensetzung quer durch die Republik, aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen und unterschiedlichen Altersklassen, wobei ich es mit meinen 65 Jahren als besonders angenehm empfinde, dass es in meiner Altersklasse noch vier weitere gibt, drei, die die 50 überschritten haben, noch eine Handvoll, die zwischen 30 und 40 Jahre alt sind - und der Rest ist unter 30. Es ist sehr schön, mit so vielen jungen Genossinnen und Genossen zusammen zu arbeiten.

Das Programm war anspruchsvoll, weil zu Beginn notwendiger Weise sehr theoretisch und ziemlich abstrakt, dabei konzentriert und an beiden Tagen sechs Stunden

lang brutaler Frontalunterricht. Aber die Aufmerksamkeit und die Disziplin waren sehr hoch.

Inhalte:

Am ersten Tag: Philosophische Grundlagen, Idealismus, Materialismus, dialektischer Materialismus, Basis-Überbau-Modell, kurze Einführung in die Erkenntnistheorie, historischer Materialismus, Gesellschaftsformationen der Menschheit, dann Marx, Kapital, Die Ware, Gebrauchswert und Tauschwert, konkrete und abstrakte Arbeit, Wertschöpfung, Wertformen, Warenfetisch, Geld.

Am zweiten Tag, dem Sonntag, war es dann ähnlich dicht: Warenzirkulation, dabei wurde zusätzlich zum Warenfetisch auch der Geldfetisch behandelt, die Anarchie der Produktion und die damit verbundene Krisenmöglichkeit, dann der einfache Begriff des Kapitals, der Kapitalkreislauf, Kauf und Verkauf der Ware Arbeitskraft und die Mehrwertproduktion, die Ausbeutung. Ein Ausflug zur Herausbildung der ökonomischen Charaktermasken und zur Verschleierung der Ausbeutung durch die Lohnformen beendete das Seminar. Diskussionen zwischen den Teilnehmern über die thematisierten Inhalte rundeten das Wochenende ab.

Die Seminare Nr. 2 werden – wieder in Hannover – am 2. und 3. Juni bzw. am 23. und 24. Juni stattfinden. Bis dahin werden die Teilnehmer/innen die ihnen gegebenen Leseaufgaben durcharbeiten, die ihnen mitgegebenen Leitfragen beantworten und uns die Antworten zusenden, damit wir eine angepasste und solide Vorbereitung für die Seminare durchführen können.

Zum Schluss noch ein paar Worte des Dankes:

Es gab wieder viele Genossinnen und Genossen, die uns Literatur für das Fernstudium zugesandt haben, Literatur, die begeisterte Abnehmer fand: ich habe 7 Kartons voller Bücher mitgenommen und zwei wieder mit nach Hause gebracht!

Und es gab ebenso viele Genossinnen und Genossen, die dem Spendenaufruf für das Fernstudium gefolgt sind und uns finanziell unterstützt haben.

Ohne diese breite Unterstützung wäre die Durchführung des Fernstudiums sehr, sehr schwierig, wenn nicht unmöglich. Und gleichzeitig ist diese Unterstützung auch eine große Anerkennung für unsere Bildungsarbeit. Es ist schön, dass das Fernstudium solche Wurzeln schlägt. Herzlichen Dank!

Die russische Armee in Syrien

Interview der Komsomolskaja Prawda mit dem Chef des Generalstabes der Streitkräfte Russlands: Sicherheitspolitik der Russischen Föderation - Das Fazit des Feldzuges der Russischen Armee in Syrien (2015-2017) - „Wir brauchen den Stoßkräften des Terrorismus das Rückgrat.“

Interview am 26. Dez. 2017, im Zusammenhang mit dem Beginn des Abzuges der russischen Streitkräftegruppierung aus Syrien.

Übersetzung aus dem Russischen: Dr. Rainer Böhme, E-Book Sonderausgabe, Dresden – Februar 2018

Vorbemerkungen des Übersetzers und Herausgebers Dr. Rainer Böhme

Armeegeneral W. W. Gerassimow gibt im Interview mit der „Komsomolskaja Prawda“ am 26. Dezember 2017 umfangreichen Einblick in die komplexen Gefechts-handlungen gegen die Terroristengruppierungen in Syrien.

Hervorzuheben sind die Aussagen zu neuen taktischen Verfahren und Methoden und die Bewertung der Gefechts-erfahrungen bei den Militär-angehörigen, bei Bewaffnung und Technik.

Außerdem sind weitere überraschende Details zur militärischen Bewährung für Personal und Material der Russischen Armee zu erfahren, die bisher in Medien keine Aufmerksamkeit erfuhren.

Der begonnene Abzug der Russischen Armee wird bereits seit Dezember 2017 durch erneute Angriffe der bewaffneten Kräfte, die in den Deeskalationszonen handeln, begleitet.

Die Hoffnung auf Aussöhnung in Syrien bleibt ein zartes Pflänzchen.

Die Arbeitsübersetzung aus dem Russischen entspricht dem Volltext des Interviews vom 26. Dezember 2017, das auf dem Internetportal der Zeitung veröffentlicht wurde, unter URL: <https://www.kp.ru/daily/26775/3808693/> (abgerufen am 28.12.2017).

Die Übersetzung des Interviews unter der Titelzeile „Wir brachen den Stoßkräften des Terrorismus das Rückgrat“ ist an einer möglichst wortgenauen, grammatikalisch zutreffenden Übersetzung des russischen Originaltextes orientiert. Die Dokumentenbezeichnungen, auf die im Text verwiesen wird, sind mit kursiv geschrieben. Personen- und Ortsnamen sind in KAPITÄLCHEN ausgeführt. Die häufigen Namensangaben der Interviewpartner wurden in Versalien abgekürzt. Abkürzungen des Übersetzers sind in eckigen Klammern [...] gezeigt.

Redaktionsschluss: 2. März 2018, Der Übersetzer.

Inhaltsübersicht

Zur Orientierung sind die folgenden Zwischentitel redaktionell eingefügt (Dr. Rainer Böhme):

- Vorbemerkungen.
- Verlegung und Schaffung der Gruppierung in Syrien.
- Beurteilung des Gegners.
- Bekämpfung durch die Fliegerkräfte.
- Führung aus dem Nationalen Führungszentrum Verteidigung.
- Absprachen mit der amerikanischen Koalition.
- Gefährliche Flugmanöver am Euphrat.
- Lage in und um Basen der Amerikaner.
- Flüchtlingshilfe und Zentrum der Aussöhnung.
- Russische Basen in Syrien.
- Oberste Führung und Information der Öffentlichkeit.
- Planung der Operation.
- Einsatz der Dschihad-Mobile im Ortskampf.
- Unterstützung der Streitkräfte Syriens.
- Russische Militärberater und Führungskräfte in Syrien.
- Basierung der russischen Gruppierung.
- Einsatzbedingungen für Militärangehörige in Syrien.
- Bewaffnung und Technik in der Bewährung.
- Kontakt mit dem syrischen Generalstab.
- Visite des russischen Präsidenten in Syrien.
- Mögliche Lageentwicklungen.
- Einsatz der Drohnen und der Spezialkräfte.
- Bewertung des Einsatzes in Syrien.

Vorbemerkungen von Viktor Baranez („Komsomolskaja Prawda“).

Die Zerschlagung der bewaffneten Formationen der Terroristen in Syrien war eines der militärischen Hauptergebnisse des zu Ende gehenden Jahres. Dabei spielte Russlands Armee zweifellos die entscheidende Rolle.

Vor allem darüber wollte ich mich sachkundig machen im Gespräch mit dem Chef des Generalstabes und Ersten Stellvertreter des Verteidigungsministers der RF, Armeegeneral Walerij Gerassimow.

Zu Beginn des Gespräches kam mir die Anekdote vom Offiziersdolch und der Uhr in den Sinn, die vom russischen Präsidenten Wladimir Putin kürzlich zur Pressekonferenz erzählt wurde. Ich sagte Walerij Wasiljewitsch, dass eine solche Anekdote sicher jedem Militär das Herz erwärmt.

Anekdote „Dolch und Uhr“:

„Der Vater, ein ehemaliger Offizier, fragt den Sohn, ob er nicht seinen Offiziersdolch gesehen habe. Darauf antwortet der Sohn, dass er den Dolch auf dem Hof gegen eine Uhr eingetauscht habe.

Der Vater antwortet: ‚Zeig mir die Uhr. Ja ... , die ist schön. Aber, wenn morgen Banditen zu uns kommen und bringen mich, die Mutter, deine Brüder um und vergewaltigen deine Schwester. Und was wirst du zu ihnen sagen?‘

‚Guten Abend, nach Moskauer Zeit 12 Uhr 30 Minuten.‘“¹

- Wie gefällt Ihnen diese Anekdote, Walerij Wasiljewitsch?

Walerij GERASSIMOW (WG):

- Eine sehr aktuelle, gute Anekdote. Mit tiefem Sinngehalt.

Verlegung und Schaffung der Gruppierung in Syrien

Viktor BARANEZ (VB): - Walerij Wassiljewitsch, wie gelang es im Herbst des Jahres 2015 unsere große Truppengruppierung so schnell und gedeckt nach Syrien zu verlegen? Ich las damals in der amerikanischen Presse, dass die dortigen Generale in nicht geringer Panik waren. Sie erwarteten nicht von unserer Armee eine solche Beweglichkeit. Und beklagten sich sogar, dass ihre Aufklärung zu spät kam ...

¹ Quelle: <http://medialeaks.ru/1412bva-kortik-putina/> (abgerufen am 04.01.2018)

WG: - Die Operation war sorgfältig geplant, alle Fragen wurden berücksichtigt, die erforderlichen Kräfte und Mittel festgelegt, darunter für die Zusammenstellung des Kampfbestandes und der Sicherstellung. Aber wir hatten praktisch keine Erfahrung bei der Durchführung der Verlegung von Truppen und Kräften über eine solche Entfernung, auf das Territorium eines Staates, der nicht an unser Land grenzt. Es gab nur ein einziges Bei-spiel im Jahre 1962 – die Operation Anadyr, als die UdSSR Truppen nach Kuba verlegte. Diese Erfahrungen haben wir auch berücksichtigt. Zustatten kam auch der Ausbildungsstand unserer Einheiten, der bei der Durchführung überraschender Überprüfungen gewonnen wurde. In deren Verlauf wurde die Verlegung über große Entfernungen geübt, unter Ausnutzung aller Transportarten: Luft-, Eisenbahn-, Seetransport. Die Umgruppierung erfolgte unter maximaler Gedecktheit, ohne besondere Aufmerksamkeit zu erzeugen. Auf dem Flugplatz CHMEIMIM wurden 50 fliegertechnische Einheiten konzentriert.

VB: - In welchem Zeitraum ? In einem Monat, in einer Woche?

WG: - So etwa bis zu einem Monat dauerte das. Umfangreiche Zeit erforderte das Zusammenstellen der Sicherstellung. Geschaffen werden musste die Infrastruktur, ein System der allseitigen Sicherstellung, einschließlich der materiell-technischen.

VB: - Warum sah unser Generalstab bei Planung der Operation in Syrien von Anfang an keinen Einsatz von Einheiten und Truppenteilen der Landstreitkräfte vor, sondern legte die Hauptstütze auf die Fliegerkräfte? Worin lag hier der „Joker“?

WG: - Wir beurteilten den Zustand der syrischen Landstreitkräfte. Ungeachtet dessen, dass sie lange Zeit an Gefechtshandlungen teilnahmen, Verluste erlitten, waren einzelne Truppenteile doch in der Lage, Aufgaben zu erfüllen. Erforderlich war, in erster Linie Fragen zu lösen zur Aufklärung der Ziele, zu ihrer Feuerbekämpfung, zur Störung des gegnerischen Führungssystems. Diese Aufgaben konnte unsere luftkosmische Komponente lösen. Unmittelbar in den Geländerichtungen wurden Gefechtshandlungen von den syrischen Einheiten durchgeführt, unter der Teilnahme unserer Militärberater. Gruppen der patriotisch gesinnten Bevölkerungsschichten waren auch beteiligt.

Deshalb wurde die Entfaltung einer Komponente der Landstreitkräfte von Anfang an nicht in Betracht gezogen.

Eine andere wichtige Aufgabe bestand darin, die Führung zu organisieren, für alle an den Gefechtshandlungen beteiligten Truppen und Kräfte. Dazu wurden entfaltet: ein Gefechtsstand unserer Gruppierung in CHMEIMIM und Führungspunkte in den Richtungen der Gefechtshandlungen.

Beurteilung des Gegners

VB: - Und wie berücksichtigte unser Generalstab die Besonderheiten der Taktik der Terroristen? Worauf wurde hier vor allem die Aufmerksamkeit gerichtet?

WG: - Wir besitzen Erfahrungen beim Kampf mit Terroristen und berücksichtigten diese natürlich. Außerdem hat der Generalstab mit Beginn der Ereignisse in Syrien die Lage verfolgt und kannte die taktischen Besonderheiten der Handlungen dieser Bandenformationen. Wir begriffen, dass sie außer den terroristischen Akten auch taktische Verfahren anwenden. An der Spitze dieser Bandenformationen standen Kommandeure, die speziell durch Instruktoren aus einer ganzen Reihe von Nahost-Ländern und westlichen Ländern ausgebildet worden waren. Dazu gehörten auch ehemalige Offiziere der irakischen Armee. Sie erbeuteten während jener Periode, in der sie Kämpfe führten, eine große Anzahl Bewaffnung und Technik der irakischen und syrischen Armee. In der Bewaffnung hatten sie allein nur an Panzern und gepanzerten Fahrzeugen bis 1.500 Stück und zusätzlich etwa 1.200 Geschütze und Granatwerfer. Das war faktisch eine reguläre Armee.

VB: - Welche maximale Anzahl an Terroristen blieb Ihnen aus den Aufklärungsmeldungen erinnerlich? Zum Moment unseres Operationsbeginns?

WG: - Zum 30. September 2015 waren es in allen Formationen in Syrien ca. 59 Tausend. Sie schafften es, in den vergangenen zwei Jahren nochmals plus 10 Tausend anzuwerben.

VB: - Eine vollwertige Armee, kann man sagen.

WG: - Nun, in diesen zwei Jahren wurden nach unseren Zahlen faktisch 60 Tausend Bewaffnete vernichtet, darunter mehr als 2.800 Ausgereiste aus der Russischen Föderation.

Bekämpfung durch die Fliegerkräfte

VB: - Die Amerikaner machten die Mitteilung, dass die Luftwaffe ihrer Koalition bis 30. September 2015 ca. 7.000 Starts ausführten. Zwei Jahre haben sie bombardiert. Aber warum kam es dazu, dass bis zu unserem Eintritt in den Krieg mit den Terroristen diese ihre Kontrolle über syrisches Territorium von 20 auf 70 Prozent ausweiteten? Womit hat sich die amerikanische Koalition dort beschäftigt?

WG: - Mir scheint, die Koalition stellte damals, ja und auch heute, nicht die Aufgabe zur endgültigen Zerschlagung des ISIS. (Anmerkung von VB: Terroristische Organisation, die in der Russischen Föderation verboten ist.) Schauen Sie, die internationale Koalition führte über den ganzen Zeitraum die Anzahl von 8-10 Schlägen pro Tag. Unsere Fliegerkräfte, mit ziemlich unbedeutenden Kräften, führten täglich 70-80

Schläge auf Kämpfer, Infrastruktur, auf ihre Basen. Und in Perioden der Hauptanstrengungen – etwa 120-140 Schläge in 24 Stunden. Nur durch solche Methoden war es möglich, dem internationalen Terrorismus auf dem syrischen Territorium das Rückgrat zu brechen. Aber 8-10 Schläge pro Tag ... Nun sicher, die Ziele der Koalition waren andere. Das, das ihnen gestellte Ziel, war der Kampf mit ASSAD und nicht mit dem ISIS.

Führung aus dem Nationalen Führungszentrum Verteidigung

VB: - Erstmals haben der Generalstab und das Verteidigungsministerium seit der Schaffung des Nationalen Führungszentrums Verteidigung [NFV], wo wir uns gerade aufhalten, diese Struktur in vollem Umfang in Betrieb genommen. Wie hat sie sich gezeigt?

WG: - Die Schaffung des NFV veränderte grundlegend das Herangehen an die Führung der gesamten Militärorganisation des Staates. Wir spürten das insbesondere aus der Erfahrung der Durchführung der Operation in Syrien. Als alle Arten der Nachrichtenverbindungen zugriffsbereit waren, das tägliche Sammeln der Angaben und die Lageanalyse organisiert wurden und das Arbeiten komfortabler wurde und wir keinen Mangel an Informationen spürten.

VB: - Konnten im Regime Online viele Aufgaben gelöst werden?

WG: - Selbstverständlich, z. B. beobachteten wir mit dem Verteidigungsminister in Echtzeit auf den Bildwänden die Schläge der Fliegerkräfte, der Raketentruppen und der Präzisionswaffen großer Reichweite.

Die unbemannte Drohne sendet das Bild, der Befehlshaber betrachtet es auf seinem Gefechtsstand in CHMEIMIM, wir in Moskau sehen das Gleiche. Aber er führt, der Befehlshaber!

Absprachen mit der amerikanischen Koalition

VB: - Warum gelang es in den mehr als 2 Jahren unserer Syrien-Operation nicht, sich mit der Koalition unter USA-Führung über den gemeinsamen Kampf abzusprechen?

WG: - Von Beginn an versuchten wir Absprachen und einiges gelang auch. Ein Memorandum zur Einhaltung der Flugsicherheit für die Fliegerkräfte. Übrigens sei gesagt, dass dieses Memorandum beiderseits gewissenhaft beachtet wird. Wir schlossen eine Vereinbarung mit den Amerikanern und Jordanien, entsprechend der eine Südliche Deeskalationszone geschaffen wurde. Sie bildete die erste solcher Zonen in Syrien. Das war ein wichtiger Durchbruch. Alle übrigen Vorschläge von uns zur Organisation einer gemeinsamen Planung, zur Durchführung der Aufklärung, zur Vernichtung der Terroristen, stießen auf Unverständnis, auf Ablehnung. Wir sahen auf ihrer

Seite keinen Wunsch zum Zusammenwirken, obwohl das schließlich großen Nutzen brächte. Gemeinsame Planung und Operationsführung, gemeinsames Führen der Schläge.

VB: - Welche Einwände brachten die Amerikaner mehr oder weniger vor? Angeblich näherten sich unsere Flugzeuge gefährlich ihren Flugzeugen. Was geschah dort in der Sache?

Gefährliche Flugmanöver am Euphrat

WG: - Mit dem Voranschreiten der Gefechtshandlungen und Annäherung der syrischen Regierungstruppen an den Fluss Euphrat im Osten Syriens bestimmten wir tatsächlich mit den Amerikanern die Begrenzungszonen für die Fliegerkräfte unserer Luft-kosmischen Kräfte (LKK) zu denen der internationalen Koalition. Was bedeutet das? Westlich des Euphrat handeln unsere Fliegerkräfte (LKK), ostwärts amerikanische. Jedoch nicht über den Gesamtverlauf des Euphrat, sondern entlang der Deeskalationslinie.

VB: - War sie auf den Karten markiert?

WG: - Ja, sie war markiert. Wenn man sich das auf der Karte vorstellt, ab Höhe DEJR EZ-SOR und ostwärts verlaufend SUWAR, ABERT LABA, Übergang auf die Grenze zum Irak. Das ist ca. 120-130 km von ABU KEMALJA nach Norden. In diesem Dreieck wurden gemeinsame Handlungen geplant. Es war genau jener Raum, in dem aktive Gefechtshandlungen andauerten. In diesem Raum, ostwärts des Euphrat war der gemeinsame Einsatz vorgesehen, sowohl der LKK als auch der Fliegerkräfte der internationalen Koalition, mit Benachrichtigung der entsprechenden Seite. Und es traten keine Probleme auf. Ein unangenehmer Zwischenfall geschah am 13. Dezember.

VB: - Und worauf kam es bei dem Vorfall an?

WG: - Zwei Flugzeuge SU-25 unserer LKK erfüllten Aufklärungs-Such-Aufgaben im westlichen Teil der Flussniederung des Euphrat. Niemand folgte im Osten. Auch eine SU-35 von uns war dort. Ein amerikanisches Flugzeug F-22 kam aus dem Ostteil Syriens, imitierte einige Anflüge, markierte einen Angriff, verschoss Infrarotköder. Das Flugzeug befand sich in großer Höhe, danach führte es einen Sturzflug auf geringere Höhe aus. Bis zu unseren Flugzeugen verblieben weniger als 100 Meter. Die F-22 stellte eine reale Gefahr dar. Unsere SU-35 kam heran. Die F-22 drehte unverzüglich ab nach Osten, in seine Zone. Es vergingen 20 Minuten. Die SU-35 setzte die Erfüllung ihrer Aufgaben fort. Wieder erschien die F-22.

VB: - Dieselbe?

WG: - Ja, dieselbe. Erneut die gleiche Geschichte. Die SU-35 kommt wieder heran. Sobald sie erschien, drehte die F-22 ab. Der Amerikaner trieb ein gefährliches Spiel.

Lage in und um Basen der Amerikaner

VB: - Die Amerikaner hatten in Syrien ihre Basis eingerichtet. Existiert sie noch wie bisher?

WG: - Ja, sie existiert. AT-TANF.

VB: - Und was machen sie dort, nach Ihrer Information?

WG: - Diese Basis liegt im Süden Syriens, in einem Geländeabschnitt mit dem Radius von 55 Kilometern, im syrisch- jordanisch- irakischen Grenzdreieck. Dort befindet sich die Basis. Nach den Angaben der kosmischen und anderen Aufklärungsarten befinden sich dort Kämpfergruppen. Diese werden dort faktisch ausgebildet. Nicht genug, dass kürzlich der britische TV-Kanal BBC darüber berichtete, wie die Evakuierung der Kämpfer aus RAKKA organisiert wurde. 400 Leute wurden durch die Kurden und unter dem Schutz der Amerikaner abtransportiert ins Lager ASCH-SCHADDADI. Das liegt im Nordosten Syriens, auf von Kurden kontrolliertem Territorium und dort befindet sich ebenfalls eine amerikanische Basis. Darüber hinaus trafen im Lager ASCH-SCHADDADI ca. 800 Leute vom Ostufer des Euphrat ein, aus Räumen, wo die Kurden angriffen.

VB: - Das waren alles der Zerschlagung Entkommene [Überlebende].

WG: - Das waren faktisch ISIS-Kämpfer. Aber nach Bearbeitung wechselten sie die Farbe, nahmen andere Bezeichnungen - Neue Syrische Armee u. a. - an. Ihre Aufgabe ist es, die Lage zu destabilisieren. Wir wissen, dass aus dem Lager ASCH-SCHADDADI ca. 400 Leute weggingen in den Raum AT-TANF. Schon danach, als die ISIS-Hauptkräfte zerschlagen waren, versuchten sie die Lage zu destabilisieren und führten den Angriff vom Ostufer des Euphrat. Aber sie erlitten Verluste. Wir denken, dass sich so etwa 750 Leute zurzeit in ASCH-SCHADDADI befinden und ca. 350 in AT-TANF.

VB: - Sie meinen damit Kämpfer?

WG: - Ja, Kämpfer. In AT-TANF ist das ganze Territorium blockiert durch syrische Truppen rund um die 55-Kilometer-Zone. Die Hauptsache ist nun, dass wir seit einigen Monaten ein Vordringen der Kämpfer von dort beobachten. Als die Kontrolle zu schwach war, verließen sogar 350 Kämpfer den Raum AT-TANF. Die Einnahme der syrischen Stadt AL-QARYATAIN drohte. Wir ergriffen rechtzeitig Maßnahmen. Die Bekämpfung erfolgte, diese Kräfte wurden zerschlagen. Gefangene waren aus diesen

Lagern da. Es ist klar, dass dort die Ausbildung läuft. Darüber hinaus befindet sich dort das Flüchtlingslager AL-RUKBAN, das größte in Syrien.

VB: - Direkt dort in dieser Zone ?

Flüchtlingshilfe und Zentrum der Aussöhnung

WG: - Direkt in dieser Zone etwa 25 Kilometer westlich von AT-TANF. Da befinden sich über 50 Tausend syrische Flüchtlinge. Aus dem Bestand der russischen Militärgroupierung in Syrien ist ein Zentrum der Aussöhnung geschaffen worden. Dieses koordiniert und führt faktisch die Zuführung der gesamten humanitären Hilfe, die humanitären Konvois, sowohl unserer russischen als auch jener der UN-Hilfsorganisationen. Überall fahren diese Konvois, wobei genügend Probleme mit der Regierung und UNO gelöst werden müssen. In AL-RUKBAN geht gar nichts: Die Amerikaner lassen sie nicht dahin, weder syrische, noch andere Konvois. Die Menschen leiden.

Wir sagen: Der Standort dieser amerikanischen Basis widerspricht dem gesunden Menschenverstand. Derzeit noch mehr - das Territorium Syriens wurde von den Bandenformationen des ISIS befreit, keiner verblieb dort, irgendwelche Bedrohung für die Amerikaner vom syrischen Territorium aus existiert nicht. Was befindet sich dort? Mit welchem Ziel? Zurzeit sind die Antworten verworren. Und doch können dort neue terroristische Gruppen auftauchen.

VB: - Sie sprachen gerade darüber, dass neue bewaffnete Formationen geschaffen werden, amerikanische Instrukteure bilden die Kämpfer aus. Aber zwingt uns das nicht, die Flugzeuge, Hubschrauber und jenen Personalbestand nach Syrien zurückzuführen, der jetzt nach Russland überführt wird?

Russische Basen in Syrien

WG: - Wir haben dort, wie Ihnen bekannt ist, zwei Basen. Eine in CHMEIMIM für die Luftstreitkräfte, und die zweite, die Flottenbasis in TARTUS. Außerdem beschäftigen wir uns ernsthaft mit den syrischen Regierungstruppen, unsere Berater befinden sich praktisch in allen Einheiten. In den zwei Jahren erhielten die Offiziere und der Unterführerbestand der syrischen Armee eine große Praxis. Sie sind jetzt befähigt, Gefechts-handlungen zu führen und ihr Territorium zu behaupten. Von unseren Basen aus können wir bei Notwendigkeit mit unseren Kräften Hilfe leisten. Diese Kräfte sind völlig ausreichend zur Erhaltung der Stabilität, der territorialen Integrität Syriens.

VB: - Habe ich das richtig verstanden, dass wir diese zwei Basen dort belassen zur Fortsetzung der Hilfe für die syrischen Regierungstruppen. ja?

WG: - Ja, weil die Lage im Ganzen noch instabil ist. Bis zur vollen Stabilität ist noch einige Zeit notwendig, deshalb befinden sich die Basen begründet dort, sie sind dort notwendig. Damit sich nicht das wiederholt, was im September 2015 geschah. Andererseits ist nicht zu vergessen, dass auch Russland seine Interessen im Nahen Osten hat.

Oberste Führung und Information der Öffentlichkeit

VB: - Wie oft während der Syrien-Operation mussten Sie und der Verteidigungsminister den Verlauf der Operation mit dem Obersten Befehlshaber besprechen? Geschah das Auge in Auge im Kreml, im Generalstab oder per Telefon?

WG: - Unterschiedlich. Gewöhnlich melde ich täglich morgens und abends die Lage und Verlauf der Aufgabenerfüllung dem Verteidigungsminister, und er dem Präsidenten. Ein, zwei Mal in der Woche meldet der Minister dem Präsidenten persönlich, legt die notwendigen Dokumente, Karten und Videomaterial vor. Manchmal kommt der Oberste Befehlshaber persönlich zu mir, manchmal fahre ich zusammen mit dem Minister zum Vortrag. Der Präsident bestimmt die Ziele und die Aufgaben, er kennt die Dynamik der Gefechtshandlungen; dabei - in jeder Richtung. Und natürlich stellt er Aufgaben für die Perspektive.

VB: - Die Informationsabteilung des Verteidigungsministeriums und der Generalstab informierten täglich die Öffentlichkeit, fast nach jedem Schlag mit Raketen und Bomben auf die Terroristen in Syrien. Warum, nach Ihrer Ansicht, verfuhr die amerikanische Koalition nicht in gleicher Weise?

WG: - Vor acht Monaten begannen auch sie zu informieren, zusammenfassende Mitteilungen herauszugeben. Natürlich gibt es grundlegende Unterschiede. Sie informierten von Zeit zu Zeit, und wir im täglichen Regime. Das Zentrum der Aussöhnung gibt Erklärungen und Sammelberichte zu allen Fragen heraus, auch die Informationsabteilung, die Operative Hauptverwaltung. Wozu den Leuten verbergen, was dort vorgeht? Notwendig ist, zu erzählen, was am Tag geschah, welche Pläne es gibt.

Planung der Operation

VB: - Was war für den Generalstab am schwierigsten bei der Planung der Militäroperation in Syrien?

WG: - Bei der Vorbereitung und in der Anfangsperiode der Durchführung der Operation war die Organisation des Zusammenwirkens mit den Regierungstruppen, mit allen kunterbunten Gruppierungen das Komplizierteste. Viele Abteilungen kamen aus der patriotisch gesinnten Bevölkerung. Sie waren bewaffnet, wir haben sie auf die Seite der Regierungstruppen gezogen. Es war nicht einfach, das Zusammenwirken

aller dieser Abteilungen mit unseren LKK zu regeln, alle Arten der Sicherstellung zu organisieren.

Aber wir hatten uns das schon beigebracht. Alles verlief im Rahmen und arbeitet nun normal. In CHMEIMIM wurde ein moderner Gefechtsstand geschaffen, der die Führung unserer Truppen in Syrien sicherstellt. Die Arbeit läuft gut abgestimmt.

VB: - Welche Korrekturen brachte der Generalstab beim Kampf mit dem Terrorismus in die Handlungen der Truppen ein? Von der Sache her war das doch in der Geschichte Russlands der erste Zusammenstoß mit solchen Banditen-Großformationen.

WG: - Korrekturen wurden ständig eingebracht. Darum veränderten sich das Herangehen, die Formen und Methoden der Handlungen. Anfangs sind Dschihad-Mobile vonseiten der Terroristen in geringer Anzahl eingesetzt worden, danach in größerem Maßstab. Darauf mussten wir reagieren.

Noch während der Gefechte um DEJR EZ-SOR und um andere Ortschaften in der Euphrat-Flussniederung, nahm der Einsatz dieser Dschihad-Mobile keinen Massencharakter an. Anfangs gab es da 2-3 Dschihad-Mobile, aber danach 7-8 in einem Gefecht.

Einsatz der Dschihad-Mobile im Ortskampf

Was ist ein Dschihad-Mobil? Das kann ein Auto, Schützenpanzer oder Panzer sein, beladen mit Sprengmitteln. Das können 300-400 Kilogramm und mehr sein. Sie werden gelenkt von einem Todesschützen. Er wählt den kürzesten Weg zu den Stellungen der Regierungstruppen. Mit großer Geschwindigkeit dringt er zu ihnen vor, löst die Detonation aus. Es können zwei, drei Fahrzeuge sein. An diesem Frontabschnitt kommt es zu Massenverlusten, viele Tote, Verwundete. Da ist eine riesige Detonation. Panik. Es bildet sich eine Bresche in Abhängigkeit von der Sprengstoffmenge und der Anzahl der eingesetzten Dschihad-Mobile. Im Sommer 2016 gelang es im Raum ALEPPO mittels genau dieser Methode drei Dschihad-Mobilen, die Stadt zu verlassen. Sie sprengten zwei befestigte Posten syrischer Regierungstruppen. Eine Bresche mit einer Breite von 500-700 Metern entstand. Die Handlungen der Kämpfer waren frühzeitig geplant, sie führten Schläge zu beiden Seiten dieses Korridors und durchbrachen die Einkreisung. Danach bedurfte es etwa drei Monaten, um verlorengegangene Stellungen wiederherzustellen, dabei unter schweren Kämpfen. Natürlich ist dies nicht einzuordnen sozusagen unter normale Gefechtshandlungen. Aber Schlussfolgerungen sind daraus abzuleiten.

VB: - Und welche?

WG: - Erstens, eine ständige Beobachtung wird geführt. Die passierbaren Richtungen werden bestimmt, auf denen sie vorgehen können. In diesen Richtungen werden

Sperrknoten errichtet, Minenfelder usw. Beginnend an den fernen Zugängen wird das System der Feuerbekämpfung organisiert. Dazu gehören Panzerabwehrkraketen, Panzer und in Abhängigkeit von der Annäherung Granatwerfer. Im Ergebnis konnten 2-3 Dschihad-Mobile in der Etappe der Annäherung vernichtet werden, andere beim Vordringen zum vorderen Rand. Die Truppen lernten ihnen zu widerstehen.

Außerdem waren alle Ortschaften von ISIS-Kämpfern zu einer Rundumverteidigung vorbereitet worden, augenscheinlich mittels Arbeitseinsatzes der örtlichen Zivilbevölkerung. Faktisch wurde unter der Erde eine zweite Stadt gebaut: Verbindungsgänge, die gesamte notwendige Infrastruktur. Die Sturmabteilungen mussten unter diesen Bedingungen kämpfen können.

VB: - Wo bekamen die ISIS-Kämpfer eine solche riesige Anzahl Toyota?

WG: - In allen Jahren kam der Hilfestrom aus einer ganzen Reihe Staaten, darunter aus dem Nahen Osten und über Nichtregierungsfonds. Nicht nur Fahrzeuge – das war einfach ziviler Ausstattungsbedarf. Sondern auch moderne Waffen, neue Munition, moderne Mittel - Aufklärungsmittel, Ferngläser, Nachtzielgeräte, Nachrichtensysteme – alles modern, nichts altmodisches.

VB: - Gibt es Hinweise, dass ein Teil der ISIS-Kämpfer schon in Afghanistan, in Jordanien zu finden war? Wohin breitet sich diese Infektion aus?

WG: - Ein Teil kehrt in die Länder zurück, woher sie illegal kamen. Die Hauptmasse übersiedelt nach Libyen, in die Länder Südwest-Asiens. Nach Afghanistan, ist nicht auszuschließen, aber nicht durch Daten gesichert.

Unterstützung der Streitkräfte Syriens

VB: - Wie beurteilen Sie den Zustand der Streitkräfte Syriens zu Beginn der Operation und heute?

WG: - Der Unterschied ist groß. Während der Kriegszeit, zum Herbst 2015 verloren die Streitkräfte Syriens faktisch das gesamte Territorium. Unter Regierungskontrolle verblieben 10 Prozent des syrischen Territoriums.

VB: - Das war der Moment, als wir in die Operation eintraten?

WG: - Ja. Das war eine sehr schwierige Situation. Da waren sowohl moralischer Geist, als auch Erschöpfung. Das Fehlen von Munition, der notwendigen Sicherstellungsarten, der Führung. Unsere Operation begann und nach einiger Zeit zeigten sich erste Erfolge.

Beliebige Siege inspirieren, beflügeln, jetzt sammelte die syrische Armee gute Erfahrungen. Wir halfen ihnen, Technik vor Ort instand zu setzen.

Heute ist die syrische Armee befähigt, die Aufgaben zum Schutz ihres Territoriums zu erfüllen.

Russische Militärberater und Führungskräfte in Syrien

VB: - Wie viele unserer Militärs durchliefen den syrischen Feldzug?

WG: - Etwas über 48 Tausend Soldaten und Offiziere. Jeder Vierte wurde ausgezeichnet oder zu einer staatlichen Auszeichnung vorgeschlagen. Eine amtliche Belohnung erhielten alle.

VB: - Wie bewerten Sie die Rolle unserer Militärberater, die im Bestand der syrischen Armee arbeiteten?

WG: - Ich bewerte deren Rolle hoch. In jeder Truppengliederung – Bataillon, Brigade, Regiment, Division – arbeitet der Apparat der Militärberater, zu dessen Bestand die notwendigen Dienststellungen gehören. Das sind der operative Bestand, der Aufklärer, Artillerist, Pionier, die Übersetzer und andere Dienststellungen. Im Wesentlichen planen sie die Gefechtshandlungen und erweisen Hilfe bei der Führung der Einheiten während der Aufgabenerfüllung. In allen Richtungen wurden Handlungen abgestimmt nach einheitlicher Idee, einheitlichem Plan. Die Führung wurde vom Gefechtsstand der Gruppierung in CHMEIMIM realisiert.

VB: - Hatte der Generalstab das Ziel möglichst viele Militärangehörige in Syrien einzubeziehen?

WG: - Ja. Wir haben das auch gemacht. Nicht einfach Militärangehörige – sondern in der Hauptsache Kommandeure, Offiziere einzubeziehen. Die Befehlshaber der Militärbezirke weilten alle dort für eine längere Zeit. Alle befehligten die Gruppierung. Alle Stabschefs ...

VB: - Dorthin wechselten vier oder fünf Befehlshaber?

WG: - Das waren DWORNIKOW, KAPTAPOLOW, SUROWIKIN, SARUDNIZKIJ, SHURAWLJOW ...

VB: - Sie gaben ihnen die Möglichkeit auf diesem Level zu führen, ja?

WG: - Sie waren dort mit dem Kernbestand ihres Führungsorgans: die Chefs der Operationsführung, Aufklärung, Nachrichten, Raketentruppen und Artillerie, Pionierwesen ...

VB: - D. h. sie nahmen ihre Stäbe mit, der ganze Apparat wechselte?

WG: - In gleicher Weise die Führungen von sämtlichen Armeen, von 90 Prozent der Divisionen und von mehr als der Hälfte der Regimenter und Brigaden.

VB: - D. h. wir erhielten einen Kommandeursbestand, der in Gefechten gestählt wurde und reale Kampferfahrung besitzt.

WG: - Ja, sie besitzen Kampferfahrung.

Basierung der russischen Gruppierung

VB: - Walerij Wassiljewitsch, ich würde noch einmal zurückkommen zu folgender Frage: wir bleiben in CHMEIMIM, wir bleiben in TARTUS. Sie sagten, dass das zur Hilfe der syrischen Armee sei, ja?

WG: - Ja, zur möglichen Hilfe.

VB: - Ja. Sie haben die Flottenkomponente nicht erwähnt. Ein Teil Schiffe wird in Ostteil des Mittelmeeres sein? Vergleichsweise wie wir mit unseren Schiffen jetzt dort sind? Oder ziehen wir uns zurück?

WG: - Nirgendwohin ziehen wir ab. Im Mittelmeer handelt jetzt ständig unser strukturmäßiger Schiffsverband.

VB: - Der Verband verbleibt dort, ja?

WG: - Der Verband handelte seit den Ereignissen in Syrien, seit dem Jahr 2015. Und bleibt regulär ständig dort.

Einsatzbedingungen für Militärangehörige in Syrien

VB: - Sie weilten mehrfach in Syrien, trafen sich mit unseren Soldaten und Offizieren, schauten ihnen in die Augen. Welchen Eindruck haben Sie aus den Unterhaltungen mit diesen Leuten, mit Ihren Unterstellten? Mit jenen Leuten, die Befehle ausführten von Ihnen, vom Obersten Befehlshaber und vom Verteidigungsminister.

WG: - Die Eindrücke sind gut, sehr positiv. Sofort zeigt sich in den Augen das Streben zur Aufgabenerfüllung. Eine gute kämpferische Geschlossenheit. Und das ist sehr gut, weil die Offiziere ohne zusätzliche Ausbildung hingeschickt werden, sondern mittels Rotation, für drei Monate. Das heißt, dass das ganze System der Gefechtsausbildung der Truppen und Führungsorgane arbeitet, die Leute sind zur Aufgabenerfüllung bereit, und dort, in der Praxis zeigen sie das. Unsere Offiziere, Militärangehörigen vollbrachten viele heldenhafte und mutige Taten, demonstrierten Standhaftigkeit, bildeten die Syrer aus.

Mit der Zeit kamen wir dazu, dass die Anzahl syrischer Einheiten zunahm, die zum Angriff befähigt wurden und die kämpferische Standhaftigkeit erwarben. Brigadegeneral HASSAN SUCHEL und seine Einheiten bewährten sich in den Angriffsoperationen gegen die Terroristen sehr gut. Aber ohne unsere Berater wäre ein solcher Erfolg nicht möglich gewesen.

VB: - Und welche Lehren muss der Generalstab aus dem Syrien-Feldzug ziehen?

WG: - Gewinnung und Weitergabe der Erfahrung geschieht immer. Vom ersten Tag dieses Feldzuges an wurde diese Arbeit geleistet. Alle Vorfälle, die passierten, die Erfahrungen aus den Gefechts-handlungen wurden sorgfältig studiert, an alle Einheiten und bis zum Militärangehörigen weitervermittelt [...]. Wir führten mehrere Konferenzen zum Erfahrungsaustausch durch. Eine ganze Reihe Lehrmaterial zur Verallgemeinerung der Erfahrungen wurde herausgegeben.

Bewaffung und Technik in der Bewährung

VB: - In Syrien wurde eine große Anzahl unserer Bewaffung getestet. Wie bewertet der Generalstab diese?

WG: - Wir testeten dort mehr als 200 Arten der Bewaffung und Technik, jene moderne, die kürzlich in die Ausrüstung aufgenommen wurden, jene die man beabsichtigte einzusetzen, jene die schon in der Ausrüstung waren. Zwar durchliefen alle die staatliche Zulassung und erwiesen sich alle als normal, in Übungen. Aber im Verlauf der Erfüllung von Gefechtsaufgaben treten bestimmte Probleme auf, die man früher nicht bemerkte. Erforderlich ist, das zu überarbeiten.

Über die aufgetretenen Probleme berichteten unsere Offiziere und Militärangehörigen. In Syrien wurde eine ununterbrochene militärwissenschaftliche Begleitung beim Einsatz aller Arten der Bewaffung und Technik verwirklicht.

VB: - Es wird gesagt, dass unsere Konstrukteure und auch Ingenieure dort waren, ja?

WG: - Ingenieure, Konstrukteure, Militärwissenschaftler, Hersteller – alle waren dort. Zu jedem Modell der Bewaffung wurden die starken Seiten registriert und was zu überarbeiten ist. Jetzt ist die absolute Mehrheit dieser Mängel beseitigt. Dass wir Technik unter Gefechtsbedingungen ausprobieren konnten, ist eine gewaltige Sache.

Jetzt sind wir überzeugt von unseren Waffen.

Kontakt mit dem syrischen Generalstab

VB: - Waren Sie in dieser Zeit oft mit dem syrischen Generalstabschef in Kontakt?

WG: - Oft.

VB: - Hauptsächlich per Telefon?

WG: - Sowohl per Telefon, als auch persönlich. Ich bin zu ihm gefahren und er zu mir nach CHMEIMIM. Wir waren gemeinsam in den einzelnen Richtungen unterwegs. Ständig.

VB: - Kennt er die russische Sprache, spricht er mehr oder weniger?

WG: - Er hat bei uns an der Akademie Frunse studiert.

Visite des russischen Präsidenten in Syrien

VB: - Kürzlich überreichte der Verteidigungsminister im Namen des russischen Präsidenten Auszeichnungen und dankte allen, die die Sicherheit der Visite Putins in Syrien gewährleisteten. An jenem Tag erklärte Putin den Abzug der Gruppierung in die Heimat, wie Sie wissen. War das eine spezielle Operation?

WG: - Solche Maßnahmen werden nicht in gewöhnlicher Weise durchgeführt. Eine sorgfältige Vorbereitung ist notwendig. Erforderliche Kräfte und Mittel zur Gewährleistung der Sicherheit dieser Visite waren einzubeziehen: am Boden, in der Luft, auf dem Wasser. Sie haben ihre Sache gemeistert.

Mögliche Lageentwicklungen

VB: - Können Sie eine Prognose zur weiteren Entwicklung der Ereignisse in Syrien abgeben? Wenigstens für das Jahr 2018?

WG: - Aus militärischer Sicht ist das die Vollendung der Vernichtung der Kämpfer der Dschabhat an-Nusra und ihrer Komplizen. Ein Teil Kämpfer dieser terroristischen Organisationen hält sich in den Deeskalationszonen auf. Dort sind viele der verschiedensten Formationen. Einige unterstützen das Regime der Einstellung der Gefechtshandlungen. Dschabhat an-Nusra ist kategorisch dagegen. Das heißt, sie sind zu vernichten.

VB: - Sind das große Gruppierungen?

WG: - Das sind verschiedene. Große in IDLIB, geringere in anderen Zonen. Unterschiedlich. Ich denke, dass es in bestimmter Zeit mit ihnen zu Ende geht. In dem Maße, wie in den Deeskalationszonen das Regime zur Einstellung der Gefechtshandlungen unterstützt wird. Dahin fließt humanitäre Hilfe, werden soziale Fragen gelöst, Versorgungsfragen ...

Die zweite Aufgabe ist, die militärische Lösung auf einen politischen Weg zu bringen. Auf den Weg der politischen Regulierung. Auch diese wird gelöst. Jetzt läuft die Vorbereitung zum Kongress des syrischen nationalen Dialogs.

VB: - Unsere Fernbombenflugzeuge überflogen zu ihrem Gefechtseinsatz den Luftraum von Irak und Iran. Gab es Probleme, als Sie den Überflug anfragten?

WG: - Wir haben ein gut funktionierendes Zusammenwirken mit den Militärs dieser Staaten und Unterbrechungen gab es nicht.

Einsatz der Drohnen und der Spezialkräfte

VB: - Noch niemals nutzte die russische Armee, nach meiner Ansicht, eine solche Anzahl unbemannter Flugkörper [Drohnen], wie in Syrien. Wie bewerten Sie die Bedeutung dieser Art Technik, unter Beachtung der Erfahrungen in Syrien?

WG: - In Syrien befinden sich heute im Mittel täglich 60-70 Drohnen am Himmel. Sie führen die Aufklärung, und es gibt Drohnen zur funkelektronischen Niederhaltung und zu anderen Aufgaben.

Wir machten im Zeitraum von 5 Jahren bezüglich Drohnen einen großen Schritt. Früher hatten wir in der Ausrüstung nur die alten sowjetischen vom Typ Rejs. Jetzt ist die Gefechtsführung ohne Drohnen undenkbar. Sie werden von der Artillerie, den Aufklärern, den Fliegern genutzt, von allen. Mit ihrer Hilfe werden Aufklärungs-Schlag- und Aufklärungs-Feuer-Kreise geschaffen.

VB: - Wie zeigten sich in Syrien die Kräfte für spezielle Operationen?

WG: - Die Kräfte für spezielle Operationen haben faktisch ihre Reife erhalten, zeigten sich von ihrer besten Seite. Sie beschäftigten sich mit dem Heranleiten der Fliegerkräfte an die Ziele, mit der Liquidierung der Anführer der Bandenformationen und einer ganzen Reihe anderer Aufgaben. Wir sind sehr zufrieden mit den Erfahrungen, die sie gewannen.

Bewertung des Einsatzes in Syrien

VB: - Alle unsere Militärs, die Syrien durchliefen, werden oder sind schon anerkannt als Teilnehmer an Gefechtshandlungen?

WG: - Ja, es gibt eine Ergänzung zum Gesetz Über die Veteranen, das ist beschlossen, sie sind Gefechtsveteranen.

VB: - In einzelnen Massenmedien tauchen „Meinungen“ auf, dass die Russische Armee in Syrien nichts zu suchen hatte. Wie würden Sie darauf antworten?

WG: - Wenn wir uns nicht in Syrien eingemischt hätten, was wäre passiert? Schauen Sie, im Jahr 2015 verblieben wenig mehr als 10 Prozent Territorium, das von der Regierung kontrolliert wurde. Zwei Monate weiter, zum Jahresende 2015 wäre Syrien vollständig unter ISIS Herrschaft gewesen. Irak zu einem großen Teil auch. ISIS hätte weiter Zulauf erhalten und sich auf Anliegerstaaten ausgebreitet. Einige tausend unserer „Landsleute“ gingen dahin, um zu kämpfen. Wir müssten mit diesen Kräften auf unserem Territorium wieder zusammenstoßen. Sie würden im Kaukasus, in Zentralasien, im Wolgagebiet operieren. Es würden Probleme in sehr viel größerer Dimension entstehen. Wir brachen dem ISIS das Rückgrat auf syrischem Territorium. Unsere

Streitkräfte zerschlugen faktisch den Feind auf den fernen Zugängen zu den Grenzen unseres Staates.

VB: - Was könnte der Chef des Generalstabes der Streitkräfte Russlands den Militärangehörigen, ihren Familien, im Hinblick aufs Neue Jahr 2018 wünschen?

WG: - Wer will vor allem Frieden? Die Militärs. Deshalb möchte ich allen Militärangehörigen und ihren Familienmitgliedern über den Köpfen einen friedlichen Himmel wünschen, starke Gesundheit, weitere Erfolge im Dienst.

Ende des Übersetzungstextes.

Dr. Rainer Böhme, Teilnehmer am Dresdener Gesprächskreis Sicherheitspolitik

Die Redaktion der Zeitschrift offen-siv dankt für die freundliche Genehmigung des Nachdrucks.

Beiträge der PdA Österreichs zur Strategiedebatte

Lukas Haslwanger: Bündnispolitik und antimonopolistische Demokratie im Programm „Sozialismus in Österreichs Farben“ – Eine Kritik

Anfang der 1980er-Jahre verabschiedete die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) ihr letztes Partei- und zugleich marxistisches Programm.

Als 1989–91 der Sozialismus in Osteuropa zusammenbrach und die Sowjetunion sich auflöste, verlor das Programm sprunghaft an Bedeutung, da sich die politische und ökonomische Lage rasch veränderte.

In der KPÖ brachen offene Kämpfe um das marxistisch-leninistische Erbe zwischen denen, die dieses erhalten und daran anknüpfend weiterarbeiten wollten, und jenen, die dieses liquidieren wollten, aus. Wie diese Kämpfe endeten, ist bekannt. 2004/05 wurden von den LiquidatorInnen, unter der Führung von Walter Baier, Michael Graber, Melina Klaus und anderen Landesorganisationen, Ortsgruppen und Bezirksorganisationen, die am Marxismus-Leninismus festhielten, aufgelöst und Einzelpersonen ausgeschlossen. Lediglich die KPÖ Steiermark traute man sich wegen ihrer Wahlerfolge nicht anzugreifen. Diese wiederum ging in Oppositionshaltung zum Rest der KPÖ und hat den Konflikt innerhalb ihrer Landesorganisation eingefroren, zugunsten anhaltender Wahlerfolge. Dass der Konflikt in der KPÖ Steiermark nur eingefroren wurde und nicht gelöst, zeigen auch Sätze im Landesprogramm wie dieser: „Der

Marxismus-Leninismus beruhte zum Teil auf dogmatisch eingegangenen Bruchstücken des Marxismus.“ (KPÖ Steiermark 2012: 27)

Im Rest Österreichs organisierten sich die ausgeschlossenen KommunistInnen in der Kommunistischen Initiative; gemeinsam mit Mitgliedern der Kommunistischen Jugend Österreichs, des Kommunistischen StudentInnenverbandes und später Hinzugestoßenen gründeten diese dann im Herbst 2013 die Partei der Arbeit Österreichs.

Der vorliegende Beitrag ist ein Diskussionsbeitrag zur laufenden Programmdebatte in der Partei der Arbeit, die an die österreichischen Traditionen des Marxismus-Leninismus anknüpfen möchte, ohne dabei zu verkennen, dass sich die Lage in Österreich seit dem Ende der 1980er-Jahre stark gewandelt hat. Aus diesem Grund ist es notwendig, „Sozialismus in Österreichs Farben“ (1982) einer Kritik zu unterziehen, um sichtbar zu machen, wo es Anknüpfungspunkte für ein Programm der Partei der Arbeit Österreichs gibt und geben kann und wo nicht.

Im meinem Beitrag werde ich auf die Frage eines Zwischenstadiums zum Sozialismus, wie es im Programm „Sozialismus in Österreichs Farben“ beschrieben wird, und anschließend auf die Frage der daraus resultierenden Bündnispolitik eingehen.

Antimonopolistische Demokratie oder Diktatur des Proletariats?

Im Jahr 1982 verabschiedete die Kommunistische Partei Österreichs ihr damaliges Programm „Sozialismus in Österreichs Farben“, dieses ist Resultat der Auseinandersetzungen innerhalb der KPÖ. Diese brachen erstmals mit der Geheimrede Chruschtschows offen aus. Mit dem Versuch der Konterrevolution in der CSSR, dem sogenannten „Prager Frühling“, brachen die Gräben erneut auf.

In der Folgezeit bemühte sich die KPÖ um eine programmatische Neuaufstellung zwischen Neuer Linken und Marxismus-Leninismus, in Abgrenzung zu offenen RevisionistInnen. Das Programm „Sozialismus in Österreichs Farben“ kann somit als geronnener Kompromiss zwischen MarxistInnen-LeninistInnen und AnhängerInnen der Neuen Linken gesehen werden.

„Im 1982 beschlossenen Parteiprogramm mit dem Titel `Sozialismus in Österreichs Farben´ wurde zwar an zahlreiche Grundgedanken bisheriger Diskussionen über `Demokratie und Sozialismus´ angeknüpft, die kritische Auseinandersetzung über Problemstellungen der sozialistischen Länder wurde jedoch `auf längere Zeit wieder weitgehend eingestellt´.“ (Mugrauer 2008: 1060)

Dieses Programm der KPÖ führt zwischen Kapitalismus und Sozialismus ein eigenständiges Stadium, die antimonopolistische Demokratie, ein. Diese soll durch eine Umwälzung erreicht werden und vor dem Voranschreiten zum Sozialismus die Macht der Monopole brechen. Eingordnet wird diese Etappe auf dem Weg zum Sozialismus

als revolutionär-demokratische, welche zugleich dabei helfen soll, einen Bürgerkrieg, wie er bspw. in Russland, China und Kuba unvermeidbar war, zu verhindern und einem friedlichen Übergang zum Sozialismus den Weg bereiten. Als Voraussetzung für eine Umwälzung zur antimonopolistischen Demokratie wird ein Durchbrechen der Sozialpartnerschaft, eine wesentliche Stärkung der Kommunistischen Partei und ein Bündnis sozialistischer sowie konsequent demokratischer Kräfte genannt. Diese Voraussetzungen sollen dazu dienen, die politische und ökonomische Macht des Monopolkapitals zurückzudrängen und unter Umständen sogar eine Koalitionsregierung dieser antimonopolistischen Kräfte möglich machen. In der Folge sollte der damals noch vorhandene staatliche Sektor aus dem Profitsystem herausgebrochen, die verbliebenen privaten Monopole ebenfalls verstaatlicht und die Handlanger und Verwalter des staatsmonopolistischen Systems entfernt werden. (Vgl. KPÖ 1982)

Abgesehen davon, dass vom einstigen verstaatlichten Sektor kaum noch etwas übrig ist, da er von späteren Regierungen immer weiter privatisiert wurde, wirft die Beschreibung der antimonopolistischen Demokratie im Programm der KPÖ weitere Fragen auf: Um welchen Staat handelt es sich hier? Handelt es sich um den bürgerlich-parlamentarischen Staat und soll in dessen Rahmen eine Koalitionsregierung gebildet werden? Oder ist die antimonopolistische Demokratie bereits als die erste Phase der sozialistischen Umgestaltung zu verstehen und damit mit der Diktatur des Proletariats gleich zu setzen?

In der Kritik am Gothaer Programm schreibt Marx zum Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus folgende Worte: „Welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft untergehen (1891: erleiden)? In andern Worten, welche gesellschaftliche Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Worts Volk mit dem Wort Staat auch nicht um einen Flohsprung näher.

Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“ (Marx, MEW 19: 28 [Hervorhebung durch den Autor])

Das Marx-Zitat unterstreicht die Notwendigkeit des Bruchs mit dem bürgerlichen Staat und seinem bürokratischen Apparat. Dies ergibt Sinn, wenn man sich die katastrophale Bilanz von Regierungsbeteiligungen kommunistischer Parteien im bürgerlich-parlamentarischen System auf der ganzen Welt ansieht. Die Beteiligung der KP Chiles an der Regierung Salvador Allendes und der Unidad Popular 1970 endete 1973 mit einem Militärputsch und der Errichtung einer reaktionären Militärdiktatur unter Augusto Pinochet.

1981 gewann der Sozialist François Mitterand die französischen Wahlen, der in der Folge eine Regierung mit kommunistischer Beteiligung bildete. Diese begann vielversprechend mit einem „staatliche[n] Konjunkturprogramm, Arbeitszeitverkürzung, mehr Urlaub, frühere[m] Renteneintrittsalter, und umfangreiche[n] Verstaatlichungen von Banken und Unternehmen“. (SDAJ 2016: 13)

Ab 1982 kam es jedoch zum Reformstillstand wegen der Abwanderung von französischem Kapital und ab 1983 als Reaktion zum geballten Gegenangriff. Die Kommunistische Partei Frankreichs verließ zwar 1983 die Regierung und ihr Gewerkschaftsverband CGT organisierte maßgeblich den Widerstand gegen die Konterreformen, scheiterte aber mit dem Versuch, den Sozialismus im Rahmen des parlamentarischen Systems einzuführen oder auch nur eine, wie im KPÖ-Programm beschriebene, Etappe der antimonopolistischen Demokratie zu erreichen. Gleichzeitig fügte sie der kommunistischen Bewegung in Frankreich einen solchen Schlag zu, dass diese sich bis heute nicht davon erholt hat.

Ähnlich ernüchternde Bilanzen sind auch aus Regierungsbeteiligungen von KommunistInnen in Italien und anderen Staaten zu ziehen.

Marx und Engels hielten zwar für Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika einen friedlichen Übergang zum Sozialismus für möglich (Vgl. Lenin Werke 25: 428), allerdings unter völlig anderen Voraussetzungen als wir sie heute vorfinden. Beide Staaten verfügten damals bspw. über kein stehendes Heer als eine wichtige Stütze des bürgerlichen Staates, auch handelte es sich damals noch nicht um den Kapitalismus in seinem monopolistischen Stadium (Imperialismus).

Lenin verwirft in „Staat und Revolution“ die Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus (Vgl. Ebd.), den die KPÖ in „Sozialismus in Österreichs Farben“ explizit anstrebt. Bei keinem/r anderen der damaligen TheoretikerInnen ist etwas über eine eigenständige Etappe zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu finden.

Aus einer marxistischen Perspektive auf den Staat ergibt diese Etappe auch keinerlei Sinn, denn der Staat wird im Marxismus-Leninismus als Überbau der Ökonomie und Werkzeug der herrschenden Klasse begriffen. Welche Klasse soll aber herrschen in der von der KPÖ beschriebenen antimonopolistischen Demokratie?

Auch auf diese Frage gibt das Programm keine eindeutige Antwort. Die Macht des Monopolkapitals soll zwar zurückgedrängt, die Monopole verstaatlicht und aus dem Profitsystem herausgelöst werden, aber wie das gelingen soll, bleibt ein Rätsel. Auch kann die ArbeiterInnenklasse noch nicht die Macht ergriffen haben, ansonsten hätten wir es nicht mit einem eigenständigen Stadium zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu tun, das den Übergang zum Sozialismus erleichtern soll. Hätten die ArbeiterInnenklasse und ihre BündnispartnerInnen die Macht bereits in Händen, hätten wir es

hier mit der ersten Phase des sozialistischen Aufbaus, der Diktatur des Proletariats, zu tun.

Denkbar ist jedoch, dass es sich dabei um eine Phase handelt, in der die Machtfrage nicht geklärt ist, ähnlich der Phase der Doppelherrschaft in Russland zwischen Februarrevolution und Oktoberrevolution, in der sowohl die Räte der ArbeiterInnen, BäuerInnen und Soldaten als auch die provisorische bürgerliche Regierung existierten. Zu Beginn dieser Phase hatten die Räte durchaus noch Vertrauen in die provisorische Regierung. Erst als diese nicht in der Lage war, die drei zentralen Forderungen der Oktoberrevolution nach Frieden, Brot und Land durchzusetzen begann deren Einfluss auf die Räte zu schwinden. In der Folge entbrannte ein immer heftigerer Kampf zwischen den beiden jeweils eine andere Klasse repräsentierenden Kräften, an dessen Ende der Bürgerkrieg stand.

Ist dies gemeint, ist die Behauptung, dass es sich dabei um eine eigenständige Etappe zum Sozialismus handelt, allerdings irreführend. Auch ein Bürgerkrieg könnte so nicht verhindert werden, wie es die KPÖ in ihrem Programm von 1982 anstrebt, diesen hätte wohl eher die geografische Nähe zu den Staaten des Warschauer Paktes verhindert.

Eine solche Phase der Doppelherrschaft, in der keine der beiden Klassen ihre Macht konsolidieren kann, kann kein dauerhafter Zustand sein, sondern lediglich eine kurze Phase, in der die Hegemonie der herrschenden bürgerlichen Klasse brüchig ist und in deren Verlauf sich die Durchsetzung einer der beiden Klassen und ihrer BündnispartnerInnen abzeichnet. Dementsprechend muss am Ende einer solchen kurzen Phase eine sozialistische Umwälzung und die Errichtung der Diktatur des Proletariats oder die Konterrevolution stehen.

Auch kann eine solche Phase der Doppelherrschaft, in der die Hegemonie der herrschenden bürgerlichen Klasse brüchig ist, die ArbeiterInnenklasse sich allerdings noch nicht durchsetzen kann, nicht als strategisches Ziel bezeichnet werden, insofern ist auch der Begriff der antimonopolistischen Strategie zu verwerfen. Strategisches Ziel muss der Sozialismus-Kommunismus sein.

Eines ist jedoch klar, eine sozialistische Umwälzung und die Errichtung der Diktatur des Proletariats hat im Imperialismus einen klaren antimonopolistischen Charakter, da nicht nur die ArbeiterInnenklasse im Widerspruch zum Monopolkapital steht.

Soziale Allianzen oder möglichst breite Bündnisse?

Die Frage der Bündnispolitik ist eine taktische Frage und der Strategie untergeordnet. Insofern erfordert das Überdenken der antimonopolistischen Strategie, die eine antimonopolistische Demokratie zum Ziel hat, auch eine Überarbeitung der Bündnispoli-

tik. Das Programm „Sozialismus in Österreichs Farben“ schließt die Möglichkeit einer Koalitionsregierung nicht aus. Im Gegenteil, wenn es die weitere Verstaatlichung des Monopolkapitals und die Entfernung der HandlangerInnen des staatsmonopolistischen Systems aus dem bürgerlichen Staat fordert, ist diese sogar notwendig, außer man geht von einer absoluten Mehrheit für die KommunistInnen aus.

In Teilen ist die beschriebene Bündnispolitik durchaus zu unterstützen und bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte. Die Betonung des antimonopolistischen Charakters der Bündnispolitik ist durchaus richtig, da nicht nur die ArbeiterInnenklasse im Widerspruch zum Monopolkapital steht.

Die Umgestaltungen der Universitäten durch das UG 2002 und den Bologna-Prozess bringen einen großen Teil der Lehrenden, Forschenden und Studierenden in den Widerspruch zu den Interessen des Monopolkapitals, die immer offener Einfluss auf die Universitäten nehmen und versuchen, Bildung immer weiter zu beschneiden und auf eine Ausbildung zu reduzieren.

Auch die wachsende Zahl an Scheinselbständigen, die über keinerlei Produktionsmittel verfügen, sind abhängig von den großen Monopolen und stehen im Widerspruch zu diesen. Ähnliches gilt für Frauen und MigrantInnen, die im Kapitalismus einer doppelten und dreifachen Ausbeutung unterworfen sind, weil sie als LohndrückerInnen missbraucht werden und der nicht produktive Teil der Reproduktionsarbeit auf diese ausgelagert wird.

Die Jugend, die über kaum noch Möglichkeiten der Freizeitgestaltung verfügt, die nicht bereits vom Kapital als neuer profitabler Markt übernommen worden sind, ist ebenso Opfer des Monopolkapitals. Hinzu kommt eine zunehmende Perspektivenlosigkeit und Unsicherheit mit der Zunahme von sogenannten McJobs, unbezahlten Praktika, usw.

Ein erfolgreiches Bündnis all dieser im Widerspruch zum Monopolkapital stehenden Gruppen und vieler weiterer mit der ArbeiterInnenklasse ist allerdings unmöglich, solange wir als KommunistInnen über keinerlei Verankerungen in der ArbeiterInnenklasse verfügen. Nur die Herstellung der Aktionseinheit großer Teile der ArbeiterInnenklasse und die Durchbrechung der alles lähmenden Sozialpartnerschaft kann dieses Bündnis möglich machen und zu einem Ineingreifen verschiedener sozialer Kämpfe gegen das Monopolkapital, an dessen Ende eine sozialistische Umwälzung steht, möglich machen.

Wie aber die Aktionseinheit der ArbeiterInnenklasse herstellen?

Diese Frage ist eine komplexe und schwierige, an welche mehrere weitere Fragen anschließen. Um auf diese Fragen eingehen zu können, macht es allerdings Sinn, kurz Allgemeines zum Verhältnis von Partei, Klasse und Masse festzuhalten.

Lenin schreibt dazu folgendes: „Die politische Partei kann nur die Minderheit der Klasse erfassen, ebenso wie die wirklich klassenbewussten Arbeiter[Innen] in jeder kapitalistischen Gesellschaft nur die Minderheit aller Arbeiter[Innen] bilden.

Deshalb müssen wir anerkennen, dass nur diese klassenbewußte Minderheit die breiten Arbeiter[innen]massen leiten und mit sich führen kann. [...] Wenn diese Minderheit wirklich klassenbewusst ist, wenn sie die Massen zu führen versteht, wenn sie fähig ist, auf jede aktuelle Frage eine Antwort zu geben – dann ist sie im Grunde genommen eine Partei.“ (Lenin Werke 31: 223)

Dieses Zitat hält implizit schon fest, dass der erste Schritt zur Herstellung der Aktionseinheit der ArbeiterInnenklasse, die Organisierung der Minderheit der klassenbewussten ArbeiterInnen voraussetzt. In Österreich 2017 muss es uns erst gelingen, diese wieder zu organisieren oder überhaupt erst wieder eine große Zahl an klassenbewussten ArbeiterInnen zu erziehen. Die einzige Möglichkeit dies zu erreichen ist die Verankerung der Partei in der Klasse selbst, so, dass KommunistInnen als „Bindeglied“ (Ebd.: 226) zwischen unbewussten Massen und Partei wirken.

Die Verankerung der Partei in der Klasse und die Funktion von KommunistInnen als Bindeglied zwischen Partei und Klasse setzt das Engagement in überparteilichen Organisationen der Klasse voraus. Diese Arbeit darf allerdings nicht willkürlich ohne Anleitung durch die Partei erfolgen und die GenossInnen dürfen nicht individuell entscheiden, in welchen und wie sie in diesen Organisationen wirken.

Vielmehr gilt: „[D]ie Ziele, die Art und Weise, die Bedingungen usw. dieser Beteiligung müssen voll und ganz der grundlegenden Arbeit untergeordnet sein – der Vorbereitung und Organisierung des sozialistischen Proletariats für die bewusste Leitung der sozialistischen Revolution. [...] [D]ie Selbstständigkeit der Arbeiter[Innen]partei [muss] voll und ganz gewahrt [...] [bleiben] und [...] die in die parteilosen Vereinigungen oder Sowjets „delegierten“ Mitglieder und Gruppen der Partei der unbedingten Kontrolle und Leitung durch die Gesamtpartei unterstehen.“ (Lenin Werke 10: 67f.)

Gerade die unnachgiebige Arbeit der griechischen KommunistInnen und der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) gibt Aufschluss darüber, wie die Theorie in erfolgreiche Praxis umgewandelt werden kann. Nun sind die griechischen Verhältnisse zwar andere als in Österreich, die sich u.a. durch die Verankerung der KKE im

Proletariat, eine weniger institutionalisierte Sozialpartnerschaft als in Österreich und eine weniger zentralisierte Gewerkschaftsbewegung unterscheiden, beispielhaft ist ihre Arbeit trotz alledem. Die Unterschiede sollen auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gemeinsamkeit, ein voll entwickelter monopolistischer Kapitalismus, überwiegt.

Mit der Gründung der klassenkämpferischen Gewerkschaftsfront PAME im Jahr 1999 ist es ihnen gelungen, innerhalb weniger Jahre eine starke Gewerkschaftsfront aufzubauen, in der sich nicht nur KommunistInnen organisiert sind, sondern ArbeiterInnen unabhängig ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit und Basisgewerkschaften, die eine klassenkämpferische Praxis verfolgen. PAME ist allerdings keine Gewerkschaft im herkömmlichen Sinne, so sind auch Gewerkschaften, die in einem der beiden Dachverbände Mitglied sind, in denen PAME die Mehrheit hat, Mitglied in PAME, ohne aus dem Dachverband auszutreten. Ohne die Gründung der PAME wäre die KKE wohl kaum in der Lage, die Krisenproteste in Griechenland derart entscheidend mitzuprägen und die Aktionseinheit der ArbeiterInnenklasse zu erzwingen, nicht selten rief die PAME zu Generalstreiks auf und zwang so auch die beiden großen Dachverbände, die unter sozialdemokratischer Führung stehen, Kämpfe zu organisieren.

Gleichzeitig stehen die griechischen KommunistInnen nicht neben den beiden Verbänden, sondern stärken PAME als Fraktion auch innerhalb dieser Organisationen. Es handelt sich also nicht um eine „rote Gewerkschaft“ wie es sie in den 20ern gab. Vielmehr folgen PAME und die griechischen KommunistInnen der leninistischen Linie der Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften.

Ein anderes Beispiel, ein historisches Beispiel ist der Streik bei der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) 1932, zu dem die Kommunistische Partei Deutschlands und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) aufriefen. Konkreter Anlass waren Lohnkürzungen, die die BVG mit der dominierenden sozialdemokratischen Gewerkschaft ausgehandelt hatte. Im Hintergrund spielten jedoch auch die von der Regierung erlassenen Notverordnungen eine Rolle und gaben dem Streik keine rein ökonomistische Rolle, sondern auch eine politische.

Von 22.000 Beschäftigten organisierte die Kommunistische Partei gerade einmal 1.400 in 31 KPD Betriebszellen. Doch durch die Bildung von Einheitsausschüssen gelang es ihnen, eine Delegiertenkonferenz einzuberufen. An dieser Delegiertenkonferenz beteiligten sich neben Mitgliedern der RGO überwiegend Unorganisierte und einige wenige aus den sozialdemokratischen Gewerkschaften sowie aus der faschistischen Scheingewerkschaft NSBO. Die Delegiertenkonferenz organisierte eine Urabstimmung unter den Beschäftigten, an der sich 84% beteiligten und sich wiederum 79% für den Streik aussprachen. Der sozialdemokratische ADGB verweigerte dem Streik offiziell die Unterstützung. Trotzdem gelang es den KommunistInnen, einen

starken Streik zu organisieren, der selbst die faschistische NSBO zur Unterstützung des Streiks zwang, um nicht das Gesicht zu verlieren. Bei der 3 Tage später stattfindenden Reichstagswahl wurde die KPD in Berlin zur stärksten Partei, während Sozialdemokraten und NSADP einbrachen. (Vgl. Schneider 2012: 5)

Diese Schlaglichter zeigen zwei Dinge sehr deutlich auf: Erstens, wir brauchen keine Bündnisse oder wie auch immer geartete Koalition mit den OpportunistInnen oder, wie Lenin sie nennt, „Agenten der Bourgeoisie“.

Nur die Entwicklung einer eigenen kämpferischen Praxis, das unserer Rolle als Avantgarde Gerechwerden, wird die rückständigeren Teile des Proletariats in Bewegung bringen. Zweitens zwingt gerade die schonungslose Kritik an der ArbeiterInnenaristokratie, bei gleichzeitiger Etablierung einer eigenen revolutionären Praxis, diese uns zu folgen, um ihr eigenes Gesicht zu wahren.

Nun befinden wir uns in Österreich 2017 nicht gerade in der Situation, dass wir zu so einer Leistung im Stande wären, doch wir müssen mit unserer heutigen Arbeit die Basis dafür legen, dass dies zukünftig auch in Österreich möglich ist.

Ein Beispiel dafür, wie dies nicht funktioniert, sind aus meiner Perspektive diverse Antifabündnisse, an denen wir teilnehmen und in denen wir mitarbeiten. Einerseits sind diese schon kritikwürdig, weil es Bündnisse mit der ArbeiterInnenaristokratie und solchen die es gerne werden würden (VSSStÖ, SJ, Aufbruch u.a.) sind. Andererseits haben diese die Bündnisse zumeist politisch in der Hand und nutzen sie geschickt für eigene politische Zwecke. Durch die Teilnahme an solchen Bündnissen lässt man sich als KommunistIn vor den Karren der herrschenden Klasse und ihrer SystemerhalterInnen in der Sozialdemokratie spannen. Ein Beispiel hierfür bildet in der Außenwahrnehmung das „Bündnis Linz gegen Rechts“, in das die GenossInnen viel Arbeit und Mühe investiert und auch wichtige Demonstrationen organisiert haben. Es zeigt sich jedoch, dass am Ende wenig für die Kommunistische Jugend oder die Partei rausschaut. Man bietet hingegen bekannten Persönlichkeiten und PolitikerInnen, bis hin zu Kanzler Kern eine Plattform für ihren angeblichen Antifaschismus und ihre angeblich soziale Orientierung, wie sich auch vor den Gemeinderatswahlen 2015 deutlich zeigte. Im Bündnis „Linz gegen Rechts“ können lediglich organisierte Personen mitarbeiten und es besteht aus über 70 Organisation von SPÖ über SJ, AKS und diversen trotzkistischen Organisationen bis hin zur Solidar-Werkstatt und den Grünen. In einem solchen Bündnis gibt es nicht den Raum für eine Zusammenarbeit mit all jenen, die klassenkämpferisch arbeiten wollen, unabhängig von Parteizugehörigkeit. Das Bündnis scheint wie ein antifaschistisches Feigenblatt für die SystemerhalterInnen und ArbeiteraristokratInnen.

Gleichzeitig repräsentieren die Organisationen dieser OpportunistInnen in vielen Fällen nur leere Hüllen, die in Wirklichkeit über ebenso wenig Verankerung bei der Bevölkerung verfügen, wie wir als KommunistInnen. Vielfach ist deren Namen aber zum jetzigen Zeitpunkt noch bekannter als der unsere, wenn auch teilweise berechtigterweise mit zweifelhaftem Ruf.

Die leninistische Praxis ist eine andere. Eine leninistische Praxis schließt keine Bündnisse mit denjenigen, die das Proletariat in die Irre führen. Wir müssen wieder selbst aktiv werden, im Betrieb, der Schule, der Universität, im Stadtteil usw. das heißt an der Basis arbeiten. Das bedeutet einerseits, dass wir Zellen der Partei und der Jugendorganisation in all diesen Gebieten aufbauen und die Kämpfe dort führen, wo wir leben, gemeinsam mit allen, die sich den Auseinandersetzungen anschließen wollen, unabhängig von ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit.

Diese Basisarbeit, die häufig recht trivial erscheinen mag, bildet die Grundlage dafür, wieder an gesellschaftlicher Relevanz zu gewinnen und die Unabhängigkeit der Partei zu wahren.

Welche Strategie und Taktik braucht es 2017?

Die antimonopolistische Strategie ist zu verwerfen, Gründe dafür liefert der vorliegende Artikel zu genüge. Strategisches Ziel kann nicht eine kurze Phase der Doppelherrschaft sein, die zu einer eigenständigen Etappe aufgebauscht wird. Strategisches Ziel kann und muss für eine Kommunistische Partei die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats und damit die erste Phase der revolutionären Umwälzung hin zum Sozialismus-Kommunismus sein.

Dementsprechend braucht es auch eine Modifizierung der Taktik, denn entfällt das Ziel einer möglichen Koalitionsregierung, kann es auch nicht mehr primäres Ziel sein, Bündnisse mit anderen Organisationen zu schließen. Das heißt aber nicht, dass jede Form der Bündnispolitik verworfen wird. Vielmehr tritt eine Bündnispolitik in den Vordergrund, die an die Erfahrungen der Oktoberrevolution, an das Bündnis von ArbeiterInnen und BäuerInnen, anknüpft.

Es handelt sich also um ein Bündnis, das einerseits ganz klar einen antimonopolistischen Charakter hat, andererseits aber kein Bündnis mit anderen Organisationen darstellt, sondern vielmehr ein Bündnis der ArbeiterInnenklasse mit Zwischenschichten und Klassen, die ebenfalls im Widerspruch zum Monopolkapital stehen. Lenin und andere TheoretikerInnen betonten bspw. immer wieder die Notwendigkeit eines Bündnisses mit den nicht- oder nur halbproletarischen Werktätigen.

Was für unmittelbare Aufgaben ergeben sich für KommunistInnen sowohl aus taktischer als auch aus strategischer Perspektive?

Als unmittelbare Aufgabe ergibt sich die Stärkung der Kommunistischen Jugend und der Partei der Arbeit, konkret kann dies aber nur geschehen, wenn wir sie überall dort verankern, wo das Leben ist. Das heißt, die Menschen erleben die Widersprüche unserer Gesellschaft individualisiert und in den unterschiedlichsten Lebensbereichen. Unsere Aufgabe ist es, einerseits den Menschen zu zeigen, dass ihre Probleme auf der Arbeit, in der Uni, an der Schule oder im Wohnviertel keine individuellen sind, sondern Widersprüche, die der Monopolkapitalismus hervorruft. Andererseits zeigen, dass wir sie mit diesen Problemen nicht alleine lassen, sondern zum Widerstand gegen diese Zustände aufrufen und diesen auch organisieren.

Eine solche Politik muss immer unter dem Vorzeichen stehen, dass die Widersprüche im Kapitalismus zwar abgemildert werden können, die Lösung dieser aber im Sozialismus-Kommunismus liegt.

Die Basis sowohl für einen sozialistischen Umsturz als auch für den Aufbau des Sozialismus-Kommunismus ist, dass die Menschen beginnen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und sich nicht mehr scheinbaren Zwängen des Systems unterwerfen. Das heißt, dass unsere Politik langfristig auch darauf ausgerichtet sein muss, dass sich die ArbeiterInnenklasse und ihre Verbündeten selbst organisieren in Komitees und Räten, diese sind sowohl die Basis für einen breiten Widerstand gegen das Monopolkapital und die organisierte Reaktion, als auch die Keimzellen des sozialistischen Staates, der kein Staat im eigentlichen Sinne mehr ist und mit dem Niedergang der Klassengesellschaften selbst verschwindet.

In diesem Kontext kann auch der demokratische Charakter eines sozialistischen Umsturzes unterstrichen werden, der sich vom formal demokratischen Anstrich des Kapitalismus insbesondere des Monopolkapitalismus im Parlamentarismus, abhebt, da er alle Bereiche des Lebens einer Demokratisierung unterwirft.

Literaturverzeichnis:

KPÖ (1982). Sozialismus in Österreichs Farben. Programm der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien: Globus-Verlag

KPÖ Steiermark (2012). Landesprogramm. Analysen und programmatische Vorschläge der KPÖ Steiermark

Lenin, Wladimir Iljitsch (1955). Rede über die Rolle der kommunistischen Partei. In: Institut für Marxismus-Leninismus (Hrsg.), W. I. Lenin Werke. Bd. 31. Berlin: Dietz Verlag. S. 223–227

Lenin, Wladimir Iljitsch (1955). Sozialistische Partei und parteiloser Revisionismus. In: Institut für Marxismus-Leninismus (Hrsg.). W. I. Lenin Werke. Bd. 10. Berlin: Dietz Verlag. S. 61–69

Lenin, Wladimir Iljitsch (1955). Staat und Revolution. In: Institut für Marxismus-Leninismus (Hrsg.). W. I. Lenin Werke. Bd. 25. Berlin: Dietz Verlag. S. 393–507

Marx, Karl (1987). Kritik des Gothaer Programms. In: Institut für Marxismus-Leninismus (Hrsg.). Marx Engels Werke. Bd. 19. Berlin: Dietz Verlag. S. 11–32

Mugrauer, Manfred (2008). Der „Prager Frühling“ und die Parteikrise der KPÖ. In: Stefan Karner (Hrsg.). Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968 = Pražská ja vecha i meždunarodnyj krizis 1968 goda (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung/Sonderband 9). Wien: Leykam Verlag. S. 1043–1061

Schneider, Werner (2012). Der große BVG-Streik von 1932. Wie sich die Nazis mit den Federn der KPD schmücken wollten. In: Rotfuchs Nr. 178. November 2012. S. 5.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (2016). Linksregierung in Frankreich. In: Bildungszeitung der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ). Mai (2016). S. 13–14.

Quelle: Einheit und Widerspruch. Theoretisches und Diskussionsorgan der Partei der Arbeit Österreichs, Heft 5, August 2017.

Tibor Zenker: Die Epoche der Oktoberrevolution

Redigierter Text des Vortrages „Oktoberrevolution 1917 – Resonanz und Konsequenzen“, Wien, 12. Mai 2017

Die siegreiche Oktoberrevolution im November 1917 in Russland war – und ist – ein welthistorisches Ereignis von weit reichender Bedeutung. Erstmals stürzte die Arbeiterklasse – unter Führung der marxistischen Partei Lenins – die Bourgeoisie und etablierte ihre eigene politische Macht. Dies wiederum war Voraussetzung, um den ersten sozialistischen Staat der Menschheitsgeschichte zu schaffen, die Russische Sowjetrepublik, die 1918 formell konstituiert wurde und ihrerseits wiederum die Basis der 1922 gegründeten UdSSR bildete. Johann Koplenig schrieb demgemäß: „Mit der Oktoberrevolution unter Lenins Führung hat die Erneuerung der Welt begonnen, die Befreiung der werktätigen Menschheit vom Joch der Ausbeuter.“ (Koplenig 1951: 157) Friedl Fürnberg unterstreicht die globale und nachhaltige Relevanz, wenn er feststellt: „Die sozialistische Oktoberrevolution hat die Welt erschüttert (...) Das Ringen zwischen Kapitalismus und Sozialismus, Vergangenheit und Zukunft der

Menschheit, hat die ganze Erde umfasst, es durchdringt alles, beeinflusst das Leben aller Völker.“ (Fürnberg 1967: 141)

Neben marxistischen kommen selbst bürgerliche und sozialdemokratische Historiker gelegentlich nicht umhin, die Oktoberrevolution als das zentrale Ereignis des 20. Jahrhunderts zu bezeichnen. Kaum eine politische, wirtschaftliche, soziale Begebenheit des 20. Jahrhunderts sei ohne Bezug zur Oktoberrevolution und deren Auswirkungen zu erklären, heißt es mitunter. Doch gleichzeitig sei mit der abermaligen Zäsur 1989/90 – der erfolgreichen Konterrevolution in Osteuropa – bzw. mit Jahresende 1991 – der völkerrechtlichen Auflösung der UdSSR – diese geschichtliche Periode vorbei. In diesem Kontext wird (auf unterschiedliche Weise) der Gedanke des „kurzen 20. Jahrhunderts“ rezipiert, zunächst von Eric Hobsbawm (Hobsbawm 1995: 11), aber auch z.B. von Walter Baier (Vgl. Baier 2009), der seine KPÖ-Historie 1918-2008 unter diesen Titel stellte.

Wesentlicher ist jedoch, dass andere – namentlich Francis Fukuyama (Vgl. Fukuyama 1992) – gleich das „Ende der Geschichte“ ausriefen, wonach sich mit der Überwindung des Kommunismus der Kapitalismus und seine bürgerlich-demokratische Ordnung liberaler Ausrichtung endgültig durchgesetzt hätten.

Wir Kommunisten sehen das ein bisschen anders: Die Nachrichten vom Tod des Sozialismus und Kommunismus sind stark übertrieben. Franz Muhri etwa schrieb: „Der Zusammenbruch der realsozialistischen Gesellschaften in Europa war (...) eine Niederlage, ein schwerer Schlag für die internationale Arbeiter- und Befreiungsbewegung, für die marxistische Linke auf der ganzen Welt und – wenn man so will – ein Etappensieg des Kapitalismus, aber keineswegs ein endgültiger. Es ist ein Irrtum oder ein Wunschtraum, wenn nunmehr vom ‚Ende der Geschichte‘ gesprochen wird. Damit wäre gemeint, dass der Kapitalismus eine für immer geeignete Gesellschaftsform darstellt, die durch keine andere mehr abgelöst werden würde.“ (Muhri 1995: 76)

Wir gehen davon aus, dass sich die Menschheit in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus befindet – nämlich nach wie vor befindet, trotz der Rückschläge 1989-1991. Und man muss den Beginn dieser Epoche gar nicht zwingend mit der Oktoberrevolution festlegen oder an ihr festmachen, sondern möge im Sinne einer präzisen Epochenbestimmung an die Pariser Kommune von 1871 denken. „Das Paris der Arbeiter, mit seiner Kommune“, schrieb Karl Marx, „wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft.“ (Marx 1956: 362) Die siegreiche Oktoberrevolution und die Schaffung zunächst Sowjetrusslands bzw. sodann der UdSSR sind aber die deutlichste Manifestation, der praktische und materielle Ausdruck des Beginns dieser Epoche des revolutionären Übergangs – und v.a. auch deren erster staatspolitischer Ausdruck.

Der Klassenantagonismus des Kapitalismus trat damit auf die staatspolitische Ebene, und natürlich bestimmte der Gegensatz zwischen den imperialistischen Staaten einerseits, dem Sozialismus und in weiterer Folge der sozialistischen Staatenwelt andererseits die folgenden Jahrzehnte bis heute – und somit inzwischen ein volles Jahrhundert.

Und der Kampf geht weiter, gewiss auch 2018.

Gehen wir nun zurück zu unmittelbaren Auswirkungen bzw. Ergebnissen der Oktoberrevolution und bleiben wir zunächst bei der Reaktion – der Reaktion. Das zaristische Russland war zu Jahresbeginn 1917 zwar ein wirtschaftlich teilweise rückständiges Land, was durch die Schäden des Ersten Weltkrieges nicht gerade verbessert wurde, aber trotzdem der größte Staat des Planeten und global durchaus von immenser Bedeutung. In den damaligen imperialistischen Zentren – in London und Washington, in Paris und Rom, in Berlin und Wien – war den Herrschenden natürlich klar, dass, wenn ein Sechstel der Erde rot bliebe, dies fatale Folgen haben würde. Im internationalen Rahmen wäre die Weltherrschaft des Kapitalismus gebrochen – und mehr noch: Es bestand die Gefahr, dass in den höher entwickelten Staaten West- und Mitteleuropas die Arbeiterklasse dem russischen Beispiel folgen und dadurch binnen kurzer Zeit das Schicksal des Kapitalismus besiegeln würde.

Winston Churchill wird später mit Bedauern feststellen, es wäre besser gewesen, man hätte den Bolschewismus bereits im Säuglingsalter in seiner Wiege erdrosselt. Nicht, dass man es nicht versucht hätte: Die deutsche und österreichische Armee setzte im Frühjahr 1918 zunächst – auch infolge des Fehlverhaltens Leo Trotzki bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk – die Offensive an der Ostfront fort und dies mit Erfolg. Die Entente-Mächte versuchten ab Juni 1918 eine (begrenzte) Invasion, eine militärische Intervention. Jedoch nicht nur britische, französische und US-amerikanische Truppen landeten auf russischem Territorium, sondern in weiterer Folge auch japanische und sogar griechische und tschechische, zunächst ganz im Osten, dann im Süden. Gleichzeitig wurden konterrevolutionäre und weißgardistische Kräfte in Russland massiv mit Geld, Waffen und sonstigen Ressourcen unterstützt, um den Bürgerkrieg fortzusetzen. Man muss nun nicht auf den militärischen Verlauf genauer eingehen – wie bekannt sein dürfte, blieb die neu geschaffene Rote Armee siegreich: 1920 wurde die Krim eingenommen, 1921 Transkaukasien, 1922 Wladiwostok und bis 1923 war der Krieg beendet. Knapp vor Jahreswechsel 1922/23 wurde die UdSSR formell gegründet. Churchill und die anderen Imperialisten mussten zur Kenntnis nehmen: Es ist der neugeborene Herakles, der die heimtückischen Schlangen in seiner Wiege erwürgt.

Für die Sowjetmacht war diese Zeit des Bürgerkrieges und des „Kriegskommunismus“ natürlich trotzdem verheerend. Die Versprechungen der Revolution waren Brot

und Frieden – und beides gab es nicht. Nach dem Weltkrieg bedeutete der Bürgerkrieg abermals einen gravierenden Verlust an Menschen und Ressourcen, die landwirtschaftliche und industrielle Produktion war auf einen Bruchteil des Vorkriegsniveaus eingebrochen.

Innerstaatlich wurde versucht, den Problemen mit der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) beizukommen, die „nichts anderes als ein zeitweiliger strategischer Rückzug vor dem Übergang zur neuen Offensive gegen die kapitalistischen Elemente und zum Aufbau der Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage“ (Koplenig 1951: 90) war. In diesem Sinne ging man 1928/29 zur Etablierung der Fünfjahrespläne (inklusive begleitender Maßnahmen) über. Und hier liegt zweifellos eine Erfolgsgeschichte vor, zumal die UdSSR nur bedingt – im Getreideexport – von der Weltwirtschaftskrise betroffen war: Die Industrieproduktion stieg bis 1939, also bis zum Zweiten Weltkrieg, auf das Zehnfache, in einigen besonders wichtigen Bereichen – etwa Stromerzeugung oder Maschinenbau – noch wesentlich stärker. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die UdSSR Westeuropa ein- und überholt und verfügte nach den USA über die zweitgrößte Industrieproduktion der Welt.

Der deutsch-faschistische Überfall 1941 und die Niederringung des Faschismus bedeuteten für die UdSSR jedoch abermals immense Verluste, nicht zuletzt jenen von 27 Millionen Menschen. All dies muss man bedenken, wenn einem gelehrte bürgerliche „Wirtschaftsforscher“ etwas über die ökonomische Überlegenheit des Kapitalismus und die sozialistische Miss- und Mangelwirtschaft erzählen wollen. Und man muss bedenken, dass die Erfüllung der Fünfjahrespläne ab 1929 sowie gesellschaftspolitische, soziale und auch militärstrategische Maßnahmen der Sowjetregierung damals erst die Voraussetzungen schufen, die zum Sieg im Großen Vaterländischen Krieg und zur Befreiung des Großteils Europas von der NS-Barbarei führten.

Wieder zurück zu den kapitalistischen Staaten in Europa und Nordamerika.

Mit der Oktoberrevolution und der Herausbildung der UdSSR sowie deren Konsolidierung trat die allgemeine Krise des Kapitalismus, eine umfassende Systemkrise, offen hervor. Sie bedeutete eine Zuspitzung der Widersprüche, des kapitalistischen Grundwiderspruchs, des Widerspruchs zwischen imperialistischen Staaten und abhängigen Ländern, des Widerspruchs unter den imperialistischen Staaten – und natürlich des staatspolitischen Systemgegensatzes. Dies wiederum ist Grundlage – nicht alleinige, monokausale, aber eine entscheidende – weiterer Entwicklungen im Kapitalismus: Dies betrifft etwa die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus als höherer Entwicklungsphase des Imperialismus; dies betrifft die Erosion des bisherigen Kolonialsystems; dies betrifft eine Weltwirtschaftskrise in zuvor ungekanntem Ausmaß; dies betrifft die geradezu gesetzmäßige Zusteuerung auf einen neuen Weltkrieg im Sinne der Neuaufteilung der Welt; und dies betrifft die Etablierung eines

neuen, spezifischen Herrschaftssystem des Monopolkapitalismus, nämlich des Faschismus. – „Faschistische Gestalt“, schreibt Kurt Gossweiler, „nahm der imperialistische Drang nach Reaktion und Gewalt (...) erst nach dem ersten Weltkrieg und nach dem Sieg der Oktoberrevolution an, d.h. nach Eintritt des Kapitalismus in das Stadium seiner allgemeinen Krise.“ (Gossweiler 1988 Bd. II: 583)

Der Faschismus als „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, der am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ (Dimitroff 1971 Bd. I: 105) richtete sich im Inneren mit aller Folgerichtigkeit in konterrevolutionärer Antizipation gegen die Arbeiterbewegung – insbesondere deren revolutionären Teil – sowie im internationalen Rahmen gegen die Sowjetunion.

Die militärische Niederwerfung und Eroberung der unmittelbaren west-, süd- und osteuropäischen Nachbarn war für den deutsch-faschistischen Imperialismus eine Sache – die Zerschlagung der UdSSR und des Sozialismus aber das Hauptziel, was die USA und Großbritannien durchaus goutierten. Wiederum Churchill meinte nach dem Krieg, man hätte mit Hitler – statt Stalin – das falsche Schwein geschlachtet.

Die schließlich vehementere Teilnahme der USA am Zweiten Weltkrieg hatte sodann auch mehr mit antikommunistischer Eindämmungspolitik als mit antifaschistischer Überzeugung zu tun: Die Landung in der Normandie sollte v.a. dem Szenario zuvor kommen, dass die Rote Armee über Berlin und Wien gleich bis an den Ärmelkanal und die Atlantikküste durchmarschiert; und auch die Atombombeneinsätze der USA gegen Hiroshima und Nagasaki – im Nachhinein betrachtet als Einzeltaten die größten Kriegsverbrechen der Menschheitsgeschichte – sollten einerseits verhindern, dass es auf dem Wege eines konventionellen Krieges zur Besetzung Japans durch die Rote Armee kommt, andererseits der UdSSR vorführen, welches Vernichtungspotenzial und welche Bereitschaft seines Einsatzes seitens der USA gegeben sind.

Mit allem Recht wurde daraufhin die Entwicklung der sowjetischen Atombombe forciert, der spätere Rüstungswettlauf jedoch war der Entwicklung in der UdSSR freilich weniger dienlich.

Die Anti-Hitler-Koalition war mit dem Tod Hitlers natürlich auch wieder Geschichte. Der neue Hauptfeind der USA, Großbritanniens und Frankreichs wurde schlagartig wieder die UdSSR, während man sich mit dem Faschismus aussöhnte – dafür stehen personelle Kontinuitäten im „Dritten Reich“ und der BRD, die Wiederbewaffnung der BRD, die Integration der faschistischen Staaten auf der iberischen Halbinsel, die faschistischen Diktaturen z.B. in Griechenland und Chile, die Werkzeuge des antikommunistischen Westblocks waren.

Mit dem „Marshall-Plan“ (European Recovery Program, ERP) wurden die europäischen Frontstaaten gegen den Sozialismus gefördert, wie auch Johann Koplenig sagte:

„Der Marshall-Plan ist kein Hilfsprogramm für die Völker Europas. Er ist der Plan der Zerreißung Europas und der Unterordnung der Wirtschaftskräfte Westeuropas unter die Alleinherrschaft des amerikanischen Großkapitals, (...) ein neues Bollwerk gegen die Volksdemokratien im Osten und gegen die Sowjetunion“. (Koplenig 1951: 134)

Darauf aufbauend schuf man sich mit der NATO ein Kriegsbndnis zur permanenten Bedrohung der UdSSR und der sozialistischen Staaten, mit EGKS, EAG und EWG bzw. der EG – der heutigen EU – ein Instrument, das in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht gegen den Sozialismus wirken sollte: „Ihr Ziel ist die Schaffung eines imperialistischen Kristallisationskerns in Westeuropa, von dem aus schrittweise, auf lange Frist berechnet, die Auflösung der sozialistischen Staatengemeinschaft, die Heranziehung sozialistischer Länder an die westeuropäische Integration und die Retransformation des Sozialismus in den Kapitalismus betrieben werden soll.“ (Autorenkollektiv 1971: 454)

Auf unterschiedlichen Wegen – und mit Unterstützung des modernen Revisionismus und konterrevolutionärer Kräfte in den sozialistischen Staaten – wurde die Aufgabe der Zerschlagung der UdSSR und des europäischen Sozialismus 1989-1991 bewerkstelligt (eine umfassendere Niederlagenanalyse muss an dieser Stelle unterbleiben, da diese den Rahmen sprengen würde – freilich gibt es hierzu ausreichend Literatur [Vgl. Verein zur Förderung demokratischer Publizistik 2007]).

Seither haben wir es mit der globalen Neuentfaltung des aggressiven und repressiven Wesens des Imperialismus zu tun.

So weit die kapitalistische, imperialistische, bürgerliche Seite der Geschichte.

Kommen wir zur erfreulicheren, zumindest teilweise, nämlich zur Arbeiterbewegung. Auch in deren weiterer Entwicklung spielte die Oktoberrevolution von 1917 eine immense Rolle. Ein Differenzierungsprozess in der Arbeiterbewegung hatte sich schon zuvor abgezeichnet: War die II. Internationale 1889 noch auf wesentlich marxistischer Grundlage gegründet worden, so schwelte im folgenden Jahrzehnt schon die Revisionismusdebatte um Eduard Bernstein und Konsorten, bereits 1903 bzw. endgültig 1912 hatte sich die SDAPR in Bolschewiki und Menschewiki gespalten, was exemplarischer Vorbote war. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges brach die II. Internationale zusammen – ihre friedenspolitischen, antimilitaristischen und revolutionären Deklarationen waren plötzlich nichts mehr wert, nur wenige Ausnahmen forderten, die Waffen gegen die eigenen Imperialisten zu wenden. Die meisten sozialdemokratischen Parteien jedoch, darunter auch die sterreichische, stellten sich genau hinter ihre jeweilige Bourgeoisie und deren Krieg oder propagierten zumindest den „Burgfrieden“. Friedl Fürnberg schreibt: „Alle, mit Ausnahme der Bolschewistischen

Partei Russlands und der Sozialdemokratischen Parteien Bulgariens und Serbiens, erklärten den Krieg ihrer Bourgeoisie für berechtigt und stellten sich hinter die kapitalistische Regierung ihres Landes. Das war das Ende der Zweiten Internationale, das war, international und in der Folge in jedem Lande, die Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung.“ (Fürnberg 1967: 17)

Die Antikriegsposition blieb in West- und Mitteleuropa zunächst die Meinung und Tat einzelner, zu nennen wären natürlich nicht zuletzt Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (oder in Österreich der ansonsten höchst problematische Friedrich Adler). Mit dem Sieg der Oktoberrevolution im November 1917 lag jedoch der praktische Beweis vor, dass der Sturz der Imperialisten möglich ist – und dass auch ein Friedensschluss möglich wäre.

Es gründeten sich in einer Reihe europäischer Länder innerhalb der sozialdemokratischen Parteien revolutionäre Gruppierungen, schließlich außerhalb der bisherigen Organisationen eigenständige kommunistische Parteien, die sich – mehr oder minder – die russische Revolution zum Vorbild nahmen. In Österreich wurde am 3. November 1918, ziemlich genau ein Jahr nach der Oktoberrevolution, die KPÖ gegründet. „Das Entstehen der KPÖ 1918“, schreibt Hans Hautmann, „und über sie hinausgehend zahlreicher weiterer kommunistischer Parteien in Europa und der Welt war (...) die notwendige Folge der objektiven Situation der damaligen Zeit, in der sich der Kapitalismus in einer tiefen Krise befand und von einer sozialrevolutionären Welle erschüttert wurde (...) Die KPÖ ist (...) entstanden, weil sie mit einer nach rechts abdriftenden, auf klassenversöhnlerische Positionen übergegangenen Bewegung gebrochen hat. Nur durch diesen historischen Bruch hatte die kommunistische Bewegung eine Existenzberechtigung (...) und wird sie es zukünftig haben.“ (Hautmann. In: Mugrauer 2009: 12)

Natürlich war dieser Bruch notwendig und berechtigt, doch in Ermangelung einer zuvor aktiven marxistischen Linksoption in der österreichischen Sozialdemokratie und aufgrund des abermals prinzipienlosen Schulterchlusses der Persönlichkeiten der SP-„Linken“ (Otto Bauer, Friedrich Adler) mit ihren zutiefst gegenrevolutionären Genossen am rechten Rand um Karl Renner & Co. verfügte die junge KPÖ zunächst zwar nicht über keinen, aber doch einen recht überschaubaren Einfluss. Die revolutionäre Situation, die in Österreich ab 1918 – ausgehend vom großen Jännerstreik – gegeben war, in der die Massen der Arbeiter zweifellos größte Sympathien für den „russischen Weg“ hatten, kam für die KPÖ zu früh, sie konnte sich (noch) nicht an die Spitze der Bewegung 1918/19 setzen. Die SP wollte es eigentlich nicht, tat es dennoch – und sorgte bewusst dafür, dass die österreichische Revolution in bürgerlich-demokratischen Bahnen blieb. Anders gesagt: Die Sozialdemokratie rettete am Ende

des Ersten Weltkrieges und danach die österreichische Bourgeoisie vor der sozialistischen Revolution – einer bürgerlichen Partei wäre das damals nicht mehr gelungen.

Nur wenige Monate nach der Schaffung der KPÖ, Anfang März 1919, fand in Moskau der Gründungskongress der III., der Kommunistischen Internationale (Komintern) statt, unter aktiver Beteiligung der KPÖ. Damit war die Arbeiterbewegung endgültig in zwei Teile zerfallen: in einen revisionistisch-reformistischen Teil – die Sozialdemokratie – und in einen revolutionären Teil – die kommunistischen Parteien. Während letztere sich weitgehend hinter die Oktoberrevolution und Sowjetrußland bzw. die UdSSR stellten und sie durch eine zeitnahe Revolution im eigenen Land unterstützen wollten, war die Position der Sozialdemokratie zunächst ambivalent. Zwar konnte man in diesem oder jenem Punkt Kritik an Lenin und den Bolschewiki üben, es war aber nicht leicht, den eigenen proletarischen Anhängern zu vermitteln, dass sie die einzige erfolgreiche proletarische Revolution der Welt ablehnen sollten.

Otto Bauer, der als Kriegsgefangener die Oktoberrevolution vor Ort knapp verpasst hatte – er konnte im September 1917 von Rußland nach Österreich zurückkehren –, etwa stand durchaus für ein – wenngleich nicht kritikloses und zwischenzeitlich recht pessimistisches – Bekenntnis zur welthistorischen Bedeutung der Oktoberrevolution, von deren Erfolg das Schicksal des Sozialismus abhängen würde. Bei allen theoretischen Würdigungen war die sozialdemokratische Praxis jedoch auf nationaler und internationaler Ebene eine gegenrevolutionäre, zumeist auch offen antikommunistische und antisowjetische.

Bauer schrieb 1936 im Exil über jene Sozialdemokraten, die der historischen Bedeutung der UdSSR verständnislos gegenüberstanden – und somit wesentlich über die eigene Partei und Internationale (aber auch eigene Fehlhaltungen): „Sie hatten seit der Begründung der Sozialdemokratie die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als ihr Ziel bezeichnet; aber sie hassten den Staat, der die Vergesellschaftung der Produktionsmittel wirklich vollzog. Sie haben jahrzehntelang die Überlegenheit der sozialistischen über die kapitalistische Produktionsweise gelehrt; aber sie verzichteten darauf, den Volksmassen diese Überlegenheit nun auch an eindrucksvollsten geschichtlichen Tatsachen zu zeigen, als sie sich in der ungeheuren Wachstumsenergie der russischen Wirtschaft praktisch zu erweisen begann. Da die sozialistische Gesellschaft in Rußland auf anderem Wege kam, als sie erwartet und gewollt, stellten sie sich gegen die sozialistische Gesellschaft. Aber indem sie sich gegen den Sozialismus dort stellten, wo er sich zu verwirklichen begann, verblasste ihre sozialistische Gesinnung, ihr sozialistisches Wollen überhaupt.“ (Bauer 1936: 300)

Dies hat sich – mit der weiteren Rechtsentwicklung der Sozialdemokratie – in den Jahren bis 1989/90 und bis heute massiv verstärkt. Nach 1945 bildete in Österreich die SPÖ mit der ÖVP einen dezidiert antikommunistischen Block gegen die KPÖ und

die osteuropäischen Volksdemokratien – in weiterer Folge auch unter dem Vorwand des „Antistalinismus“, exemplarisch sei auf die Putschläge rund um den Oktoberstreik 1950 hingewiesen, auf die zwischenzeitliche Hintertreibung der von der KPÖ forcierten Neutralität Österreichs oder schließlich auf die Eisenstädter Erklärung, mit der sich Bruno Kreisky 1969 ideologisch klar rechtssozialdemokratisch positionierte. Selbst manch soziale, demokratische und arbeitsrechtliche Errungenschaften sind im Nachhinein als Vorsichtsmaßnahmen gegen etwaige sozialistische und kommunistische Bestrebungen in der österreichischen Arbeiterschaft zu erklären, schließlich musste man den kapitalistischen „Sozialstaat“ und die „soziale Marktwirtschaft“ als das bessere System als den „Sowjetsozialismus“ oder „Realsozialismus“ verkaufen.

Zweifellos spielte hierbei der unausgesprochene Druck der Existenz eines sozialistischen Gegenmodells in Osteuropa ein positive, allenfalls mäßigende Rolle im „Westen“. Kein Wunder, dass seit 1989/90 Sozialabbau und Privatisierungen wieder ungehemmt möglich sind.

Ein kleiner Treppwitz hierbei, dass die SPÖ sich 1991 von Sozialistische Partei – wie sie seit 1945 hieß – wieder in Sozialdemokratische Partei umbenannte. Heute gibt es seitens der Sozialdemokratie freilich keinerlei positive Bezugspunkte mehr zur Oktoberrevolution oder zur UdSSR – im Gegenteil: Der Sozialismus ist endgültig aus dem Parteiprogramm gestrichen und die SPÖ ist eine klar kapitalistische, bürgerliche Partei, die sich mitunter als Arbeiterpartei inszeniert, was natürlich eine bedeutende systemstabilisierende Wirkung haben soll.

Aber genug davon.

In den Anfangsjahren gab es unter den Komintern-Parteien in West- und Mitteleuropa einige Irrwege und Fehlschläge, nicht zuletzt auch seitens der jungen KPÖ, die manch linksradikaler Illusion unterlag. Daher ging man ab 1924 zur Bolschewisierung der Parteien über, d.h. man stellte sie organisatorisch, programmatisch und strategisch weitgehend auf eine gemeinsame marxistisch-leninistische Grundlage. In Österreich waren hierfür der Komintern-Beauftragte Georgi Dimitroff sowie der neue KPÖ-Vorsitzende Johann Koplenig maßgeblich verantwortlich. Winfried Garscha schreibt: „Die ‚Bolschewisierung‘ zielte darauf ab, die organisatorisch und politisch teilweise ziemlich heterogenen Parteien nach dem Muster der KPdSU zu Parteien ‚neuen Typs‘ umzugestalten. Die entscheidende Rolle dabei spielten die (...) Richtlinien des ‚demokratischen Zentralismus‘, die eine Kombination einer demokratischen Herangehensweise bei der Erarbeitung der politischen Linie und hierarchisch-zentralistischer Elemente bei deren Umsetzung darstellten. Für die KPÖ hatte die Durchsetzung dieser Normen nicht nur zur Folge, dass die Partei organisatorisch ‚Tritt fasste‘, sondern auch, dass sie in die Lage versetzt wurde, ein eigenständiges politisches Profil zu erarbeiten.“ (Garscha. In: Mugrauer 2009: 18) Tatsächlich gelang es dadurch, die

KPÖ so weit kampffähig zu machen, dass sie im Widerstand gegen den Austrofaschismus und den deutschen NS-Faschismus zu einer Hauptkraft und – ironischer Weise in der Illegalität – erstmals zu einer Partei mit Masseneinfluss wurde. Auf dieser Grundlage ist es ein großes Verdienst der KPÖ, erfolgreich für die Befreiung Österreichs von faschistischer Diktatur und deutscher Fremdherrschaft sowie die Schaffung eines unabhängigen österreichischen Staates gekämpft zu haben.

Kommen wir zum internationalen Bereich.

In Deutschland wurde ab 1925 mit der zum Jahreswechsel 1918/19 maßgeblich von Luxemburg und Liebknecht gegründeten KPD, nun unter Leitung Ernst Thälmanns, die größte marxistisch-leninistische Partei nach der KPdSU aufgebaut, doch blieb die Revolution aus, was den Aufbau des „Sozialismus in einem Land“ in der UdSSR nicht gerade vereinfachte.

Auch in anderen Ländern mit hoffnungsvollen revolutionären Rätebewegungen bzw. kommunistischen Parteien – etwa in Ungarn, Bulgarien, Italien oder Spanien – waren weißgardistische Reaktion und Faschismus siegreich, auf dem Wege des Putsches oder des Bürgerkrieges.

Trotzdem blieb die UdSSR nicht alleine: Schon im November 1924 – sieben Jahre nach der Oktoberrevolution – war der zweite sozialistische Staat der Welt konstituiert worden. Es handelte sich um die Volksrepublik Mongolei, wo die Voraussetzungen freilich eher schwierig waren.

Durch die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und die maßgebliche Rolle der UdSSR bei der Niederschlagung des Faschismus erhielt die revolutionäre Bewegung nach 1945 einen Aufschwung in Europa. Bereits während des Krieges waren kommunistische Partisanen- und Widerstandsgruppen aktiv, nach Kriegsende wurden – teilweise unter Einbeziehung ehemaliger sozialdemokratischer Parteien – Volksdemokratien gegründet und sozialistische Umwälzungen begonnen. Dies betraf die ganze Balkanhalbinsel mit Ausnahme Griechenlands, die westslawischen Länder sowie Ungarn und Rumänien. Und nicht zuletzt wurde im Osten Deutschlands – in der sowjetischen Besatzungszone – die Deutsche Demokratische Republik geschaffen.

Fast gleichzeitig bzw. wenig später siegte die Revolution in Ostasien: Im Norden der koreanischen Halbinsel wurde die Demokratische Volksrepublik gegründet – nach dem Sieg über den japanischen Imperialismus und der Abwehr einer US-geführten imperialistischen Intervention. Und in China besiegte die Volksbefreiungsarmee unter Führung Mao Tse-tungs die nationalistische Kuomintang-Bewegung, die nach Taiwan vertrieben wurde. Seit 1949 gibt es am Festland die Volksrepublik China, wo im bevölkerungsreichsten Land der Erde die größte kommunistische Partei der Erde an der Macht ist – bis heute.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich also eine sozialistische Staatengemeinschaft herausgebildet – und dies im Weltmaßstab. Das sozialistische Lager wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weiter verstärkt, etwa durch die Revolution in Kuba, durch die Sandinisten in Nicaragua oder durch den Sieg des vietnamesischen Volkes über die französischen und amerikanischen Imperialisten. In Afrika, wo nicht zuletzt durch den Druck der sozialistischen Weltgemeinschaft das klassische Kolonialsystem des europäischen Imperialismus endgültig zusammenbrach, gaben sich einige unabhängig gewordene Staaten einen sozialistischen Entwicklungsweg, darunter der Kongo, Angola, Äthiopien oder Mosambik. Allerdings musste man auch revolutionäre Misserfolge hinnehmen, etwa in Chile, Grenada oder Afghanistan.

Für den weltrevolutionären Prozess bedeutete all dies, dass er sich in dieser Epoche aus drei Hauptströmungen zusammensetzt: Aus den sozialistischen Staaten, den kommunistischen Bewegungen sowie aus den nationalen Befreiungsbewegungen der Völker. Dies implizierte wiederum die Schaffung entsprechender solidarischer Bündnisse im internationalen Rahmen, aber auch von friedenspolitischen und antiimperialistischen Bewegungen in den kapitalistischen Hauptländern, wo man außerdem – gemäß der vollen Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus sowie der „Perfektionierung“ seiner Herrschaftsmethoden – Wege einer Heranführung an den Sozialismus entwickelte, antimonopolistische Strategien und außerparlamentarische Bewegungen für Demokratie, sozialen Fortschritt und Frieden, die neben und mit den kommunistischen Parteien und Gewerkschaften wirken sollten.

Ernst Wimmer schrieb darüber: „Der staatsmonopolistische Kapitalismus, dessen erste Ansätze Lenin während des ersten Weltkrieges festhielt, ist mittlerweile zur Existenzform des Kapitalismus in allen hochentwickelten Staaten geworden. Angesichts des Ausbaus, der tiefen Staffelung dieses Systems hat Lenins Aufforderung an die kommunistischen Parteien, ihr Hauptaugenmerk darauf zu richten, Wege des Heranführens an die sozialistische Revolution ausfindig zu machen, noch größeres Gewicht erhalten.“ (Wimmer, 1982: 13)

Seit der Oktoberrevolution kam es jedoch auch zu mehreren Spaltungen der einheitlichen kommunistischen Bewegung.

Als erstes wurde – nach dem Scheitern Trotzki's in der UdSSR und seiner Ausreise – der Trotzismus als internationales Werkzeug gegen die UdSSR etabliert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es den Imperialisten, Jugoslawien aus der sozialistischen Staatengemeinschaft herauszubringen und ein eigenes Modell, den Titoismus, kreieren zu lassen.

Nach dem Tod Stalins und der Einsetzung Chruschtschows als Generalsekretär der KPdSU hielt teilweise der moderne Revisionismus Einzug, was sodann auch zum Bruch zwischen der UdSSR und China sowie Albanien führte.

Die zunächst antirevisionistische Ausrichtung entwickelte sich allerdings hin zu einem eigenständigen Maoismus und Hoxhismus, die ihrerseits selbst so manche Fehlentwicklung und -einschätzung zu verantworten haben. (In Österreich wurde der moderne Revisionismus, der in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre als Fraktion in der KPÖ aktiv war, erfolgreich ausgesondert, ohne chinesische oder albanische Abwege zu beschreiten. (Vgl. Wimmer. In: Autorenkollektiv 1987: 437-491)

In Kambodscha manövrierten Pol Pots Rote Khmer den sozialistischen Anspruch mit chinesischer Hilfe in eine völlige Sackgasse, die keinerlei Rechtfertigung verdient – es waren nicht zufällig die Armeen der sozialistischen Staaten Vietnam und Laos, die dieses Regime stürzten.

Im Norden der koreanischen Halbinsel entwickelte Kim Il-Sung seine Variante des Sozialismus, allerdings muss man die Dschutsche-Ideologie wohl als revisionistische Verirrung einschätzen.

Diese Brüche in der internationalen sozialistischen Staatenwelt hatten ihre Auswirkungen auf die kommunistische Bewegung in den kapitalistischen Ländern: Während die Mehrheit der kommunistischen und Arbeiterparteien in Europa zwar mehr oder minder im Bereich der sowjetischen Orientierung verblieb, wurden auch maoistische und hoxhaistische – sowie schon früher trotzkistische – Organisationen gebildet, die aber in aller Regel bloß geringe Bedeutung gewannen.

Andernorts, etwa in Nepal, Indien oder in der Türkei, verfügen maoistische Organisationen bis heute über Relevanz, während in China selbst die Mao-Ideen längst entsorgt wurden.

Neben der internationalen politischen Entwicklung brachte der moderne Revisionismus in Westeuropa auch eine eigene „Weiterentwicklung“ hervor, den Eurokommunismus, der v.a. in Frankreich und Italien Bedeutung erlangte. Zwar gab es dort starke kommunistische Parteien, die bei Wahlen erfolgreich waren, aber genau dies ist eben keineswegs ein Kriterium richtiger kommunistischer Politik. Der eingeschlagene Weg führte geradezu folgerichtig ideologisch zur inhaltlichen Sozialdemokratisierung, zur kleinreformerischen Kapitalismusverwaltung, im italienischen Fall gar zur Liquidation.

In Österreich erwies sich die KPÖ als abermals immun gegen einen ideologischen Einbruch. Franz Muhri stellt am 23. Parteitag fest: „Wenn man uns empfiehlt, dass die KPÖ eine sogenannte eurokommunistische Partei werden sollte, antworten wir:

nein, diesen Weg der Preisgabe unserer revolutionären Gesinnung und Prinzipien werden wir nicht gehen.“ (KPÖ 1977: 38)

Gerade in dieser Zeit, als Eurokommunisten und moderne Revisionisten, maoistische/hoxhaistische K-Gruppen und trotzkistische Splittergruppen Morgenluft witterten, gelang der KPÖ nicht nur die notwendige Abgrenzung gegenüber dem Opportunismus von „links“ und rechts, sondern über ernsthafte theoretische Arbeit auch die Erneuerung auf marxistisch-leninistischer Grundlage. Hautmann schreibt: „In der neuen Parteiführung gewann eine linke, sich als ‚antirevisionistisch‘ definierende Reformgruppe an Einfluss, die mit dem Konzept des ‚staatsmonopolistischen Kapitalismus‘ die sozial-ökonomischen wie gesellschaftlichen Strukturen Österreichs zu erfassen suchte. Das machte die Partei im politischen Klima der frühen 1970er Jahre (...) wieder attraktiv.“ (Hautmann. In: Mugrauer 2009: 57)

Und – im Rahmen des Möglichen – auch wieder erfolgreicher. Die theoretische Arbeit gipfelte schließlich 1982 im Beschluss des Programms „Sozialismus in Österreichs Farben“ (KPÖ 1982), des bislang letzten umfassenden marxistisch-leninistischen Parteiprogramms in Österreich (wenngleich auch die Grundsatzklärung der Partei der Arbeit aus dem Jahre 2013 z.T. wesentlich programmatische Züge trägt).

Natürlich gab es, wie eingangs erwähnt, 1989-1991 eine Zäsur auch in den kommunistischen Parteien Europas, die abermals einen gravierenden Differenzierungsprozess einleitete. Ob Ost- oder Westpartei – die kommunistischen Parteien Europas vollzogen seither unterschiedliche Entwicklungen. Manche, wie die italienische KP, verwandelten sich in sozialdemokratische Parteien; andere, z.B. die KP Griechenlands, erneuerten sich auf marxistisch-leninistischer Grundlage; und manche degenerierten langsam in Richtung allgemein-linker Beliebigkeit, ohne Klassenstandpunkt, ohne revolutionären oder marxistischen Anspruch sowie entsprechender Programmatik – so z.B. die KPÖ, die sich von ihrer marxistisch-leninistischen Vergangenheit verabschiedet hat. Und wo eine Lücke zurückblieb, wurde mitunter versucht, diese durch Neugründungen auszufüllen (so sind z.B. die Rifondazione Comunista in Italien – wo’s der Name ja schon leise andeutet – sowie die ungarische Munkáspárt jeweils Neugründungen, wenngleich ganz unterschiedlicher Ausrichtung).

Die zuvor letztgenannten Parteien – ehemals kommunistische Parteien und linksblinkende Kapitalismus-„Verbesserer“ – sammeln sich inzwischen, seit 2004, in der „Partei der Europäischen Linken“, so auch die KPÖ.

Die marxistisch-leninistischen Parteien gründeten 2013 die Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien Europas – dieser Gruppe gehört auch die Partei der Arbeit Österreichs an. Überschneidungen gibt es nach wie vor in der Gruppe der Internatio-

nen Treffen kommunistischer und Arbeiterparteien („Solidnet-Gruppe“), wo unterschiedliche Parteien teilnehmen, aber auch welche, die weder EL noch INITIATIVE angehören bzw. keinerlei entsprechendes Naheverhältnis pflegen.

Bewusst in die Kontinuität des Marxismus-Leninismus, der Komintern und der bolschewistischen KPdSU – und somit der Oktoberrevolution – stellen sich in Europa freilich nur die Parteien der INITIATIVE sowie manche nicht zugeordnete Parteien (auch die 1968 neu konstituierte DKP bezeichnet sich heute wieder offen als marxistisch-leninistisch, nachdem die BRD-Repression zuvor Verklausulierungen erfordert hatte – die historische KPD ist in der BRD seit 1956 und nach wie vor verboten).

Faktum ist: Nur auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus wird es einen entscheidenden positiven Beitrag zu künftigen sozialistischen Revolutionen geben. Der Marxismus-Leninismus – oder nur der Marxismus, falls jemand aus „wahltaktischen“ oder „PR-Gründen“ terminologisch nicht anstreifen will – ist nicht einfach nur ein politischer „Kompass“, auf den man hin und wieder blickt, wenn man die Orientierung verloren hat, sondern der Marxismus-Leninismus ist die revolutionäre Weltanschauung der Arbeiterklasse sowie die Anleitung zum Handeln im Klassenkampf und in Richtung seines Höhepunktes, der sozialen Revolution der Arbeiterklasse. Wer dies nicht zur Kenntnis nimmt und anzuwenden weiß, hat nicht nur ein terminologisches, sondern auch ein inhaltliches und strategisches Problem.

Und damit sind wir wieder bei der Oktoberrevolution. Es wird in den nächsten Monaten bis zum November dieses Jahres² interessant sein, welche Parteien sich wie über die Oktoberrevolution und deren Errungenschaften äußern. Gibt es Zweifel bei laviierenden Parteien, Parteiteilen oder Gruppierungen, so möge die Einschätzung der Oktoberrevolution und der UdSSR ein Gradmesser sein für den tatsächlichen Charakter der jeweiligen Organisation. Damit wir auch 2017 wissen, woran wir sind.

Die Imperialisten, Kapitalisten und Sozialdemokraten wissen es: Sie werden – auch ein Vierteljahrhundert nach dem Ende der UdSSR – nicht müde, die kommunistische Bewegung, den Sozialismus, Lenin und die Oktoberrevolution zu verteufeln, zu verleumden und bis aufs Blut zu bekämpfen. Sie wissen sehr gut, dass die Geschichte keineswegs zu Ende ist und dass die eigentliche Gefahr für ihre Herrschaft weiterhin in der Arbeiterklasse und deren revolutionärer Organisierung liegt. Wir wissen es auch.

So weit ein kurzer Überblick über das denn doch normal lange Jahrhundert 1917 bis 2017. Es war das Jahrhundert der siegreichen Revolution und des Aufbaus des Sozia-

² Bitte beachten: diese Arbeit wurde im Frühjahr 2017 geschrieben! (d. Red.)

lismus. Wollen wir hoffen, dass man 2117 dasselbe über das 21. Jahrhundert wird sagen können, allen vorläufigen Rückschlägen und ungünstigen Bedingungen der Gegenwart zum Trotz.

Die Epoche der Oktoberrevolution ist auch nach einem Jahrhundert nicht vorbei, denn, wie Lenin sagte, der „Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats. Das hat sich seit 1917 im Weltmaßstab bestätigt.“ (Lenin 1960: 198)

Der nächste Oktober kommt bestimmt.

Literaturverzeichnis:

Autorenkollektiv (1971). Der Imperialismus der BRD. Berlin: Dietz Verlag, Autorenkollektiv (1987). KPÖ – Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik. Wien: Globus-Verlag

Baier, Walter (2009). Das kurze Jahrhundert: Kommunismus in Österreich – KPÖ 1918 bis 2008. Wien: Edition Steinbauer

Bauer, Otto (1936): Zwischen zwei Weltkriegen? – Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus. Bratislava: Eugen Prager Verlag

Dimitroff, Georgi (1972). Ausgewählte Werke in zwei Bänden. Frankfurt am Main: Verlag Marxistische Blätter

Fukuyama, Francis (1992). Das Ende der Geschichte – Wo stehen wir? München: Kindler Verlag

Fürnberg, Friedl (1967). 50 Jahre – Die sozialistische Oktoberrevolution und Österreich. Wien: Globus-Verlag

Gossweiler, Kurt (1988). Aufsätze zum Faschismus. Köln: Pahl-Rugenstein Verlag

Hobsbawm, Eric (1995). Das Zeitalter der Extreme – Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München: Deutscher Taschenbuch Verlag

Kommunistische Partei Österreichs (1977). Der 23. Parteitag der KPÖ. Wien: Eigenverlag

Kommunistische Partei Österreichs (1982). Sozialismus in Österreichs Farben. Programm der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien: Globus-Verlag

Koplenig, Johann (1951). Reden und Aufsätze 1924-1950. Wien: Stern-Verlag

Lenin, Wladimir Iljitsch (1960). Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: Lenin-Werke. Bd. 22. Berlin: Dietz Verlag. S. 189-309

Marx, Karl (1956). Der Bürgerkrieg in Frankreich. In: Marx Engels Werke. Bd. 17. Berlin: Dietz Verlag. S. 313-365

Mugrauer, Manfred. Hrsg. (2009). 90 Jahre KPÖ – Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien: Alfred Klahr Gesellschaft

Muhri, Franz (1995). Kein Ende der Geschichte. Wien: Globus Verlag

Verein zur Förderung demokratischer Publizistik. Hrsg. (2007). Niederlagenanalyse – Die Ursachen für den Sieg der Konterrevolution in Europa. Hannover: offen-siv Verlag

Wimmer, Ernst (1982). Staat und Demokratie – Dritter Weg oder Revolution? Wien: Globus-Verlag

Meinungsmanipulation

Torsten Reichelt: Lüge, Irrtum, Trugschluss und Verschleierung

Vor Jahren existierte eine Internetseite der „Bamberger Skeptiker“, welche leider seit Jahren verschwunden oder zumindest durch mich nicht mehr auffindbar ist. Die wiederum bezog sich auf eine andere Publikation. Inhalt war eine Zusammenstellung wichtiger demagogischer Tricks³. Da ich sie gern zur Brandmarkung demagogischer Tricks zitierte und nach ihrem Verschwinden nichts Vergleichbares fand, blieb mir nur eine eigene Zusammenstellung.

Welcher Tricks bedienen sich Demagogen? Sie sind zwar etliche (im doppelten Sinn: Demagogen und Tricks), aber bei genauem Hinsehen/-hören und etwas Überlegung leicht erkennbar. Sie zeichnen sich insgesamt durch drei Merkmale aus:

1. Teile der Aussage oder die gesamte Aussage stehen im nachweisbaren Widerspruch zur Realität.

Und/oder:

³ Die Seite der „Bamberger Skeptiker“ enthielt dazu folgende Informationen zur Autorenschaft: „‘Irrtum, Trugschluss und Verschleierungstaktik in Wissenschaft und Alltag‘ von Rudolf Öller (die Bamberger Skeptiker danken dem Gast-Autor!); Leicht verändert und ergänzt aus: Sagan, Carl (1997): Der Drache in meiner Garage oder die Kunst der Wissenschaft, Unsinn zu entlarven. Verlag Droemer Knaur.“

2. Die Aussagen weisen in sich oder zu anderen Aussagen der gleichen Autoren Widersprüche auf.

Und/oder:

3. Die Aussagen sind so unvollständig, verschwommen oder verwirrend, daß sie nicht nachvollziehbar sind.

Als Zusatzkriterium ist die Frage nach dem Nutzen für bestimmte Interessengruppen (Cui bono?) und deren Beziehungen zum jeweiligen Medium nützlich.

Beispiel: Welches Medium des Finanzkapitals oder seines Staates oder seiner anderen Marionetten hat das geringste Interesse daran, wahrheitsgemäß über Kapitalismuskritiker oder gar (igitt!) Kommunisten, soziale Bewegungen oder (Teufelswerk!) sozialistische Staaten zu berichten. Oder: Wie wahrscheinlich ist, daß oberflächlich regimekritische Veröffentlichungen der Staats- oder Privatmedien mehr beabsichtigen, als

1. die Konsumenten auf eben diese Oberfläche statt deren Grundlage zu lenken,
2. den Konsumenten vorzugaukeln, es gäbe kritischen oder wenigstens seriösen Journalismus und
3. die Konsumenten von eigenen regimekritischen Aktivitäten durch den falschen Eindruck abzuhalten, daß sich sogar der eigene Propagandaapparat um Missstände des Regimes kümmert.

Manche der Tricks werden überwiegend in der einseitigen Desinformation verwendet, also in den meinungsvereinheitlichten Medien des Finanzkapitals und seines Staates. Zu denen gehören auch scheinbar unabhängige Publikationen, welche von Miet-schreibern des Kapitals und staatlicher Dienste stammen, ebenso wie Reden von Mietmäulern auf Versammlungen, beispielsweise der PEGIDA, AfD und anderer faschistischer Organisationen.

Andere Tricks finden ihre Anwendung vorwiegend im Meinungs austausch, also Diskussionen einschließlich Internetforen, Chats und Ähnlichem. Die Tricks kommen einzeln, häufiger aber in Kombination zur Anwendung. Motto: Auf irgendwas wird der Adressat schon `reinflallen.

Ich kenne zwar vermutlich die meisten Tricks, aber sicher nicht alle, und habe möglicherweise bei der Zusammenstellung nicht an alle mir bekannten gedacht. Ich hoffe, nachvollziehbare Kategorien und Namen gewählt zu haben.

Selbstverständlich ist das Hauptthema die politische Demagogie. Aber insbesondere bei den Beispielen habe ich mich nicht nur gesellschaftlicher Themen bedient. Einige Tricks entnahm ich, teilweise verändert, dem Artikel Rudolf Öllers.

Da eine tabellarische Darstellung zu platzraubend war, gliederte ich die Darstellung nach folgendem Schema:

Name
Funktionsweise
Beispiel(e)
Kommentar

Name: Die Scheindiskussion

Funktionsweise: Teilnehmer und/oder Inhalte sind vorgegeben. Der Zuhörer hat keine Möglichkeit der Einflussnahme.

Beispiele: Talkshows, Bundestagsdebatten, Podiumsdiskussionen ...

Kommentar: So ähnlich funktioniert auch die „Schweizer Demokratie“, bei der nur scheinbar Jeder Alles zur Abstimmung bringen kann.

Name: Die Lüge bzw. Das Lügengebäude

Funktionsweise: Mit großem propagandistischem Aufwand, oft pseudowissenschaftlich gestützt, werden falsche Informationen und Theorien solange wiederholt, bis sie von großen Teilen der Bevölkerung trotz haarsträubenden Unsinn verinnerlicht werden. Die Konzentration der Medien in den Händen des Finanzkapitals und seines Marionettenstaates garantiert, daß Entlarvungen der Lügen nur von einer verschwindenden Minderheit durch aktive Suche wahrgenommen werden.

Beispiele: Nach der „Extremismus“-doktrin sind Rechts- und Linksextremisten gleich, weil sie wie bei einem Hufeisen nahe beieinander abseits der Mitte der Gesellschaft stehen.

Kommentar: Selbst bei Verwendung dieses Bildes sind die Endpunkte des Hufeisens am weitesten voneinander entfernt. Wobei die „Mitte der Gesellschaft“ wiederum eine Lüge ist, denn die Mehrheit der Bevölkerung schließt sich im Kapitalismus ideologisch einer winzigen, reaktionären herrschenden Minderheit an, ist also ebenfalls reaktionär. Das weitgehend symmetrische Hufeisen ist völlig ungeeignet, eine (bezüglich gesellschaftlicher Stellung, Einkommen, Lebensverhältnisse, Ideologie) sehr asymmetrische Bevölkerung abzubilden.

Name: Schweifwedelnd beißen oder Die tödliche Umarmung

Funktionsweise: Durch scheinbare Nachgiebigkeit, Vernunft, Freundschaft oder gemeinsamer Interessen werden feindliche Argumente oder Aktivitäten ermöglicht.

Beispiele: Der „Wandel durch Annäherung“ war und ist einer der Hauptmechanismen, sozialistische Organisationen bis hin zu Staaten zu selbstzerstörerischen Zugeständnissen zu bringen, zu denen sie durch offene Gewalt nicht gebracht werden konnten. Unter der Flagge des angeblichen „Kampfes gegen Rechts“ schafft die BRD gemäß der Extremismuskonzeption Instrumente gegen fortschrittliche und soziale Kräfte – mit deren Zustimmung oder Duldung.

Kommentar: Wenn der Feind scheinbar von selbst Zugeständnisse macht, steckt mit Sicherheit eine schädliche Absicht dahinter.

Name: Die Auslassung

Funktionsweise: In Zitaten bzw. der Darstellung von Ereignissen, Vorgängen oder Zusammenhängen werden wesentliche Elemente unterschlagen.

Beispiele: „Die Kommunisten wollen das Privateigentum abschaffen!“

Kommentar: Exakt müßte das heißen „Privateigentum an gesellschaftlichen Produktionsmitteln“. So wird bei oberflächlichen, ungebildeten Menschen die Angst geschürt, sein geliebter Fernseher sowie Frau, Auto, Hund usw. würden dann Jedem gehören, der sie gerade haben will. Mal abgesehen davon, daß die (Ehe-)Frau ohnehin kein Eigentum des Mannes ist.

Name: Das Argument der negativen Folgen

Funktionsweise: Eine unbewiesene oder unbeweisbare Folge wird als Argument eingesetzt.

Beispiele: "Der Angeklagte muss schuldig gesprochen werden, sonst werden auch noch Andere ermutigt, Polizisten anzugreifen." Im Nachgang der G-20-Proteste im zur Polizeistadt gerüsteten Hamburg wurden teilweise Demonstranten ohne konkreten Tatvorwurf angeklagt.

Kommentar: Im Falle der tatsächlichen und offensichtlichen Unschuld soll das zur Schlußfolgerung führen, daß egal ist, ob Jemand Polizisten angreift oder nicht, weil er sowieso bestraft wird, wenn er zum Feindbild der polizeilichen und juristischen Staatsschergen gehört. Neben der Einschüchterung kapitalismuskritischer Menschen bestätigen solche Schauprozesse das Vorurteil von den „linken Gewalttätern“, welches in der überwiegend desinformierten Bevölkerung geschürt wird (siehe oben: Die Lüge).

Name: Die argumentfreie Behauptung

Funktionsweise: Etwas wird ohne Beweis vorausgesetzt oder unterstellt.

Beispiele: „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg.“

Kommentar: Wer den einen oder anderen Arbeiter einstellt oder entläßt, entscheidet der Ausbeuter, nicht der Ausländer. Zudem ist Massenarbeitslosigkeit eine zwangsläufige Erscheinung des Kapitalismus.

Name: Der Trugschluss (non sequitur)

Funktionsweise: Eine erwünschte Schlußfolgerung wird mit einer positiven oder negativen Behauptung über den Gegenstand der Aussage verknüpft.

Beispiele: „Merkel hat das deutsche Volk verraten, deshalb muß die AfD gewählt werden.“

Kommentar: Selbstverständlich handelt jeder bürgerliche Politiker gegen die Interessen der wertschöpfenden Bevölkerungsmehrheit. Allerdings vertritt die AfD einen noch asozialeren und repressiveren, nämlich faschistischen, Kurs als die CDU.

Name: Post hoc ergo propter hoc (Danach geschehen, daher deswegen geschehen) oder Die falsche Kausalität statt Koinzidenz

Funktionsweise: Zwei gleichzeitige oder aufeinanderfolgende unzusammenhängende Ereignisse werden falsch verknüpft.

Beispiele: „Bei der NVA mußte ich oft den schweren Stahlhelm tragen. Dadurch fielen mir die Haare aus.“

Kommentar: Warum vielen Anderen nicht?

Name: Die unbeweisbare Nichtexistenz

Funktionsweise: Etwas nicht widerlegen zu können, wird als Argument für seine Existenz verwendet.

Beispiele: „Beweise mir, daß der Iran keine nukleare Bedrohung darstellt!“ Im Falle des Irak waren's Chemiewaffen (gleichzeitig gehört das in die Kategorie Lüge).

Kommentar: Nichtexistenz ist nicht beweisbar, nur Existierendes kann wahrscheinlich gemacht werden.

Name: Die (positive oder negative) Auswahl oder Die Ausnahme statt der Regel

Funktionsweise: Anhand Einzelfällen oder -aspekten werden Personen, Ereignisse, Maßnahmen oder Vorgänge beurteilt.

Beispiele: „Frau Vera Luna hat den Tod von Lady Diana vorausgesagt.“

Kommentar: Wie oft hat sie sich vorher und nachher geirrt?

Name: Das missverstandene Wesen der Statistik

Funktionsweise: Die einfachsten Grundregeln der Statistik werden falsch interpretiert oder nicht verstanden.

Beispiele: „Herr Lugner war sehr beunruhigt, als er erfuhr, dass die Hälfte aller Österreicher unterdurchschnittlich intelligent ist.“

Kommentar: Das gilt nunmal für normalverteilte Merkmale. Zudem können Statistiken nichts beweisen, sondern nur interpretiert werden.

Name: Die Statistik der kleinen Zahlen und Die unzufällige Stichprobe

Funktionsweise: Kleine Stichproben werden für repräsentativ gehalten bzw. erklärt.

Beispiele: "Eine Umfrage unter 20 Passanten hat ergeben, dass 13 von ihnen die AfD wählen wollen."

Kommentar: Kleine Stichprobengrößen besagen nichts. Zudem: Wo wurden welche Passanten befragt? Antworteten alle Angesprochenen? Wie war die Fragestellung?

Name: Die Verwechslung von Korrelation und Ursache

Funktionsweise: Zwei Merkmale, die sich aufgrund einer gemeinsamen Ursache parallel entwickeln, werden zu Ursache und Wirkung erklärt.

Beispiele: "Die steigenden Flüchtlingszahlen führten zu wachsender Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung.“

Kommentar: Tatsächlich führte die rassistische Volksverhetzung durch die Medien der BRD, welche viele Jahre vor den großen Flüchtlingsströmen begann, zur Ausländerfeindlichkeit. Die hohen Flüchtlingszahlen wiederum sind durch die Außenpolitik der BRD und ihrer imperialistischen Spießgesellen bedingt.

Name: Die ausgeschlossene Mitte oder Die falsche Dichotomie

Funktionsweise: In einem breiten Spektrum von Möglichkeiten werden nur die Extreme berücksichtigt.

Beispiele: "Entweder liebst Du Deutschland oder Du haßt es".

Kommentar: Deutschland, welches nicht identisch mit dem imperialistischen Staat BRD ist, kann Jemand lieben, ohne diesen Staat und seine Faschisten zu lieben.

Name: Die ausgeschlossene Gleichzeitigkeit oder Die falsche Priorität

Funktionsweise: Wichtiges wird zurückgestellt, weil subjektiv als wichtiger Empfundenes vorgeht.

Beispiele: „Warum sollen wir uns um die Beseitigung des Privateigentums an gesellschaftlichen Produktionsmitteln kümmern, während durch die Massentierhaltung so viele Tiere leiden?“

Kommentar: Manche kümmern sich den ganzen Tag (und zwar jeden) darum, vegane Nahrung zu beschaffen, zuzubereiten und zu verzehren. Das ändert nichts an der tierquälerischen Massentierhaltung und -schlachtung zwecks Profitmaximierung.

Name: Der Strohmännchen

Funktionsweise: Personen werden lächerlich oder verächtlich gemacht, um ihre Ideen leichter angreifen zu können.

Beispiele: „Marx trieb es mit seiner Haushälterin. Wie soll man so einen Menschen ernstnehmen?“

Kommentar: Selbst wenn die Unterstellung (zusätzlich eine Lüge) stimmte, hätte das nichts mit seinen wissenschaftlichen Erkenntnissen zu tun. Deshalb werden jährlich global Multimilliarden ausgegeben, um Personen zu diffamieren.

Name: Das argumentum ad hominem (Der themenferne persönliche Angriff)

Funktionsweise: Nicht die Sache wird angegriffen, sondern die Person.

Beispiele: „Geh‘ doch erst mal selbst arbeiten!“

Kommentar: Das Thema wird nicht einmal berührt, sondern versucht, den Kritiker einer Sache durch persönliche Angriffe abzulenken.

Name: Der Euphemismus (Die Beschönigung)

Funktionsweise: Gefährlichen und schädlichen Personen, Objekten, Ereignissen, Handlungen und Vorgängen wird ein harmlos oder positiv klingender Name gegeben.

Beispiele: „Mutti“, „Reformen“, „Sicherheitspolitik“

Kommentar: Merkel ist eine arbeiterfeindliche Marionette des Finanzkapitals und keine „Mutti“ der Deutschen. Jede reaktionäre Maßnahme in der Politik wird heute „Reform“ genannt, „Sicherheit“ ist ein Ersatzbegriff für Repression und Überwachung.

Name: Tendenzielle Begriffe

Funktionsweise: Durch neutrale, auf- oder abwertende Formulierungen wird der Gegenstand der Berichterstattung stigmatisiert.

Beispiele: Vor ein paar Wochen hörte ich in zwei aufeinanderfolgenden Beiträgen derselben 3-Minuten-Nachrichtensendung, wie die Volksrepublik China als „Volksrepublik China“, die Demokratische Volksrepublik Korea hingegen als das „nordkoreanische Regime“ bezeichnet wurde. Zugegeben, ich mache das mit der Demokratischen Volksrepublik Korea und dem hiesigen Regime auch so, allerdings insbesondere, weil die Selbstbezeichnung des imperialistischen deutschen Staates BRD als Republik (von res publica, also öffentliche Sache oder Sache des Volkes) nicht nur aufwertend, sondern einfach falsch ist.

Kommentar: Man denke beispielsweise auch an Begriffe wie Genauigkeit ↔ Pedanterie, Flexibilität ↔ Unstetigkeit, Modebewußtsein ↔ Beeinflußbarkeit.

Name: Die Begriffsumkehr

Funktionsweise: Der Charakter einer Person oder eines Vorgangs wird in ihr komplettes Gegenteil verkehrt.

Beispiele: „Arbeitgeber“, „Arbeitnehmer“, „Friedensmissionen“ oder „humanitäre Interventionen“

Kommentar: Der „Arbeitgeber“ kauft Arbeitskraft für Geld und eignet sich einen Teil der geleisteten Arbeit unentgeltlich an, nimmt sie also. Hier wird der positive sprachliche Aspekt des Gebens genutzt. Wo in der offiziellen BRD-Propaganda „Frieden“ draufsteht, ist mit Sicherheit Krieg gemeint. „Humanitär“ steht für menschenfeindliche Profitinteressen.

Name: Die erlogene Gemeinsamkeit

Funktionsweise: Eine einer Minderheit dienliche Aussage wird in einem Rahmen oder mit einer Prämisse präsentiert, denen allgemein zugestimmt werden kann.

Beispiele: „Das Establishment macht eine volksfeindliche Politik.“

Kommentar: Kommunisten kritisieren die BRD. Faschisten auch. Und große Teile der benachteiligten Bevölkerungsteile. Die Faschisten fischen damit Jene ab, welche den gegensätzlichen Charakter der Kritik nicht erkennen. Ähnliches gilt für „Querfrontler“.

Name: Der Nebenschauplatz

Funktionsweise: Ein unangenehmes Thema wird ignoriert und durch ein Thema ersetzt, welches die Zielpersonen oder Zielgruppe bekanntermaßen interessiert oder aufgrund von Provokationen zum Betreten des Nebenschauplatzes reizt.

Beispiele: „Die BRD beteiligt sich weltweit aktiv an Aggressionskriegen.“ - „Und die Sowjets haben Afghanistan überfallen und Volksaufstände in der DDR, Ungarn und der Tschechoslowakei niedergeschlagen.“

Kommentar: Auf Kritik an der BRD erfolgt oft reflektorisch ein Versuch der Verlagerung in eine andere Zeit, an einen anderen Ort oder zu einem anderen Thema. Jedes auch nur ansatzweise Betreten des Nebenschauplatzes wird zu dessen Diskussion und vom Thema wegführen.

Name: Die falsche Kategorie

Funktionsweise: Begriffe verschiedener Kategorien werden unzulässigerweise in Verbindung gebracht.

Beispiele: „Deutschland ist eine Demokratie, die DDR war eine Diktatur.“

Kommentar: Richtig wäre, die bürgerliche Demokratie der BRD der sozialistischen Demokratie der DDR und die Diktatur des Finanzkapitals der BRD der Diktatur des Proletariats der DDR gegenüberzustellen. Zudem werden die Kategorien Staat (BRD) und Land (Deutschland) zur Förderung eines nationalistischen Zugehörigkeitsgefühls vermengt.

Name: Haltet den Dieb!

Funktionsweise: Ein erhobener Vorwurf trifft ebenso, stärker oder ausschließlich auf den ihn Erhebenden zu.

Beispiele: „Nordkorea bedroht nuklear den Weltfrieden.“

Kommentar: Während die imperialistischen Mächte einen Aggressionskrieg nach dem anderen beginnen, tat das die DVRK nicht ein einziges Mal. Nur die USA haben bereits Nuklearwaffen im Krieg (und zwar gegen Zivilstädte) eingesetzt. Nur die USA denken immer wieder laut über weitere primäre Einsätze nach. Obwohl diese Kategorie hier gleichwertig mit anderen aufgeführt ist, gehört sie nicht nur zu den häufigsten und beliebtesten demagogischen Tricks, sondern zu einer der häufigsten psychologischen „Fehlschaltungen“. Eigene Fehler sehen die Meisten besonders deutlich bei Anderen. Vermutlich sind sie deshalb auch für diesen Trick so anfällig, was wiederum seine Beliebtheit erklärt.

Name: Die falsche Gleichsetzung

Funktionsweise: Quantität und Qualität von Ereignissen und Vorgängen werden ignoriert, um sie in einem Vergleich entweder aufbauschen oder verharmlosen zu können.

Beispiele: „In der DDR gelangten auch alte Nazis in hohe Positionen.“

Kommentar: Vernachlässigt wird dabei, daß die in der BRD aktiven nachgewiesene Nazi- und Kriegsverbrecher waren und ihre ideologische Ausrichtung nicht geändert hatten, während in der DDR nur unbekannte, unbedeutende und sich nachweislich ideologisch vom Faschismus distanzierende ehemalige Faschisten höhere Funktionen einnehmen konnten.

Name: Die Erbsünde oder Der unveränderliche Mensch

Funktionsweise: Verbreitete schädliche Verhaltensmuster werden zu unveränderlichen biologisch bzw. genetisch bedingten Merkmalen und damit zu naturgemäß statt gesellschaftlich bedingt erklärt.

Beispiele: „Der Sozialismus ist eine gute Idee, scheitert aber am Wesen des Menschen.“ oder „Der Mensch hat schon immer Krieg geführt. Das ist die Natur des Menschen.“

Kommentar: Dies ignoriert nicht nur die Tatsache, daß Menschen verschieden sind und auch während ihres Lebens Verhaltensmuster entwickeln und ändern, sondern ebenso, daß die Menschheit während ihrer Entwicklung die längste Zeit in sozialen Gemeinschaften lebte und mit den sozialistischen Staaten bereits wieder nach der Epoche antagonistischer Klassengesellschaften soziale Gemeinschaften auf einem neuen Niveau entstanden. Die „Erbsünde“ erklärt auch nicht, warum die pro-Kopf-Verbrechensrate in der DDR nur ein knappes Zehntel der in der BRD betrug und nach der Annexion sprunghaft auf BRD-Niveau anstieg.

Name: Das nicht gesagte Gesagte oder Die geheuchelte Distanzierung

Funktionsweise: Eine Ansicht wird dadurch verbreitet, daß sie nach der Ankündigung, sie nicht zu vertreten, erklärt wird.

Beispiele: „Böse Zungen behaupten, daß Sigmund Freuds Theorien darauf beruhen, daß er als kleiner Junge einmal seine Mutter nackt gesehen hat und lebenslang damit nicht klarkam.“; „Ich bin ja kein Nazi, aber ...“; Hitlers „Mein Kampf“ wurde, angeblich ideologisch entschärft durch beigefügte Kommentare, wieder aufgelegt.

Kommentar: Das menschliche Bewußtsein nimmt erstmal Alles auf und sortiert dann. Die angeblich nicht getätigte oder nicht unterstützte Aussage gelangt so ins Bewußtsein des Empfängers.

Name: Die angeblich zensierte Meinung oder Die beleidigte Leberwurst

Funktionsweise: Hetze und Lügen werden durch die Behauptung aufgewertet, sie würden staatlich unterdrückt.

Beispiele: „Das wird man ja wohl noch mal sagen dürfen!“

Kommentar: Während die BRD-Medien jahrelang fast jede Nachrichtensendung mit verschiedenen Negativmeldungen über Flüchtlinge, Probleme mit ihrer Unterbringung und Integration usw. einleiten, behaupten die Demagogen von PEGIDA („Patriotische Europäer Gegen Islamisierung Des Abendlandes“) und AfD, die Medien würden das Thema totschiweigen, die „Überfremdung“ verharmlosen und das deutsche Volk verraten. Gleichzeitig wurden die BRD-Medien gegenüber PEGIDA/AFD-Gegnern durch die Bezeichnung als „Lügenpresse“ aufgewertet.

Name: Die Dämonisierung / Vorverurteilung oder Steter Tropfen höhlt das Hirn

Funktionsweise: Die Beschäftigung mit Personen, Aussagen, Handlungen und Verhältnissen soll durch Vorurteile negativ beeinflusst werden.

Beispiele: In allen bürgerlichen Medien und zu allen Anlässen werden negative Botschaften über den Sozialismus, Staaten oder Persönlichkeiten transportiert. Das erfolgt sowohl direkt – z.B. US-Serienfolgen, welche in einer düsteren SU oder DDR spielen, als auch indirekt, wenn ein Film-Bösewicht früher beim KGB war oder ein Che-Poster an der Wand hat. Dies ist mindestens so häufig anzutreffen wie versteckte Werbung für bestimmte Marken.

Kommentar: Hier wird einfach auf die psychologische Erkenntnis gesetzt, daß sich etwa 60% der Menschen entgegen einer Erkenntnisse und Erfahrungen der Mehrheitsmeinung anschließen und weitere 20% schwankend werden. Dies ist nur eine Sonderform der erwähnten Lügen und Lügengebäude.

Name: Das humane Verbrechen

Funktionsweise: In Meldungen, Dokumentationen und Filmen werden Gewalt, Folter und Mord als nicht nur akzeptable, sondern notwendige und begrüßenswerte Handlungen beschönigt.

Beispiele: Gewalttätige, bewußt gesetzesverletzende Polizei-„Helden“ dominieren nicht nur in den ausufernden BRD-Krimiserien nach US-amerikanischem „Dirty Harry“-Vorbild, auch beim Thema „Sterbehilfe“ (beim vorigen Mal hieß das „Euthanasie“) wird eifrig für die Freigabe unprofitabler, kostenintensiver Kranker zur Tötung geworben.

Kommentar: Bestimmte Handlungen sind auch nach bürgerlichen Gesetzen Verbrechen. Hier wird wieder einmal versucht, eine Tür zunächst ideell zu öffnen, um das dann unter Beifall der Beeinflußten reell zu tun.

Name: Der seriöse Lügner

Funktionsweise: Scheinbar unabhängige Kritiker tatsächlicher Mißstände verbreiten Lügen über bestimmte Staaten und Personen. Auch bürgerliche „Qualitätsmedien“ gehören hierher.

Beispiele: Amnesty International (AI) und Human Rights Watch haben offenbar die Lizenz zur Kritik an dem, was sowieso jeder denkende und sich informierende Mensch weiß. Daneben verbreiten sie die üblichen Lügen der imperialistischen Propagandamaschinerie, z.B. über Cuba oder Venezuela (AI).

Kommentar: Sicher sind solche Quellen wertvoll. Mit offenbar höchsten Weihen und Finanzierung liefern sie gute Zusammenstellungen über bekannte Verbrechen. Was sie über fortschrittliche Kräfte und Staaten verzapfen, ist aber auftragsgemäße Propaganda. Sogenannte NGOs (Nichtregierungsorganisationen) sind meist alles Andere als regierungsfern.

Name: Der hohe Rat der Räuber

Funktionsweise: Unter Vorspiegelung fortschrittlicher Absichten werden fortschrittliche Kräfte diffamiert, isoliert, verfolgt oder angegriffen, aber reaktionäre Kräfte unterstützt.

Beispiele: Die UNO genießt weltweit noch – völlig unverständlicherweise – den Ruf einer humanistischen globalen Institution. Spätestens seit 1950, als der UNSicherheitsrat den Koreakrieg beschloß, ist sie eine Vereinigung zur Durchsetzung imperialistische Politik.

Kommentar: 1950 überfielen im Auftrag der UNO die Armeen von 22 Staaten Nordkorea. Selbst im imperialistischen Interventionskrieg gegen Sowjetrußland waren's „nur“ 14 Staaten. Die „Blauhelme“ sind auch ein Garant für Aggressionshandlungen gegen sich in Sicherheit wiegende Zivilisten. Eine ähnliche Funktion hat auch der internationale Gerichtshof in den Haag, in dessen Kerkern Svobodan Milosevic während des Verfahrens gestorben wurde, um keinen zweiten Reichstagsbrandprozeß zu riskieren. Ein Schelm, der dabei an den „Volksgerichtshof“ denkt!

Name: Die Verwirrung

Funktionsweise: Für diesen Trick gibt's eine Anleitung von H. S. Truman: „If you can't convince them, confuse them.“ („Wenn Du sie nicht überzeugen kannst, verwirre sie!“)

Beispiele: Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit soll angeblich im Angesicht von Massenarbeitslosigkeit Beschäftigung fördern.

Kommentar: Da lachen doch die Hühner! Den Trick kannte schon Goethe; siehe Faust I, Hexenküche: „Faust: Mich dünkt, die Alte spricht im Fieber. Mephistopheles: Das ist noch lange nicht vorüber, Ich kenn es wohl, so klingt das ganze Buch; Ich habe manche Zeit damit verloren, Denn ein vollkommener Widerspruch Bleibt gleich geheimnisvoll für Kluge wie für Toren. Mein Freund, die Kunst ist alt und neu. Es war die Art zu allen Zeiten, Durch Drei und Eins, und Eins und Drei Irrtum statt Wahrheit zu verbreiten. So schwätzt und lehrt man ungestört; Wer will sich mit den Narrn befassen? Gewöhnlich glaubt der Mensch, wenn er nur Worte hört, Es müsse sich dabei doch auch was denken lassen.“

Name: Der Zirkelschluss

Funktionsweise: Eine Argumentationskette enthält eine Bedingung und endet mit dieser als Schlußfolgerung..

Beispiele: „Großunternehmer müssen finanziell entlastet werden. Nur sie haben die Mittel, in großem Maßstab zu investieren. Sie müssen ausreichend Gewinn machen, um für Investitionen motiviert zu sein. Bei zu hohen Steuern und Lohnnebenkosten wandern sie ab.“

Kommentar: Bezüglich der Begriffe „Unternehmer“ statt Kapitalisten oder Ausbeuter und „Gewinn“ statt Profit und „Lohnnebenkosten“ statt Sozialabgaben siehe „Die Beschönigung“. Hier werden gleich zwei Zirkelschlüsse verwendet: 1. Kapitalisten sind unabdingbar und 2. ihre Profitmaximierung ist „alternativlose“ Staatsaufgabe.

Ich hoffe, die Zusammenstellung hilft bei der Erkennung und Brandmarkung alltäglicher Propagandatricks. Wer sich der pausenlosen Meinungsmanipulation durch bürgerliche Medien und Agenten bewußt ist und die ihm präsentierten Informationen hinterfragt, wird bemerken, daß das nicht etwa schlampiger Journalismus oder persönliche Meinungen sind, sondern gezielte Maßnahmen, ein zutiefst asoziales, repressives und kriegstreiberisches Regime zu beschönigen und seine Kritiker zu übertönen oder zum Schweigen zu bringen.

Eine Genossin meinte kürzlich zu mir, zuerst hätte sie die BRD-Regimemedien für kritisch gehalten, indem sie ihre Lügen dermaßen überziehen, daß sie jeder bemerken muß. Sie hatte offensichtlich nicht berücksichtigt, daß die Altbewohner der gebrauchten Bundesländer und die nach der Konterrevolution GeBILDeten nie etwas Anderes zu sehen, hören und lesen bekamen.

Woraus sich automatisch die Frage ergibt: Wer ist fähig, willens und verpflichtet, den BRD-Bewohnern Informationsangebote mit möglichst großer Akzeptanz und Wirkung bereitzustellen? Zugegeben ist das eine oratorische Frage.

Aber wenn wir deren Antwort nicht außer geben auch noch praktisch umsetzen, können wir den wirksamen Klassenkampf des Proletariats vergessen. Seit Jahrzehnten hat der Klassenfeind seine Priorität (zumindest in den imperialistischen Hauptstaaten, aber auch in den sozialistischen Staaten) auf ideologische Massenkontrolle verlagert. Wenn wir der keine wirksame Massenaufklärung entgegensetzen, können wir den notwendigen Klassenkampf vergessen.

Politische Ökonomie

Hermann Jacobs: Klarheit über Preis-, Geld-, Lohn-Systeme – Kapitalismus und Sozialismus

Zur Klarheit über den Sozialismus beizutragen heißt, zur Klarheit über seine Produktionsverhältnisse beizutragen. Immerhin sind solche Verhältnisse über die Dauer von 70 Jahren in der UdSSR (in der DDR von gut 40 Jahren) entstanden.¹ Mancher mag sie nicht ernst nehmen wollen, wir ja. Also: was sind die neuen Produktionsverhältnisse des Sozialismus, sind sie resp. inwieweit sind sie schon die Verhältnisse auch der Lösung der Widersprüche der Produktionsverhältnisse des Kapitalismus; diese zu lösen durch eigene Produktionsverhältnisse, dazu ist die Arbeiterbewegung ja angetreten.

Ein erstes Thema: Das Preis-Geld-System des Sozialismus realer Planwirtschaft; wie ist es einerseits zu erklären, wie andererseits, ist das geschehen, ist es in die Wertökonomie, oder auch Theorie der Preise und des Geldes, einzuordnen? Es war doch, trotz steigender Arbeitsproduktivität, ein System konstant, über Jahre und Jahrzehnte unverändert bleibender Preise im einzelnen. Nun, ist dies noch ein wertdarstellendes ökonomisches System, oder bereits ein anderes, dem wertökonomischen entgegensetzendes? Bei der Beantwortung dieser Frage hilft uns erstaunlicherweise die Er-

kenntnis des gegenwärtig gültigen Preis- wie Geld-Systems des Kapitalismus, das auch nicht mehr dem System gleichzusetzen ist, das noch zu Zeiten von Marx gültig war und das er im „Kapital“ auch so darstellte.

War das erste Preissystem des Kapitalismus ein System von mit den Werten sinkenden Preisen, so ist das kapitalistisch entwickelte System, also das heutige, ein System sinkender Werte – denn die Arbeitsproduktivität steigt, aber steigenden Wertausdrucks, also nominell steigender Preise (!). Mit anderen Worten: es ist ein dauerhaft inflationäres geworden. Manipuliert da jemand am Geld herum, wird es in Massen in die Zirkulation geworfen, so dass sich die Waren „wehren“, mit Preiserhöhung – nomineller Art?

Und was den Sozialismus mit Geld und Preis betrifft, so ist sein System zwar auch eines sinkender Werte, d.h. eine Ökonomie steigender Arbeitsproduktivität, andererseits überhaupt keines bewegter Preise mehr, also eines konstant bleibender Preise, aber stattdessen ein durch Warenmengen (!) bewegtes Preis- wie Geldsystem geworden (ich spreche vom sowjetischen, DDR-System usw., nicht vom chinesischen, das ist etwas anders zu bewerten; da auch inflationär angelegt, entspricht es mehr dem heutigen kapitalistischen). Sowohl das sozialistische, als auch das heutige kapitalistische Preis-Geld-System lassen es an Eindeutigkeit hinsichtlich der Wertform der Ware vermissen; Preise und Geld – Ja, Widerspiegelung des Wertes in Preis und Geld ... Fragezeichen.

Gibt es überhaupt eine allgemeine geschichtliche Entwicklung der Wert- Preis-, Geld-Theorie, worin auch die Uneindeutigkeiten des Kapitalismus wie Sozialismus aufgenommen sein können? Die Fortsetzung noch der Preisform der Produkte, ihre Aneignung über die Geldform auch in einer Planwirtschaft, warf die Frage auf, ob die Warenökonomie über den Kapitalismus hinaus bis in den Sozialismus hineinragt; ja, es gibt Aussagen von DDR-Ökonomen, warenförmige Ökonomie – oder auch ein fortgesetztes Wirken des Wertgesetzes - gäbe es auch im Kommunismus.2

Nun, wenn es eine Entwicklung in der Praxis dieser Frage gibt, dann muß man auch von der Notwendigkeit einer Entwicklung dieser Theorie sprechen. Was könnte sie enthalten, aussagen? Entwicklung des schon Entwickelten wäre wenig sinnvoll ... außer: das Kapitalistische an der Warenökonomie, die Mehrwerttheorie, ist noch kapitalistischer zu machen. Und wenn es nicht (mehr) um den Kapitalismus geht, dann aber um das Gegenteil zum Kapitalismus? Entwicklung also bis zum Gegenteil: keiner Wert-, Preis-, Geld-Theorie mehr? Demnach einer rein stofflich bestimmten Ökonomie, Ökonomie dem Gebrauchswert nach – qualitativ wie quantitativ. Das Gegenteil zur Warenökonomie auch als Entwicklung der Wert-, Preis-, Geldtheorie?

Nun, es kommt auf die Erkenntnis neuer Praktiken an. Jedenfalls geht es um Entwicklung von Formen, die nicht nur auf Entwickelbarkeit zum Gegenteil hindeuten ... könnten, sondern die auch Formen des Übergangs zu diesem Gegenteil/Gegensatz sind. Das wäre – wenn richtig, wenn nachweisbar – natürlich eine Sensation. Für wen wohl am meisten? Natürlich für den Marxismus, die revolutionäre Arbeiterbewegung, die damit zu einer höheren Einsicht in die Geschichte gelangte – und an die Form einer besseren, durch die reale Geschichte bestätigten Begründung ihrer eigenen Notwendigkeit geriete. Statt sich abstrakt zu beweisen, durch bloßen Hinweis auf eine entgegengesetzte Ökonomie, jetzt durch konkrete Formen – die noch in den Kapitalismus fallen, aber im Sozialismus bereits eindeutig zur Wirkung kommen.

Ich denke jedenfalls Marx wäre mindestens durch die beiden neuen Praktiken herausgefordert worden, die nicht in seinen Arbeiten über die Warenökonomie vorkommen: Die Praxis der permanenten Geldentwertung (Inflation) = Kapitalismus, die Praxis konstant, unverändert bleibender Preise = Sozialismus (oder Kommunismus noch mit Geld). Beide neuen Praxisformen sind Herausforderungen für die Theorie, egal ob Werttheorie resp. Kapitalismus-Theorie oder Kommunismus-Theorie.

*

Wir begehen in diesem Jahr ein Jahr des besonderen Gedenkens an Karl Marx. Teil seines Werkes ist die Darlegung des Wert-, Preis-, Geldsystems und eines auf diesem beruhenden Lohnsystems des Kapitalismus.

Kurz vorgestellt: Die Preise entsprechen den Werten. Verändern die Werte, verändern die Preise. Sinken die Werte – aufgrund steigender Produktivkraft in der Arbeit -, so sinken auch die Preise. Dass die Werte bewegen, wie sie bewegen, erkennt man an der Bewegung der Preise.³ Aber: Ist/gibt es auch ein Gesetz, das die Preise dazu zwingt den Werten zu folgen, dass sie z.B. sinken mit den Werten bzw. wie die Werte sinken? Um diesen Zwang nachzuweisen, verweist Marx auf den anderen Aspekt der Arbeit: den stofflichen. Steigende Arbeitsproduktivität bedeutet zugleich, dass auch der stoffliche Reichtum der Arbeit steigt bzw. steigen kann. Dann müssen mehr Produkte auf dem Markt/den Märkten abgesetzt werden, d.h. stofflich gesehen dehnen Märkte mit steigender Arbeitsproduktivität räumlich aus. Dies geschieht umso erfolgreicher, sicherer, wenn die Preise zugleich sinken. Und das heißt: Deshalb – der Raumausweitung wegen - sinken mit den Werten auch die Preise, oder: das höhere Warenvolumen ist realisierbar über ein im Prinzip gleiches gesellschaftlich zirkulierendes Geldvolumen, denn Preissenkung setzt Geldvolumen frei, so dass dem steigenden Warenvolumen tendenziell immer ein freigesetztes Geldvolumen, in das es realisiert werden kann, gegenübersteht. So Marx im “Kapital”, so dargelegt ist Marxsche Werttheorie.

Stutzt da nicht jemand, der sie auch so lehrt? Preise und Märkte, Märkte und Preise – wie ist denn das Verhältnis ... geworden? Ist es nicht auf den Kopf gestellt worden, von den Füßen auf den Kopf? Oder doch umgekehrt: Vom Kopf auf die Füße ... endlich so, wie Kapital Warenökonomie versteht resp. braucht?

Die Preise sinken nicht mehr substantiell, d.h. entsprechend den Werten, obwohl die Produktivität steigt. Partiiell erfolgreiches Sinken ist keine Richtung, keine Form der Bewegung, sondern nur ein Hin und Her der Preise; es geht vielmehr um die allgemeine Orientierung der Preise, und diese ist eine der steigenden Nominalität. Was erzeugte den Umschlag vom substantiellen Sinken zum nominellen Steigen, denn ein Sinken der Arbeitsproduktivität, also ein Steigen der Wertgrößen liegt ja nicht vor; der Marxist müßte stutzen. Der Anstieg der Preise ist nominellen Charakters, nicht substantiellen.

Um hinter das „Geheimnis“ des entwickelten Kapitalismus zu kommen, müssen wir uns einem anderen Strang Marxscher Theorie zuwenden: Aus der von ihm dargelegten Wert-Preis-Theorie folgt auch eine Lohntheorie. Sinken die Preise, so steigt die Kaufkraft des Geldes; selbe Menge Geld realisiert sich in mehr Waren. Da auch der Lohn Geld ist, also der Wert der Ware Arbeitskraft in Geld ausgedrückt ist, würde jetzt auch die Kaufkraft des Geldes steigen, welches sich in der Hand der Arbeiter befindet (oder in diese gerät). Dies widerspricht aber dem Wertgesetz, angewendet auf die Ware Arbeitskraft, weil deren Wertaufwand ermittelt wird (historisch geregelt wird) auf der Basis eines Warenpakets, welches als ausreichend befunden wird (vom Kapitalisten) die Arbeitskraft stetig zu reproduzieren, d.h. nach Gebrauch/Verbrauch wiederherzustellen. Mit den Wertgrößen der Waren sinkende Preise kollidieren mit der Wertbestimmung der Ware Arbeitskraft. Wertgesetz für Waren kollidiert mit Wertgesetz gegen Arbeitskraft. Und so geht/ging der Kapitalismus von Beginn seiner Geschichte an dazu über, Preissenkungen, sofern sie Waren dieser Reproduktion ergreifen, in den Lohn der Arbeiter zu übertragen: Löhne sinken wie die Preise sinken (Marx). Die formelle Lohnsenkung liquidiert den Kaufkraftanstieg des Geldes bei Preissenkung der Waren. Der geringere Wert/die geringere Lohnmenge realisiert aber die gleiche Warenmenge wie zuvor der höhere Wert der Ware Arbeitskraft, der höhere an den Arbeiter gezahlte Lohn. Die Lohnsenkung bedroht also nicht die Reproduktion der Arbeitskraft – wenn auch formelle Lohnsenkung von den Arbeitern schwerlich nachvollzogen wird/worden ist. Problem ist, dass die Klasse der Kapitalisten ständig zu einer Politik der Lohnsenkung gezwungen wird ... will sie die Wertform der Arbeitskraft aufrechterhalten. Der Buh-Mann liegt beim Kapitalisten. Er muß, um den Mehrwert zu erhöhen, einen politischen Kampf gegen die Arbeiter führen.

Wir erkennen einen – von Marx noch nicht so ausgesprochenen – Widerspruch des Kapitalismus: Die Form mit den Werten sinkender Preise, also im Grunde die An-

wendung des Wertgesetzes auf Waren, führt zum Widerspruch bei der Anwendung des selben Wertgesetzes auf den Wert der Ware Arbeitskraft. Sie führt, weil sie zum Anstieg der Kaufkraft allgemein des Geldes führt, auch zum Anstieg der Kaufkraft des Lohnes. Das Wertgesetz, in seiner Anwendung auf Waren, widerspricht dem Mehrwertgesetz, in seiner Anwendung gegen den Arbeiter - wonach der Mehrwert "so direkt steigt wie die Arbeitsproduktivität steigt" (Marx). Ja, aber nur bei Zwischenschalten eines politischen Kampfes der kapitalistischen Klasse gegen die arbeitende Klasse, der zur Lohnsenkung analog der Preissenkung führt. Der Kapitalismus ist gezwungen, zwecks Lösung dieses Widerspruchs zwischen Wertgesetz und Mehrwertgesetz, entweder eine Politik aktiver Lohnsenkung zu führen, oder – und das ist nun die innere Revolution im Kapitalismus – ist gezwungen, zu einem neuen Wert-Preis-System seiner Produktionsweise überzugehen; dem eigentlichen System des Kapitalismus – meine Meinung. Dieses System muß ihm von vornherein (!) den in der stofflichen Mehrproduktion gegebenen vermehrbaren Mehrwert zuführen, über eine Bildungsform von Preis und Geld ganz außerhalb schon gegebener Formen der Aneignung von Preis und Geld. Der Mehrwert wird ein Überprodukt! Er wird nicht über die Senkung des Lohnes erhöht, sondern über Bildung ganz außerhalb des Lohnes – wenn auch auf Basis natürlich der Arbeit durch die Arbeiter. Die Ausbeutung also bleibt, es geht um eine neue Form sie zu realisieren.

Es geht um absoluten Zuwachs an Wert/Mehrwert, um einen Zuwachs von Mehrwert nicht (!) in einem relativen oder vermittelten Verhältnis zum Lohn⁴ – dieser sinkt, so dass der Mehrwert steigt - , sondern in einem absoluten Verhältnis zur stofflichen Mehrproduktion. Es ist, als würde die Produktion geteilt werden; dieser Teil an den Arbeiter, und alles was darüber hinaus produziert würde, fällt an den Kapitalisten. Es ist keine über die Wertform mehr vermittelte Aneignung des Mehrwertes, sondern ist Bildung einer eigenen Wertform für den Mehrwert.

Zum Vergleich und besseren Verständnis noch einmal die erste Form kapitalistischen Wert- wie Preis-Systems und Geldsystems. Die ersten Klassenkämpfe der Arbeiter richten sich gegen die permanente Form der Lohnsenkung! Diese Form des Lohnklassenkampfes entsprach der Form der Preisbildung. Marx Forderung an die Arbeiter war (unter dieser Bedingung), die Quote der Lohnsenkung geringer zu halten als die Quote der Preissenkung, so dass es bei einer Kaufkraftehöhung des Lohnes bleiben würde – geringeren zwar als bei keiner Lohnsenkung, aber immerhin -, und auch die Arbeiter Anteil gewinnen am Wachstum des stofflichen Reichtums der Arbeit, so dass der Gewinn aus der Produktivkraftsteigerung nicht ausschließlich an den Mehrwert/Profit des Kapitals fiele.

Doch dieses Preissystems des Kapitalismus war, wie gesagt, nicht von langer Dauer. Und damit auch das "Kapital" von Marx nicht; es hat einen historisierbaren Aspekt

bekommen – nicht in der Darstellung von Verhältnissen, aber in der Darstellung der Form ihrer Bewegung; die Bewegung ist eine andere geworden. Das „Kapital“ ist richtig für das 19. Jahrhundert, aber nicht mehr ab dem Beginn des 20. Jahrhunderts. Das „Kapital“ ist weiterzuentwickeln, auf den Stand des 20. Jahrhunderts usw. zu heben.

Im Verlaufe etwa einer Generation (1850 - 1900), ganz sicher und beständig aber nach dem 2. Weltkrieg, hatte sich ein anderes Preis- wie Geldsystem im Kapitalismus durchgesetzt: das steigender Preise und einer ebenso steigenden Geldmenge, aber: es war bzw. ist nur ein nomineller Anstieg der Preise wie der Geldmenge. D.h. die höheren Preise wie das Geld sind Preise oder Geld sinkenden Wertgehalts. Oder, aus der Sicht des Wertes, steigenden Wertausdrucks. Es sind die nominell steigenden Preise, die zu dem Schluß führen, dass das Geld entwertet bzw. dass die Preise Ausdruck sinkenden Wertgehalts geworden sind.

Auf den ersten Blick, aber wirklich nur auf den ersten, kein Problem für die Marxsche Wert-, Preis-, Geld- und Lohntheorie. Denn würde die Geldware real geringeren Wertes produziert werden, würden auch die Preise steigen – nominell steigen, und müßten auch die Löhne steigen wie die Preise (!) steigen – nominell (ein solcher Prozess bei der Geldware höbe allerdings nicht den Prozess bei den Waren auf, sie müßten zur gleichen Zeit nominell, der Geldform nach, steigen und substantiell, der Wertform nach, sinken). Nur, ein solcher Nachweis ist beim Geld nicht mehr zu führen, denn ... Gold wurde als Geldware demonetisiert; d.h. aus dem Geldverkehr gezogen; Papiergeld ist an seine Stelle getreten, das keinen eigenen Wert hat; sein Wert bestimmt sich durch seine Menge, über die es in den Umlauf gesetzt wird.

Und diese Menge steigt.

Aber warum steigt die Menge des Papiergeldes? Theoretisch könnte mit Papiergeld genau so verfahren werden wie mit Goldgeld. Es könnte - nur ins Verhältnis gesetzt zur jeweils aktuellen Wertbildung - ein gleicher Gebrauch an Papiergeld entstehen. Bei steigender Produktivkraft der Arbeit würden die Werte der Waren sinken, und dieses Sinken durch Sinken der Preise auch zum Ausdruck gebracht werden; Übertragung in den Lohn fände statt, wenn Waren-Preise von der Senkung ergriffen, die in die Reproduktion des Arbeiters fallen. Alles wie gehabt beim Goldgeld – auch beim Papiergeld. Und was den Faktor Arbeitsproduktivität angeht, so hat sich nichts geändert: sie steigt an – permanent, ungebrochen, seit Beginn des Kapitalismus. Es gibt keinen Grund, dass nicht auch ein Papiergeld-System den gleichen Dienst leisten würde wie das Goldgeld-System – und die Lehre von Marx ungeändert hätte fortgesetzt werden können.

Aber: Die Arbeitsproduktivität steigt, die Werte sinken, und die Preise – nicht!!! Die Preise sinken nicht mehr, das heißt noch nicht, dass sie steigen! Wir müssen zuerst ihr Nicht-mehr-Sinken erklären, danach erst ihr nominelles Steigen, den Verfall des Wertgehalts in Preis und Geld.

Was also nicht mehr stattfindet ist die Übertragung sinkender Werte in die Preise, so dass auch die Preise sinken. Dadurch entsteht (bei steigender Arbeitsproduktivität mit der Folge steigenden Warenvolumens) die Form eines absoluten Wachstums des gesellschaftlichen Preis- wie Geldvolumens. Für diese Form des Wachstums entfällt die relative Form der Aneignung. Aneignung erfolgt nur, wenn Einkommen absolut erhöht werden, wenn Einkommen außerhalb schon gebildeter Einkommen gebildet werden. Nichts wird umverteilt, alles wird frisch angeeignet. Hierin ist der Gegensatz des neuen Preis- wie Geldsystems des Kapitalismus gegeben, der begriffen werden muß, und der vom Marxismus wie von den kommunistischen Parteien aufgegriffen werden muß, damit sie weiter in der Erkenntnis der realen Geschichte, zunächst der des Kapitalismus, voranschreiten.

*

Wir müssen beim kapitalistischen System zwei Stufen des Systems unterscheiden, wir haben bisher nur die zweite Stufe betrachtet, da sie die optisch hervortretende ist. Die erste Stufe verläuft aber im Prinzip genauso wie das sozialistische System (oder auch umgekehrt: das sozialistische genauso wie das entwickelt kapitalistische): Produktivität steigt, Werte sinken, werden aber nicht in sinkenden Preisen zum Ausdruck gebracht, so dass die Mehrproduktion aufgrund der gestiegenen Produktivkraft nicht auf ein über die Preissenkung freigesetztes Geldvolumen zu seiner Realisierung trifft, sondern erst ein neues geschaffen werden muß.

Auch die kapitalistische Neuerung ist zunächst kein System optisch steigender Preise, sondern ein der Menge/Summe nach wachsendes Preis- wie Geldsystem. Ihm liegt steigende Warenproduktion der Menge nach, folglich steigende Summe der Preise, zunächst eben nicht nomineller Anstieg der Preise im Einzelnen zugrunde; d.h. auch hier, wie dann im Sozialismus, sind die selben, die unveränderten Preise bereits ein Ausdruck der steigenden Nominalität der Preise resp. des sinkenden Wertgehalts des Papiergeldes. Um die Mehrwaren aus der gestiegenen Arbeitsproduktivität wachsen sowohl Summe der Preise als auch Summe des Geldes im Kapitalismus, zunächst...

Um die zweite Stufe, die optisch in Erscheinung tretende Form der Geldentwertung zu erklären, muß der innere Mechanismus der Mehrwert- resp. Profitbildung geklärt werden, wie sich dieser Prozess durchsetzt bei steigender Produktivkraft der Arbeit, aber keiner Preissenkung der Waren im Einzelnen, dagegen höherer Summenbildung der Preise im Gesamten. Stieg der Mehrwert bei Preissenkung durch Übertragung der

Preissenkung in die Löhne, so steigt bei Nichtpreissenkung mit den Werten der Mehrwert so direkt wie die Lohn-Kosten (!) in Preisen sinken, d.h. es werden gar keine Löhne mehr gesenkt, damit der Mehrwert/Profit steigt! Aber die Lohnkosten sinken ungleich, da die individuelle Produktivkraft unterschiedlich steigt, so dass zwar die Profite steigen, aber ungleich steigen. Und das löst eine nochmalige Korrektur bei den Preisen aus, die über die Form Preiserhöhung ausgetragen wird; deren Sinn ist die Wiederherstellung der gleichen Verwertung eingesetzten Kapitals. Was innerlich verungleicht, wird äußerlich gleichgesetzt, durch partielle Preiserhöhung der minderprofitbringenden, im Profit „abstürzenden“, Preise gegen ... ja, gegen welche Preise? Keineswegs nur gegen höheren Profit bringende Preise, sondern überhaupt gegen die Preise „anderer“, darunter auch solche, die über Löhne realisiert werden. Die nominelle Preiserhöhung geht auf Kosten auch der Löhne; so dass wieder eine allgemeine gleiche Steigerung der Profite eintritt - übermäßig, maximal, Maximal-Profite, da aufgrund eines Sinkens der Ware Arbeitskraft unter (!) seinen Wert erzielt.

Die Inflationierung der Preise ist Ausdruck einer Form inneren Konkurrenzkampfes der kapitalistischen Klassen. Erst sie wirft ein Problem für den Lohn auf, weil sie zur Erhöhung der Preise führt; sie ändert/senkt die Kaufkraft der Löhne, nicht, noch nicht die Löhne selber. Erst diese formelle Preissteigerung, die zum Ausgleich der individuell gewordenen Mehrwert- oder Profitraten zu einer gesellschaftlich gleichverbindlichen Rate wieder führt, nicht aber schon die neue Form der Preissummen- wie Geldsummen-Bildung wird als Inflation, d.h. als Form sinkenden Wertgehalts des Geldes empfunden – was aber falsch ist, na ja, nicht ganz, aber eben nicht theoretisch durchgängig schon verstanden ist. Und was die Kaufkraft des Geldes angeht, so geht sie aus einer steigenden in eine sinkende Kraft über. Erst jetzt, auf die sinkende Kaufkraft des Geldes, reagieren nun die Arbeiter mit – Lohnkämpfen, in denen sie den Lohn erhöhen, um ihn als einen Wert der Arbeitskraft wieder herzustellen. Und auch erst jetzt, wenn die Arbeiter über Lohnkämpfe ihre Löhne erhöhen und diese Löhne in die Kosten der Waren auch eingeführt werden – allgemein, endet die zeitweise Maximalform des Profits und kann man von der Wiederherstellung auch der allgemein gleichen Verbindlichkeit von Mehrwert- oder Profitraten sprechen. Die Dialektik ist nicht einfach zu begreifen, aber bei einigen Mühen doch zu begreifen.

Das Verhältnis des Kapitalismus ist dasselbe geblieben, aber es verwirklicht sich über ein anderes Preis-Geld-System.

Ging es im ersten System dem Kapital darum, die Preissenkungen in die Löhne zu übertragen – und bei den Arbeitern darum, diese Übertragung möglichst gering zu halten, und war die den Kampf aktiv führende Klasse die kapitalistische, so geht es jetzt darum, die Preiserhöhungen des Kapitals in die Löhne der Arbeiter zu übertragen - und ist die aktive Rolle in diesem Kampf auf die Arbeiterklasse übergegangen. Ver-

teidigten früher, im ersten System, die Arbeiter die Möglichkeit einer realen Lohnerhöhung, müssen sie jetzt um eine solche Form der Lohnerhöhung kämpfen, die ihnen ihren realen Lohn (oder Wert der Arbeitskraft) wieder sicherstellt. Statt die Möglichkeit zu genießen, über eine Senkung der Preise eine höhere Kaufkraft ihrer Löhne zu erreichen, müssen sie angesichts der Permanenz der Inflation darum bangen, dass über die ständig sinkende Kaufkraft ihrer Löhne diese nicht unter den Wert ihrer Arbeitskraft sinken. Arbeiter müssen sich immer ihren Besitz, den sie schon gesichert hatten, mindestens erhalten resp. wiedererkämpfen. Das neue, zugunsten des Kapitals entwickelte/entwickelnde Preis- wie Geldsystem verunsichert den Arbeiter mehr als das erste, das "originäre" der Warenproduktion.

Die Summe der Waren/Preise wächst – ja, aber Löhne sind an diesem Wachstum nicht beteiligt. Der Lohn bleibt draußen aus dem Mehrprodukt alias Mehrpreis-, Mehrgeld-Produkt. Anders also als beim ersten kapitalistischen System. In ihm mußten formell Löhne gesenkt werden – im Maße der Preissenkung der den Arbeiter reproduzierenden Waren –, um den Mehrwert/Profit zu erhöhen.

Jetzt ist das produzierte Mehrprodukt automatisch außerhalb des schon bestehenden Preis- wie Geld-Systems und damit auch außerhalb der Löhne gebildet worden, d.h. der Mehrwert fällt aufgrund der Nichtsenkung der Preise sofort und absolut in den Besitz des Kapitals – der jetzt allerdings erst eine potentielle, noch nicht realisierte/realisierbare Form annimmt. Was nur Preis ist, muß erst in Geld umgesetzt werden, der Waren- resp. Preis-Emittierung muß eine Geld-Emittierung entsprechen, damit es zu einer realisierbaren Produktion auch kommt. Stehen sich im ersten Preis-Geld-System des Kapitalismus Ware und Geld nebeneinander gegenüber – wo Waren sind, ist auch Geld -, so stehen sich im zweiten System Waren (die Mehrwaren-Produktion) und Geld zur Realisierung der Waren nur im Nacheinander gegenüber. Was entsteht, ist ein potentiell über allen Formen schon realisierter Aneignungen stehendes ökonomisches Subjekt, ein Eigentümer sui generis! Mehr-Waren wie Mehr-Geld bilden/befinden sich in der Hand des Kapitals, und es obliegt dem Gusto der Kapitalisten, wo, bei wem sie die Einkommen erhöhen wollen, und damit den (allerdings unrealisierten) Mehrwert/Profit wieder vom Maximum (!) herunter holen wollen, indem sie auch Löhne erhöhen.

Nun ein Wort zum Sozialismus. Der kapitalistischen Neuerung ist die sozialistische Neuerung hinzuzufügen. Diese ist von der sozialistischen Wissenschaft auch als ein System sinkenden Geldwertes „erklärt“ worden. Aber diese „Erklärung“ sprach von einer inneren Form der Entwertung; die Preise bleiben konstant, entwerten also nicht äußerlich, d.h. steigen nicht nominell an, bleiben unverändert resp. unberührt durch die Produktivkraft, Entwertung des Geldes, oder geringerer Wertgehalt des Geldes ist durch „Rückzug“ des Wertes aus den unveränderten Preisen zu verstehen. So gesehen

haben wir es mit zwei Systemen steigenden Wertausdrucks im Geld (oder sinkenden Wertgehalts je Einheit des Geldes) zu tun – dem neuen kapitalistischen und dem ersten sozialistischen; das kapitalistische aber offen, sichtbar der Form der Entwertung nach – aufgrund der nominell steigenden Preise, das sozialistische versteckt, unsichtbar der Form nach – aufgrund der konstant bleibenden Preise (bei jeweils steigender Produktivkraft der Arbeit).

Und wie ist es mit dem Lohn – oder dem Gewinn - im Preis- wie Geldsystem des Sozialismus mit realer Planwirtschaft? Auch hier entsteht – in der Mehr-Güterproduktion in der Abt. II, Konsumgüter – ein Plus an Gütern außerhalb (!) der gezahlten Löhne – und auch in der Hand eines über schon getätigter Aneignung stehendes Subjekt: der sozialistische Gesamteigentümer (nicht (!) der Staat). D.h. die relative Form der Erhöhbareit der Löhne über die Erhöhung der Kaufkraft des Geldes entfällt auch (!), aber ... aber natürlich muß die Mehrproduktions- alias Mehr-geldsumme im Sozialismus auch angeeignet werden; und nicht nur außerhalb der Arbeit, außerhalb der Löhne (in einer Gesellschaft, die sich neben der Arbeit herausbildet), sondern auch innerhalb dieser. Nun allerdings in einer angeglichenen Form. Während also im Kapitalismus die Preiskorrektur, die auf den Anstieg in der Preisbildung folgt, zur Umverteilung des Mehrwertes/Profits führt, so dass sich die individualisierten Raten des Mehrwertes/Profits wieder zu einer gesellschaftlich gleichermaßen gültigen Rate ausgleichen, braucht es im Sozialismus diese Korrektur nicht zu geben (außer in einer „sozialistischen“ Marktwirtschaft resp. bei „Eigenerwirtschaftung der finanziellen Mittel“), da die Korrektur nur den Lohn (!) betreffen muß; nur er muß gleichermaßen entwickelt, gesteigert (!) werden, nicht der Gewinn. Solange Löhne auch im Sozialismus realer Planwirtschaft innerhalb von Preisen geführt werden, hat es den Anschein, als würde Lohnsteigerung den Gewinn senken, schmälern. Das ist aber ein optischer Irrtum, kein sachliches Fehlverhalten; denn Lohnsteigerung beruht im Sozialismus auf Produktionssteigerung – angeeignet nach dem Prinzip gleichen Lohnes bei gleicher Arbeitszeit.

Jede Modifikation im Verhältnis von Werten zu Preisen führt zu einer Modifikation in der Form der Aneignung der Arbeit.

Frage also: Welches Preis- wie Geld-System ist denn nun das eigentliche des Kapitalismus? Das von Marx noch entdeckte, oder das ... vom Marxismus heute zu entdeckende? Würde man nämlich – und das ist Sitte geworden in einer bestimmten Form von Sozialismus-Kritik - das sozialistische Preis- wie Geldsystem messen am ersten kapitalistischen, so wirkt es wie ein Verstoß gegen das Wert-System. Es bewegt ja nichts mehr am Preis und erlaubt Anstieg der Löhne gegen den Gewinn, ja „über den Preis hinaus“, wie schrecklich; die Wirtschaft wird „unrentabel“ (obwohl sie die Produktion/Produktivkraft steigert, und Lohnerhöhung auf dieser Steigerung beruht!)

Zöge man aber das zweite, entwickelte System des Kapitalismus – bei mir erst das eigentliche - als Vergleichs-Maß heran, so zeigt sich bereits eine Übereinstimmung historischer Art: Beide beruhen auf Nichtsenkung der Preise mit den Werten – und damit einer neuen Rolle der konkreten bzw. stofflichen Seite der Arbeit in der Ökonomie; sie zeichnet verantwortlich für die Preis- wie Geldbildung der Menge nach. Das kapitalistische System bedarf noch einer Korrektur der Verwertung, also Mehrwertbildung nach, so dass Preise in diesem System auch noch immer als den Wertbewegungen unterworfenen Preise zu verstehen sind; das sozialistische System bedarf dieser Korrektur nicht. Es regelt die Akkumulation direkt, durch eine unmittelbare Form von Zuweisungen von Produktionsmitteln, Material und – Arbeitskräften. Und die Rolle, welche das Geld hierbei spielt? Geld wird Medium der Verteilung Gebrauchsgütern nach, und dazu ist die Synonymität, das feste Verhältnis von Geld und Gebrauchswert eine Bedingung!

Als Marx eine Vorausschau auf den Kommunismus hielt, sprach er davon, dass „die Produkte in ihm nicht mehr die sachliche Eigenschaft des Wertes besäßen“. Aber welche dann? Es bleibt nur noch die der Gebrauchswerte, also ihre naturale Form. Würde dieser Fall eintreten, wäre der Gegensatz/Unterschied von Warenökonomie/Kapitalismus und Gebrauchswertökonomie/Kommunismus optisch erkennbar. Theorie würde sich erübrigen. Dass es aber, wie nun die Praxis zeigt, im Rahmen noch der Form der Warenökonomie eine Entwicklung hin zu diesem Gegenteil gibt, auch gibt, bedarf einer Theorie – natürlich.

Anmerkungen:

- 1.- Nimmt man China und weitere noch existierende Länder unter Führung kommunistischer Parteien hinzu, wird noch immer praktisch an solchen Verhältnissen gearbeitet, die Frage ist keineswegs an die reine Theorie verwiesen, ist keineswegs nur eine Vergewisserung in der Rückerinnerung.
2. Siehe ein Interview mit Prof. Dr. Erika Maier, ehemals Dozentin in der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst, Anfang 2017 im „Neuen Deutschland“. Sie wird am 10. Juni 2018 im Rahmen einer Veranstaltung der Marx-Engels-Stiftung in Wuppertal zu dieser Thematik, zusammen mit Prof. Dr. Klaus Steinitz, einen Vortrag halten.
3. Was die Arbeit dazu zu sagen hat, ist völlig egal: Der Wert kann sich völlig „in die Arbeit zurückziehen“ (Engels), ob die Preise bewegen wenn die Werte, ist Ausdruck dafür, dass wir eine Warenproduktion haben.
4. Nicht dadurch, wie noch Marx sagte, dass „in einer gegebenen Summe der eine Teil nur wachsen kann auf Kosten des anderen“, sondern dadurch, dass der Lohn gar nicht mehr in den Genuss kommt, auf Kosten des Mehrwertes wachsen zu können. Die Summe wächst – um den Mehrwert.

Buchbesprechungen

Frank Flegel: „Die Ära der Perestroika“ von Gerhard Schnehen

Ein wichtiges und notwendiges Buch ist erschienen: „Die Ära der Perestroika. Eine marxistische Analyse der Ereignisse und Entwicklungen in der Sowjetunion in den Jahren 1985-1991“ von Gerhard Schnehen.

Akribisch, mit großer Faktenkenntnis und basierend auf einem soliden Fundament des Marxismus-Leninismus analysiert Gerhard Schnehen hier die Jahre vor der Konterrevolution. Dies tut er in allen Bereichen, also innen- wie außenpolitisch, staatlich wie gesellschaftlich und ökonomisch wie politisch-ideologisch.

Das Buch stellt eine hervorragende Ergänzung, ja sogar einen fast vollwertigen Ersatz für das inzwischen leider vergriffene Buch von Harpal Brar „Perestrojka“ dar.

So peinlich es uns allen ja sein muss, dass es noch immer so viel Unklarheit über die Ursachen unserer Niederlage gibt, so froh können wir über dieses Buch sein. Es wird mithelfen, gerade die junge Generation aufzuklären über die in unserer Geschichte begangenen revisionistischen Fehler und sie ausstatten mit dem notwendigen Wissen über die Gefahren des modernen Revisionismus.

Ich wünsche dem Buch eine weitestgehende Verbreitung. Wir werden es in die Literaturempfehlung unseres Fernstudiums aufnehmen.

Gerhard Schnehen: „Die Ära der Perestroika“, Zambon-Verlag, Frankfurt/M, Februar 2018, 400 Seiten, 18,00 Euro, ISBN: 978-3-88975-268-0

Frank Flegel: Peter Hacks: „Marxistische Hinsichten. Politische Schriften von 1955 – 2003“

Eine erweiterte Neuausgabe der „Politischen Schriften“ von Peter Hacks ist erschienen. Sie enthält bisher unveröffentlichte Schriften und aus dem Nachlass Schriften des Autors zum Niedergang des Sozialismus nach 1989.

Ich will hier eine kleine Kostprobe geben und empfehle dieses Buch allen, die klares marxistisches Denken ohne Klassenkompromisse lieben.

Peter Hacks hat den Entwurf für eine Resolution des deutschen PEN-Zentrums (Ost und West) gegen den US-Krieg in Vietnam verfasst. Dieser Entwurf verdeutlicht seine unbestechliche Klarheit. Deshalb sei er hier wiedergegeben:

„...Ein großes und reiches Land ist über ein kleines, sorgenvoll produzierendes Land hergefallen. Es haust dort auf eine kaum beschreibbare Weise. Unter der Zahl der bekannten Schandtaten ist keine, die es dort nicht verübt. Es begnügt sich nicht damit, die Einwohner zu töten; es verfolgt auf Jahrzehnte hinaus das ungeborene Geschlecht. Es verbrennt die Behausungen, vergiftet die Pflanzenwelt, verwüstet die Werkstätten, sprengt die Wege, zerreißt das Wassernetz. Es verbündet sich mit den Urfeinden der Menschheit, den Seuchen. Um keines Zweckes als des Gelderwerbs willen führt es einen Krieg am Rande des Weltkriegs, errichtet es die Hölle am Rande der Welthölle.

Die Schriftsteller unterbrechen ihre Arbeit an den Entwürfen der künftigen Erde und betrachten zornig diesen amerikanischen Entwurf. Er ähnelt wenig dem Bild, das sie sich vom bestmöglichen Zustand der menschlichen Rasse gemacht haben. Sie fühlen sich, wo immer sie leben und welches immer ihre Ideen sind, gedrungen, seiner Ausführung, nach ihren Mitteln, Einhalt zu tun. Diese Haltung berührt nicht die Debatte, ob ein Schriftsteller mit Politik zu schaffen haben sollte; dieser Entschluss hat nichts zu tun mit der Frage des parteilichen Engagements. Das ist eine Entscheidung innerhalb des schriftstellerischen Fachgebiets. Fach der Schriftsteller ist die Menschenwürde. In Vietnam verröchelt, unter der Einwirkung von Sprengkörpern, Giften und Gasen, das Recht, dessen Anwältle sie sind. Der Beruf der Poeten ist eine antiimperialistische Profession.

Deshalb erklärt das deutsche PEN-Zentrum: Es ist nötig, den Mächtigen der USA klar zu machen, dass sich die Zeitläufe zum Ende neigen, wo ein lebender Mensch eine Sache war wie jede andere, eine Sache, die man nach Belieben zersägen, zerhacken, zerbrechen kann. Es ist nötig, dieses scheußlichste politische Verbrechen seit Hitler zu verfolgen und zu bestrafen. E ist nötig, alles zu unternehmen, was dem kriegführenden Amerika schadet, der vietnamesischen Bevölkerung nützen kann.

Das deutsche PEN-Zentrum wendet sich gegen alle Haltungen verunklärender Gutmütigkeit, gegen alle Hälftung der Schuld oder der Verantwortung. Es wendet sich gegen solche, die berücksichtigen möchten, dass die USA es sich nicht leisten könnten, ihr Gesicht zu verlieren. Soll dem Präsidenten Johnson geglaubt werden, diese unbarmherzige, rechnende roboterartige Fratze sei Amerikas Gesicht? Auch Amerika, jene Insel abseits der Weltkultur, von der Geschichte vernachlässigt und vom Fortschritt wenig begünstigt, - auch Amerika hat andere Gesichter als das. Eins der edelsten zeigen die farbigen und weißen Bürgerrechtskämpfer, zeigen die Studenten und Professoren, die, bedroht von Staatspolizei, faschistischem Mob und schwarzen

Listen, mit äußerstem Mut sagen, was hier gesagt ist. Auch Amerika ist von Menschen bewohnt; auch Amerikas wahres Gesicht ist das menschliche.

Das deutsche PEN-Zentrum (Ost und West) ersucht das PEN-Zentrum Bundesrepublik, die Zentren der USA und alle anderen lokalen und nationalen Zentren, insbesondere aber das internationale PEN-Zentrum, dieser Äußerung, dem Buchstaben oder dem Sinne nach, beizupflichten.

Berlin, 24.12.1965

Peter Hacks, Marxistische Hsichten. Politische Schriften 1955-2003, herausgegeben von Heinz Hamm im Auftrag der Peter-Hacks-Gesellschaft. Eulenspiegel-Verlag, Berlin 2018, 607 Seiten, 19,90 Euro, ISBN: 978-3-359-01329-7

Rechenschaftsbericht 2017

Anna C. Heinrich, Frank Flegel: Rechenschafts- und Finanzbericht 2017

Wir haben in 2017 neun Hefte der offen-siv gemacht, genauer gesagt sechs „normale“ Zwei-Monats-Hefte und drei Sonderhefte. Und wir haben die drei Bände „Wie konnte das geschehen?“ mit den Arbeiten, Artikeln, Kritiken, Briefen usw. von Kurt Gossweiler produziert.

Diese drei Bände waren etwas ganz Besonderes für uns. Zunächst natürlich inhaltlich, denn Kurts Erkenntnisse in einer solchen dreibändigen Ausgabe ergänzend zu den bereits vorliegen Büchern „Wider den Revisionismus“ und „Taubenfußchronik Band I und II“ zusammenfassen und produzieren zu können, war schon ein außergewöhnlicher Moment in der inzwischen fast 25-jährigen Geschichte der offen-siv. Aber auch was die Solidarität angeht war dieses Projekt außergewöhnlich. Die KPD willigte sofort in die Mitherausgeberschaft ein und ein Genosse aus der KPD erklärte, dass er bereit sei, 15.000,- Euro zur Vorfinanzierung bereitzustellen.

Damit nicht genug, erklärten der Deutsche Freidenker-Verband, der Eulenspiegel-Verlag und die GRH ihre Bereitschaft, das Projekt als Mitherausgeber zu unterstützen. Damit war der notwendige Schwung dafür da.

Aber nun konkret zum Rechenschaftsbericht.

Als erstes der

Überblick über die erschienenen offen-siv-Hefte:

offen-siv 1-2017, Januar-Februar, 92 Seiten.

offen-siv 2-2017, März-April 2017, 84 Seiten.

offen-siv 3-2017, Mai-Juni 2017, 76 Seiten.

offen-siv 4-2017, Juli-August 2017, 60 Seiten.

offen-siv 5-2017, Sonderheft. Gerhard Feldbauer: Eine Aggressionsarmee, Sonderheft, 56 Seiten.

offen-siv 6-2017, September-Oktober 2017, 60 Seiten.

offen-siv 7-2017, Sonderheft. Aitak Barani, Nasrin Düll, Mikko Kelle, Philipp Kissel, Alfred Stolz: Der Verlauf der Debatte in der DKP von 1989 bis 2017, 60 Seiten.

offen-siv 8-2017, Sonderheft. Irene und Gerhard Feldbauer: Damals in Vietnam. Erinnerungen an den heldenhaften Kampf eines Volkes, 76 Seiten.

offen-siv 9-2017, November-Dezember 2017, 96 Seiten.

Insgesamt 660 Druckseiten.

Zusätzlich haben wir - finanziert aus speziellen Spenden dafür - die Studienarbeit unserer Fernstudenten/innen „Was wäre wenn... wir morgen in Deutschland eine Planwirtschaft hätten“ herausgegeben.

Die Ausgaben der Zeitschrift offen-siv⁴ in 2017:

Druck: 7.330,00 €

Porto: 2.682,80 €

Büro⁵: 1.047,00 €

Werbung: 1.094,80 €

Summe: 12.154,60 €

⁴ Die folgenden Angaben beziehen sich allein auf die Zeitschrift. Die Herausgabe der drei Bände Kurt Gossweiler stellen wir anschließend dar.

⁵ Druckpatronen, Papier, Toner, Kopiererwartung, Umschläge, Rechneraufrüstung u.a.

Die Spendensumme für die Zeitschrift offen-siv:

Summe: 12.502,50 €

Die Abrechnung:

Ausgaben: 12.154,60 €

Einnahmen: 12.502,50 €

Saldo: +347,10 €

Nun der Überblick über die drei Bände Kurt Gossweiler:

Band I: 330 Seiten

Band II: 312 Seiten

Band III: 354 Seiten

Insgesamt: 996 Druckseiten

Ausgaben für die Herausgabe Kurt Gossweiler: Wie konnte das geschehen?

Druck:

Band I 5.246,00 €

Band II: 5.146,00 €

Band III: 5.606,00 €

Porto: 2.682,80 €

Büro⁶: 1.047,35 €

Werbung: 1.094,80 €

Summe 20.822,95 €

⁶ Gebühren für ISBN-Registrierung, Gebühren für Anmeldung bei der Liste lieferbarer Bücher, Papier, Umschläge, Rechnungsblöcke, u.a.

Einnahmen und Spenden für Kurt Gossweiler: Wie konnte das geschehen?

Summe: 7.670,00 €

Saldo: 13.152,95 € minus

Ein Genosse der KPD hatte uns 15.000,00 € vorgeschossen. Davon haben wir bisher 10.000,00 € zurückgezahlt.

Das Fehl von rund 13.152,95 Euro teilt sich zur Zeit auf in 5.000,00 € bei dem KPD-Genossen und 8.152,95 € bei uns. Sowohl der Genosse als auch wir haben das Geld aus unseren privaten Ersparnissen vorgeschossen. Das klingt jetzt ziemlich dramatisch, wir hoffen aber, dass es nicht so bleibt. Zwar ist die größte Nachfragewelle inzwischen vorbei, aber es kommen - zugegeben etwas „kleckerweise“ - immer noch Bestellungen. Und solche Werke wie diese drei Bände Kurt Gossweiler werden auch noch in fünf oder zehn Jahren nachgefragt werden. Ein gutes Beispiel dafür ist die „Niederlagenanalyse“. Lange Zeit hatten wir mehrere Kisten im Keller stehen, seit Mitte des Jahres 2017 ist das Buch nun vergriffen. Das ist inhaltlich zwar schade, denn wir mussten inzwischen mehrere Bestellwünsche unerfüllt lassen, finanziell natürlich aber gut. Hier sind die zum Zeitpunkt der Herausgabe hohen Kosten über die Zeit mehr als ausgeglichen worden. Was die drei Bände „Wie konnte das geschehen“ angeht, sind wir da genauso optimistisch. Nur wird es halt etwas dauern.

Wer sich daran beteiligen möchte, uns diese „Durststrecke“ etwas zu erleichtern, findet das Spendenkonto im Impressum und unter der Redaktionsnotiz.

Aus der Leser/innen-Post

Anna G.: Spinnweben beiseite schieben

Lieber Frank,

ich bin Dank schuldig, denn wo wäre ich ohne Eure Aufklärung, das Verständlichmachen schwieriger Zusammenhänge und die daraus resultierende Sicherheit und Kraft, sich nicht belügen und verbiegen zu lassen. Mit der Anti-Stalin-Keule kann mich niemand mehr erschlagen.

Hinter die Ergebnisse des marxistisch-leninistische Fernstudiums mit den hervorragenden Arbeitstexten gibt es kein Zurück mehr.

Und es folgten in den Jahren die vielen Erkenntnis bringenden offen-siv-Hefte und Sonderhefte – besonders verdienstvoll die Herausgabe der Kurt-Gossweiler-Bände.

Dankbar bin ich auch dafür, dass ich diesem intelligenten, aufrechten, liebenswürdigen Menschen in Strausberg beim ersten Fernstudium noch persönlich begegnen und zuhören durfte.

Ich hoffe, dass die keimenden Zeichen der Zuversicht, die Du erwähnst, zur Entfaltung gelangen werden und zitiere Friedrich Engels: „Und deswegen war Marx der bestgehasste und bestverleumdete Mann seiner Zeit. Regierungen, absolute wie republikanische, wiesen ihn aus, Bourgeois, konservative wie extrem-demokratische, logen ihm um die Wette Verlästerungen nach. Er schob das alles beiseite wie Spinnweb, achtete dessen nicht...“

In diesem Sinne werden wir weiter Spinnweben beiseite schieben.

Saludos y Siempre Adelante!

Anna G., 24.1.2018

Karsten S.: Glückwunsch zu diesem gelungenen Heft

Lieber Genosse Frank,

ich hatte heute früh das neueste offen-siv-Heft „Der falsche Kompass – Für welche Ökonomie kämpft die kommunistische Bewegung?“ zusammen mit der Dokumentation der Veranstaltung der KPD... zum 100. Jahrestags der Oktoberrevolution im Briefkasten.

Vielen Dank dafür und ich habe das offen-siv-Heft gleich nach der Arbeit gelesen, um festzustellen, dass ich es für sehr gelungen halte und die darin enthaltenen grundlegenden Positionen für ausgesprochen gut finde (insbesondere die Stalin-Zitate aus den „Ökonomischen Problemen...“, der anderen Klassiker und dem Harpal-Brar-Text). Dies sind Positionen, die man heutzutage leider nur zu selten liest. Der einzige wichtige Widerspruch meinerseits liegt in dem „verkürzten“ Revisionismus-Verständnis, das in diesem Heft anklingt.

Aber Glückwunsch zu diesem gelungenen Heft, dem eine weite Verbreitung zu wünschen ist.

Mit kommunistischen Grüßen,

Karsten S., 6.3.2018

Gerd H.: Konkrete Herangehensweise

Lieber Frank,

ich habe die von Dir erarbeitete Streitschrift/Antwort auf das Referat von Werner Seppmann am 4.11.17 angefangen zu studieren.

Prima, dass Du Dich der notwendigen Aufgabe gestellt hast. Ich muss mich noch mehr in die Argumente/Beweise vertiefen.

Schon jetzt: Deine konkrete Herangehensweise gefällt mir.

Dir alles Gute! Rot Front!

Gerd H., 7.3.2018

Aitak B.: Als Arbeitsmaterial reingeben

Lieber Frank,

vielen Dank für die Arbeit „Der falsche Kompass“! Am Dienstag Abend diskutierten wir diese Frage bei einem Gruppenabend, am Dienstag flatterte das offen-siv-Heft ins Haus, gerade eben habe ich es gelesen.

Es ist auch so allgemein verständlich aufgebaut und geschrieben, dass es breit Verwendung unter den Genossen finden kann. Ich werde das den Genossen bei uns empfehlen und als Arbeitsmaterial reingeben.

Viele Grüße,

Aitak B., 8.3.2018

Gerhard Feldbauer: Zu „Ende der Debatte“ (Anna C. Heinrich. Frank Flegel in: offen-siv, 1/2018)

Lieber Frank,

dann zum “Ende der Debatte“ meine abschließende Meinung.

Es geht an der inhaltlichen Auseinandersetzung vorbei, das auf die Frage des Zentrismus zu begrenzen.

Es geht darum, dass deine Interpretation des Marxismus-Leninismus die Theorie unserer Klassiker einseitig, eben in einer zu engen Sicht erfasst und damit logischer Weise sektiererische Aspekte Eingang finden. Diesen deinen Standpunkt erhebst du auch noch zum Kriterium einer richtigen marxistisch-leninistischen Einstellung.

Und seit wann lassen wir darüber entscheiden, was die Zukunft bringt?

Du führst keine personengebundene Auseinandersetzung und hast so auch keine Antwort auf meine konkreten Fragen dazu.

Offen-siv bringt sich auch nicht in die Auseinandersetzung ein.

Nehmen wir als ein, wohlgemerkt ein Beispiel das Pressefest der UZ 2016. Kein Vertreter von offen-siv ist dort auf einer der zahlreichen Veranstaltungen aufgetreten und hat Stellung bezogen gegen die auf die Liquidierung der DKP ausgerichteten revisionistischen Positionen von Leo Meyer. Es ist nicht bekannt, dass du dich an den Chefredakteur der UZ oder den DKP-Vorsitzenden gewandt und um ein Gespräch, einen Dialog gebeten hättest.

Einfach haarsträubend war, der Kapitulantengruppe in der DKP um Philipp Kissel, dessen Vertretung ultralinker Positionen ich in meinem Beitrag in Heft 9/2017 mit konkreten Belegen bewiesen habe, ein Sonderheft zu widmen. Ist dir bekannt, dass im Fahrtwind der von Kissel und seiner Frankfurter Gruppe im November 2017 aus der DKP und der SDAJ 80 Genossinnen und Genossen ausgetreten sind?

Es ist eben so, dass dich, wie ich geschrieben habe, der Ausgang der Auseinandersetzung in der DKP überhaupt nicht interessiert und „wenn die Revisionisten die Oberhand gewinnen“, du das als Bestätigung dafür sehen wirst, „na also, wir haben doch recht gehabt“.

Nähme man deinen Zentrismus-Begriff zur Grundlage einer Wertung des Auftretens Piecks, Dimitroffs oder Togliattis auf dem VII. Weltkongress und ihres Herangehens an eine antifaschistische Einheitsfront, müsste man zu der Einschätzung kommen, sie hätten zentristische Positionen bezogen. Zu denselben Schlussfolgerungen müsste

man auch kommen, wenn man unter deinen Kriterien die Strategie Ho chi Minhs, die der Brüder Castro oder die Fehler Togliattis nach 1945 (die er eingestanden hat) betrachten würde. Denn Kommunisten, die Fehler begehen oder gewagte Kompromisse eingehen, werden von dir als Zentristen abgestempelt.

Unter diesen Gesichtspunkten kann ich vorerst nicht weiter bei offen-siv publizieren.

Gerhard

Frank Flegel: Zur Aufkündigung der Zusammenarbeit durch Gerhard Feldbauer

Lieber Gerhard,

es ist ja verständlich, dass Du, weil Dir die Linie der Redaktion unserer Zeitschrift bezüglich der DKP nicht passt, meinst, dass es eine andere Redaktion geben sollte (offen-siv 9-2017). Für weniger verständlich halte ich die permanent von Dir wiederholte Aufforderung, wir sollten internen Verabredungen veröffentlichen (wann wurde von wem welche Vereinbarung getroffen oder abgelehnt?). Lieber Gerhard, das werden wir nicht tun, denn wir hätten gern auch in Zukunft Antworten auf unsere Anfragen. Und wer würde noch antworten, wenn die Antworten gedruckt würden und im Internet ständen? Aber bei diesen - vorgeschobenen - formalen Fragen will ich mich hier nicht länger aufhalten.

Denn, lieber Gerhard, zu dem wesentlichen inhaltlichen Problem, welches zum Austritt der 80 Genossinnen und Genossen aus SDAJ und DKP führte, nämlich dem Festhalten der Parteiführung der DKP an der „antimonopolistischen Strategie“ mit dem Ziel der „antimonopolistischen Demokratie“, schweigst Du Dich leider aus, lehnt meine Einschätzung des Handelns der DKP-Parteiführung als zentristisch aber vehement ab.

Die Frage, ob die strategische Orientierung der antimonopolistischen Demokratie (deren Vorläufer, nebenbei bemerkt, als eine taktische Orientierung der kommunistischen Bewegung beim VII. Weltkongress der KI formuliert wurde), heute noch die richtige ist, muss diskutiert werden dürfen – und wird ja auch intensiv diskutiert (siehe offen-siv 1-2018 und dieses Heft). Was daran „linkssektiererisch“ sein soll, erschließt sich mir nicht. Deine Qualifizierung der Genossinnen und Genossen, die die SDAJ und die DKP verlassen haben als „Kapitulantengruppe in der DKP um Philipp Kissel“, die „ultralinke Positionen“ vertritt, ist, da Du dieser inhaltlichen Auseinandersetzung aus dem Weg gehst, nichts anderes als inhaltsleere üble Nachrede.

Was die Bezeichnung des Handelns der DKP-Parteiführung als zentristisch betrifft stelle ich nur nochmals eine Frage: Behauptet die Parteiführung das Existenzrecht des Revisionismus in der Partei, ja oder nein? Ja, sie behauptet es. Zum Unvereinbarkeitsbeschluss mit dem „Netzwerk kommunistische Politik“ ist in der „junge Welt“ vom Mo, 5.3., geschrieben von Arnold Schölzel, jedenfalls zu lesen: *„Ein pauschaler Ausschluss wurde so vermieden“* (jW, 5.3., S. 4). Am Di, 6.3. schrieb Arnold Schölzel dort über diesen Unvereinbarkeitsbeschluss: *„Letzterer läuft nicht auf einen pauschalen Ausschluss hinaus, sondern enthält die Aufforderung, zur Arbeit in der DKP gemäß ihrem Statut zurückzukehren.“* (jW, 6.3., S. 3) Und die DKP selbst berichtete in der UZ vom 9.3.: *„Beifall gab es für die anschließende persönliche Erklärung von Detlef Fricke (ein prominenter „Netzwerker“, F.F.), in der er ankündigte, nicht aus der DKP auszutreten.“* (UZ, 9.3., S. 12)

Lieber Gerhard, dass Du gegen mich den VII. Weltkongress ins Feld führst und andeutest, man müsse, würde man meiner Argumentation folgen, Dimitroff, Pieck Togliatti und andere des Zentrismus bezichtigen, weil sie die antifaschistische Einheitsfront propagierten, spottet wirklich jeder Beschreibung. Die antifaschistische Einheitsfront schließt ausdrücklich sozialdemokratische, reformistische, sogar kleinbürgerliche Kräfte ein, die kommunistische Partei allerdings nicht. Das weißt Du genauso gut wie ich. Und Du weißt auch genauso gut wie ich, dass wir hier gerade von der kommunistischen Partei sprechen, nicht von der Einheitsfront. Ich kann Dir deshalb den Vorwurf nicht ersparen, dass Du hier nicht inhaltlich argumentierst, sondern Behauptungen zum Zwecke der Ehrabschneidung und Diskriminierung aufstellst.

Eine letzte Bemerkung: Ich wünschte nichts mehr als dass ich Unrecht hätte und Du Recht, dass die Parteiführung der DKP tatsächlich darum ringt, den Marxismus-Leninismus in der Partei durchzusetzen, dass die DKP sich von revisionistischen und opportunistischen Einflüssen befreit und dass der Weg der „antimonopolistischen Strategie“, den der DKP-Parteitag vorgezeichnet hat, nicht der falsche, sondern der richtige Weg ist. Etwas Besseres könnte uns allen nicht passieren. Leider gibt es Anlass dafür, skeptisch zu sein.

Nun kündigst Du die Zusammenarbeit auf. Das ist sehr schade. Wir verlieren mit Dir einen erfahrenen und klugen Autor. Allerdings formulierst Du Deine Absage mit den Worten „vorerst nicht“. Das lässt hoffen, dass aus „vorerst“ nicht „immer“ wird.

Anna und ich wünschen Irene und Dir alles Gute und uns gemeinsam, dass sich in der Zukunft eine neue Möglichkeit der Zusammenarbeit eröffnen möge.

Probeabo junge Welt

Wir schicken Ihnen die Tageszeitung *junge Welt* **kostenlos** und unverbindlich für drei Wochen (Inland) bzw. zwei Wochen (europäisches Ausland) zu.

Das Probeabo beginnt montags und **endet automatisch**, muss also nicht abbestellt werden.

Das Probeabo kann nur einmal innerhalb von 12 Monaten pro Haushalt bestellt werden.

Wir garantieren, dass die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.

Bitte angeben:

Beginn des Probeabos, Name, Postadresse, Telefon

Senden an:

junge Welt, Torstr. 6, 10119 Berlin,
Tel: 030-53635580/81/82, Mail: abo@jungewelt.de

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt